Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 31 Jahrgang 4 April '87

Andreas Wischner
Prinzregentenstr. 46
1000 Berlin 31

2621/C/0001 0006

...wenn der Zähler 3x klingelt!

Red. Frankfurt Über Sinn und Zweck dieses staatlichen Luxusprojektes, das immerhin 1,6 Milliarden DM Steuergelder verschluckt, während immer noch – zugegebenermaßen in anderen Ländern – Menschen verhungern, braucht wohl nicht viel gesagt zu werden (vgl. CONTRASTE, März '87, Ausgabe Nr. 30). Was übrigbleibt, ist ein ungutes Gefühl und die Angst nahezu eines ganzen Volkes vor staatlichen Repressionen im Falle der Aussageverweigerung aus welchen Gründen auch immer.

„Bedenklich ist, daß die Paranoia einer Obrigkeit, die fast alle ihre Bürgerinnen und Bürger verdächtigt, ein obrigkeitsstaaliches Denken erzeugt, und sich in den Staatsapparaten ein tiefes Mißtrauen gegenüber jeder Art von praktizierter Demokratie herausbildet. Es kommen immer unverhüllter, noch schlimmer, diktaturfreundliche Tendenzen zum Vorschein ..."

Fortsetzung auf den Seiten 3/4

Foto: Ulrich Baatz

Die Behörde

Korf erhält vom Polizeibüro
ein geharnischt Formular,
wer er sei und wie und wo.

Welchen Orts er bis anheute war,
welchen Stands und überhaupt,
wo geboren, Tag und Jahr.

Ob ihm überhaupt erlaubt,
hier zu leben und zu welchem Zweck,
wieviel Geld er hat und was er glaubt.

Umgekehrten Falls man ihn
vom Fleck
in Arrest verführen würde, und
drunter steht: Browsky, Heck.

Korf erwidert darauf kurz
und rund:
„Einer hohen Direktion
stellt sich, laut persönlichem Befund,

untig angefertigte Person
als nichtexistent im Eigen-Sinn
bürgerlicher Konvention

vor und aus und zeichnet,
wennschonhin
mitbedauernd nebigen Betreff,
Korf. (An die Bezirksbehörde
in – .)"

Staunend liests der anbetroffne Chef.

Christian Morgenstern
zum Thema „Volkszählung"

Mut zum Risiko

„Warum in die Ferne schweifen?"
oder: Was interessiert uns Selbsthilfe in ‚Entwicklungsländern'?

Red. Berlin „Contraste" werden aus Vergleichen abgeleitet. Sie beinhalten Gegenüberstellungen, aus denen Unterschiede und Gemeinsamkeiten deutlich werden. Vergleiche helfen Bedingungsgefüge und -zusammenhänge deutlich zu machen, lassen erkennen, wo Veränderungen und Entwicklungen möglich sind.

Grund genug für uns, in CONTRASTE Selbsthilfeprojekte und -einrichtungen aus „Entwicklungsländern" vorzustellen. Die Unterschiede liegen in den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen, in den sozialen, kulturellen und historischen Prägungen der jeweiligen Länder und ihrer Menschen.

Und die Gemeinsamkeiten? In „Entwicklungsländern" ist Selbsthilfe Teil entwicklungspolitischer Strategien und insofern einbezogen in das wirtschaftlich-gesellschaftliche System. In der BRD dagegen definieren sich Selbsthilfeprojekte als Gegenkultur zum herrschenden System. Gemeinsam ist ihnen die kollektiv getragene Selbstorganisation stabiler Einkommensverhältnisse, das Ziel, Arbeitslosigkeit und Marginalisierung durch kollektives Handeln zu überwinden, Organisationsformen zu finden, die dem/der Einzelnen selbstbestimmtes, gleichberechtigtes Leben und Arbeiten ermöglichen.

Die Probleme der Selbsthilfeprojekte sind finanzieller und gruppendynamischer Natur. Sie sind auf „externe" Geldzuflüsse angewiesen, um das Projekt auf- oder ausbauen zu können und müssen dabei darauf achten, Mittel und Wege zu finden, die eine kollektiv selbstbestimmte Entwicklung unter der Voraussetzung finanzieller Abhängigkeit ermöglichen (was die Staatsknete den einen, sind die Entwicklungshilfegelder den anderen). Und kollektives Entscheiden und Handeln setzt die Bereitschaft voraus, die individuellen Interessen der Einzelpersonen im Projekt gleichberechtigt aufeinander abzustimmen. Um diese sozialen Lernprozesse zu ermöglichen, bedarf es bestimmter Vereinbarungen, Regelungen und Strukturen, die erst entwickelt werden müssen, wo das gesellschaftliche Umfeld Einzelkämpfertum und Konkurrenz fördert.

In den nächsten drei Ausgaben der CONTRASTE sollen deshalb beispielhaft Selbsthilfemodelle aus „Entwicklungsländern" vorgestellt werden – gedacht als Anregung für die eigenen Diskussionszusammenhänge und als Möglichkeit, unterschiedliche „Lösungsmodelle" für ähnlich gelagerte Probleme kennenzulernen. Der erste Beitrag auf Seite 7 zeigt Möglichkeiten der Geldbeschaffung für einkommensbildende Aktivitäten. Danach folgt ein Bericht über die Grenzen und Möglichkeiten eines Erfahrungsaustausches zwischen Mitarbeiter/innen von Selbsthilfeeinrichtungen in „über- und unterentwickelten Ländern" am Beispiel eines deutsch-jamaikanischen Austauschprojekts. Und erst im letzten Beitrag wollen wir ergründen, warum sich Selbsthilfe in den letzten Jahren so großer Beliebtheit erfreut.

Beginn unserer Serie auf S. 7

Trotz aller guten Vorsätze der Redaktion:

Bunte Seiten

... leider erst im Mai '87!

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die letzt

Sie ist fest t
Gründung d
Netzwerke. V
dung im Jur
die Diskussi
an der Basis
den. **Seite 2**

Umverteilen!

Fast unbemerkt, wurde Ende letzten Jahres in Berlin eine 3. Welt-Stiftung gegründet. Über 30 Mio. DM stehen der Stiftung zur Verfügung, daß eigentliche Volumen der Förderung beträgt 1,5 Mio. DM jährlich. Näheres **auf Seite 2**

Auf Gedeih & Verderb

Im Februar eröffneten wir die Diskussion um das Thema Computer, die sich jetzt als Dauerbrenner erweist. Manfred Daniel und Hubert Kant stellen in dieser Ausgabe die Frage: „Können wir uns die Computertechnik sinnvoll (?) aneignen, oder steckt in dieser Technik soviel von Herrschaft und kapitalistischer Logik, daß wir uns nur die Finger daran verbrennen können, wenn wir uns auf sie einlassen?
Dieser und weitere Beiträge auf den
Seiten 5 und 6

Gesundheit und Radikalität

lautet der Titel eines Beitrages von Gunar Seitz zum Schwerpunkt - Thema „Gesundheitstag '87". Außerdem ein Streitgespräch zwischen Katrin Best-Mayer, Kritikerin von Mammutprojekten dieser Art, und Reinald Weiß, als Vorstandsmitglied des Trägervereins der 4. bundesweiten Gesundheitstage
Seite 10 und 11

Festivalbewegung in der BRD

Über 1.000 Festivals von Mai bis Oktober finden nach Schätzungen alljährlich in der BRD statt. Veranstaltet werden sie zumeist von freien Kulturinitiativen oder Jugendzentren. Eine erste Bestandsaufnahme von Eckard Holler auf unserer Kulturseite
Seite 13

Vorankündigung Mai '87

Schwerpunktthema:
Wohnungspolitik – Zwischen Gemeinwirtschaft und Selbstverwaltung. Bereits im November vergangenen Jahres angekündigt, konnte dieser Themenschwerpunkt nun endlich fertiggestellt werden. Er entstand in Zusammenarbeit mit dem Wohnbund Hessen und der Mietergenossenschaft Heimat.
Außerdem. **„ Wir gründen eine alternative Krankenversicherung oder – wir machen aus dem Zweiklassensystem ein Dreiklassensystem"** und
„Eingriffe – Zwangssterilisation geistig behinderter Frauen"
u.v.m.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die letzte Hürde

der Netzwerke vor der Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft

Red. Nürnberg Jetzt ist es soweit. Im vergangenen Sommer war ein Bundestreffen vieler Netzwerke übereingekommen, sich zur Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft wiederzutreffen. Eine Vorbereitungscrew war ausgeguckt worden, die seither an passablen Vorschlägen herumbastelt. Die liegen nun auf dem Tisch: Aufgaben-, Organisations- und Finanzierungsvorschläge wurden unlängst an alle Netzwerke verschickt, zusammen mit einem Fragebogen zum real existierenden Netzwerk und zu Knackpunkten einer möglichen BAG. Denn so entscheidende Fragen, wie welche Leute in welcher Stadt sowas wie eine Geschäftsstelle welcher Netzwerke aufziehen können und sollen, können erst bei der Gründung geklärt werden.
Die Gründung der BAG ist für das Wochenende am 13. und 14. Juni in Hamburg geplant.

Was soll diese BAG nicht alles leisten. Als **Service für Netzwerke** soll sie informieren, koordinieren, dokumentieren und regelmäßig publizieren, auch in der CONTRASTE. Als **Instanz für politische Willensbildung und Interessenvertretung** soll sie Programme aufarbeiten, eigene Positionen beziehen, Seminare und Tagungen veranstalten, Diskussionen aufnehmen und transportieren, gegenüber Parteien und Verbänden und in „die Öffentlichkeit". Als **Einrichtung zur Organisation und Durchführung einer eigenen Weiterbildung** soll sie Netzwerk-Aktivist(inn)en und Berater/innen fortbilden, fachlich, aber auch zur Moderation politischer Meinungsfindung. In den Bereichen **Forschung und Theorie** sollen Geschichte, Konflikte und Defizite des ganzen Selbstverwaltungsbereichs beackert werden, unter besonderer Berücksichtigung der Probleme von Frauen, versteht sich.

Eine schöne BAG, aber vorerst nur auf dem Reißbrett, also das Wunschbild einer BAG. Was davon wahr werden kann, soll aber nicht in den Sternen, sondern auf den Fragebögen stehen, die die Vorbereitungscrew an alle Netzwerke zusammen mit dem BAG-Material verschickt hat. Bis zum 20. April sollen alle Netzwerke „erfaßt" sein: Auf welche Substanz in der grausamen Wirklichkeit wird eine BAG dann noch zählen können, mit welchen Meinungen und Personen wird sie zu rechnen haben etc. etc. Schließlich soll im Juni in Hamburg auch mehr als ein Treffen von BAG-Fans stattfinden, 'die sich am Schluß nur noch in den Armen liegen und singen „Wer soll das bezahlen..."

Wer das dann auch immer bezahlen kann, das ist die einfache Gretchenfrage an die Netzwerke. Die vorliegenden Pläne sind da sehr ehrgeizig. Die BAG soll sich, in welcher Stadt auch immer, eine Bundesgeschäftsstelle leisten, die ohne die Abhängigkeit von Parteien oder Staat arbeiten kann. Der Service, das „Management" und die erhoffte Szenevernetzung sollen durchaus professionell, als „Pflicht", ablaufen. Und alles, was diese Netzwerk-Profis dann darüberhinaus noch in Abstimmung mit den Gremien der BAG politisch und öffentlich bewirken, wäre quasi ihre „Kür" – ein politisches Experiment wäre schließlich das ganze. Wieviele Netzwerke werden mitziehen in ihrer Stimmungslage zwischen Autonomie und Atomisierung/Vereinzelung? Da werden etliche Netzwerke auf die Reihe zu kriegen sein, um das ganze zu entscheiden und schließlich auch, nicht nur finanziell, zu tragen.

Hierzu müssen die Netzwerke berichten, wo sie stehen, wenn sie sich untereinander vernetzen wollen. Das reale Bild des Netzwerks, seiner Einwände, Interessen, Möglichkeiten und Personen, die das BAG-Projekt berühren, ist ausschlaggebend. Eine förmliche Netzwerk-Bereisung wurde im Kreis der BAG-vorbereiter(innen) ausgemacht. Welche Netzwerke werden sie antreffen? Netzwerke, die mehr sein wollen als „Sparstrumpf für selbstgestrickte Alternativen"? Oder Netzwerker, die uns wie den Volkszählern die Türen weisen, weil sie eine unangemessene Belastung der regionalen Kassen des Widerstands durch das BAG-Projekt fürchten?

Die Totalerhebung auf der „Netzwerk-Zählung" wird zu einer Nagelprobe der Möglichkeit oder Unmöglichkeit bundesweiter Vernetzung. Außerdem ergibt sie auch ein neues Argument für die Bildung eines Bundesgremiums der Netzwerke – die erhobenen Daten sollen ja schließlich selbstverwaltet werden.

Kurt Regenauer

Hallo Netzwerke – Bitte melden

Erste Reaktionen zeigen, daß die Verschickungsaktion an alle Netzwerke vom 11.3.87 längst noch nicht alle erreicht hat. Veraltete Adressen? Aktivist(inn)enrotation? Wir wissen es nicht – in den Netzwerken ist eben ein mobiles Völkchen. Auch in unserem Netzwerk wird schon wieder über ein neues Büro diskutiert.
Daher auch über CONTRASTE die Bitte an alle Netzwerk-Aktiven: Fragt bei Eurem Netzwerk, ob die Unterlagen angekommen sind. Wo welche fehlen, können Unterlagen umgehend angefordert werden (bei Netzwerk Franken, Tel. (0911) 28 96 58.
Einsendeschluß ist am 20. April (Ostern). Ausgefüllte Fragebögen bitte an
Netzwerk Franken
zu Hd. v. Kurt Regenauer
Hochstr. 23, Rgb.
8500 Nürnberg 80

IÖW-Studie

Ein Vorschlag zur „Energiepolitischen Entspannung"

Berlin Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) hat im Auftrag der AL-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ein Gutachten über Voraussetzungen und Perspektiven deutsch-deutscher Kooperation auf dem Gebiet der Energiewirtschaft erstellt.

Wie kein anderer Ort in Mitteleuropa hat Westberlin eine standortbedingte Veranlassung, auf strukturelle Wandlungsprozesse, d.h. auf die gezielte Förderung rationeller ressourcensparender Energietechniken zu setzen. Diese Standortnachteile werden von den Autoren der Studie (u.a. Prof. Martin Jänicke und Dr. Lutz Mez, FU/IÖW-Berlin) als Herausforderung und Chance befgriffen, in Hinblick auf die **ökologische Modernisierung** in Mitteleuropa Pilotfunktionen zu übernehmen. Das Gutachten umreißt beispielhaft die Möglichkeiten einer solchen energiewirtschaftlichen und ernergiepolitischen Kooperation (für Westberlin und DDR) mit dem Ziel, eine Verbesserung der Umweltsituation für diesen zentralen Bereich Europas herbeizuführen.

Die in der Studie entwickelten Szenarien stehen freilich unter dem Vorbehalt weitgehender Änderungen der (energie) politischen Rahmenbedingungen hüben wie drüben.

Deshalb werden u.a. vorrangig die Möglichkeiten einer „alternativen Energiepolitik" in der DDR untersucht und bewertet.

Eine Kurzfassung des Gutachtens wird in der – im April erscheinenden – neuen Ausgabe des „Informationsdienstes - IÖW" veröffentlicht.

Die vollständige, ca. 120 Seiten umfassende Studie erscheint als Nr. 3/87 der „IÖW-Schriftenreihe" und kann bezogen werden über:

Institut für ökologische
Wirtschaftsforschung GmbH
Giesebrechtstr. 13
1000 Berlin 12
Tel. (030) 882 52 81

Spaltprozesse

ist die bisher einzige, frei finanzierte Kino-Dokumentation (90 min.) zum Widerstand der Oberpfälzer gegen die WAA; frei finanziert im doppelten Sinn, nämlich „frei" von Produktionsförderungen der Länder und TV, aber auch frei von Ausgewogenheitsbeschränkungen.

Mit der Standortentscheidung für die WAA im Februar 1985 faßten wir den Entschluß, die persönlichen und zwischenmenschlichen Umwälzungen und „Spaltprozesse" in der ansässigen Bevölkerung für die Dauer der geplanten Bauzeit von 7 bis 10 Jahren mit der Kamera zu begleiten. Um den ersten Teil des Projektes „SPALTPROZESSE, Wackersdorf 1986" zu realisieren, haben wir uns hoch verschuldet und können nun die für die Fertigstellung erforderlichen 30.000 DM nicht mehr alleine aufbringen. Zusammen mit der Friedensinitiative Medien haben wir deshalb eine Spendenaktion gestartet. Wir bitten alle, die das Projekt unterstützen und die Fertigstellung ermöglichen wollen, um Spenden.

Spenden an: DENKmal Filmgesellschaft, Sonderkonto SPALTPROZESSE, Kto-Nr. 33 81 00 – 805, Postgiroamt München.

Für Spenden ab 250 DM gibt es eine Videobelegkassette. Alle Spender werden über die weitere Entwicklung des Films und die Höhe der eingegangenen Spenden auf dem laufenden gehalten.

Kompaktwissen: Staatsknete

Unter dem Titel „Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen" verteilt das Arbeits- und Sozialministerium NRW eine Vergleichsübersicht zur öffentlichen Finanzierung im In- und Ausland. Ausführlich dargestellt werden Großbritannien, Kanada, Frankreich und Österreich, sowie der Europäische Sozialfonds. Auf Bundesebene wird auf den § 55a Arbeitsförderungsgesetz hingewiesen.

Längere Länderberichte gibt es zu Bremen, Hessen, Hamburg, dem Saarland, zu NRW und Berlin. Abschließend wird dargestellt, welche Arten von Förderprogrammen welche Typen von örtlichen Beschäftigungsinitiativen begünstigen (Soziale Beschäftigungsinitiativen, neue Selbständige, selbstverwaltete Betriebe).

Wolfgang Beywl

Kostenloser Bezug über MAGS, Publikationen, Horionplatz 1, 4000 Düsseldorf.

Umverteilen!

Red. Berlin Nach dem Vereinsgründungsboom, dem GmbH-Trip, dem Liebäugeln mit Genossenschaften sind nun Stiftungen der absolute Renner. Erst stiftete die rot-grüne Koalition in Hessen, und im Umfeld der GRÜNEN gibt es gleich mehrere Initiativen, die eine Stiftung gründen wollen.
Fast unbemerkt – nur in einschlägigen Szenekreisen bekannt – wurde Ende letzten Jahres in Berlin eine 3. Welt-Stiftung gegründet. Nach über einjähriger Vorbereitungszeit nahm die Stiftung „Umverteilen! Für eine, solidarische Welt" anfang dieses Jahres ihre Stiftungstätigkeit auf.

Angefangen hatte alles damit, daß ein „linker Erbe" seiner jährlich fließenden Tantiemen aus dem geerbten Geschäftsanteil der väterlichen Firma überdrüssig wurde und das Verschenken und unverbindliche Verleihen von Geld mehr Ärger als Freude bereitete. Schlimmes ahnte er, als es Anzeichen gab, daß die Firma – ein florierendes Pharmaunternehmen – verkauft werden sollte. Also gruppierte er einige Freunde um sich herum und delegierte die Verantwortung für das Geld an die Gruppe. Dort entstand die Idee, aus der Erbmasse eine Stiftung zu gründen. Zweck der Stiftung sollte die Förderung von emanzipatorischen Projekten in der 3. Welt sein. Es bildeten sich – nach den Sachthemen Afrika, Mittelamerika, Jugendreisen in die Türkei und Belegschaftsbetriebe (sowie ein Feuerwehrfonds) – Arbeitsgruppen, die entsprechende Gruppen fördern, aber auch Projekte initiieren sollen. Dann begann die Gründungsprozedur – Satzungsdebatten, Strukturdiskussionen, Geschäftsordnungen –, Steuerberater und Rechtsanwälte wurden konsultiert. Sitzungen in Arbeitsgruppen, zukünftigem Stiftungsrat und zukünftigem Vorstand. Und plötzlich kam das Geld, der Verkauf war mittlerweile abgewickelt. Über 30 Millionen DM lagen auf dem Konto. In einigen Sitzungen war bereits das Thema „Geldanlage" diskutiert worden, schließlich wollte man/frau vom konventionellen Weg abweichen – um nicht in das Dilemma zu geraten, auf der einen Seite Projekte gegen die Ausbeutung der 3. Welt zu fördern und auf der anderen Seite Wertpapiere von Unternehmern zu halten, die diese Ausbeutung betreiben. So sollte „Umverteilen nicht gemeint sein. Schließlich wurde ein szene-weit bekanntes Finanzierungskollektiv beauftragt, nach „alternativen" Anlagen Ausschau zu halten. So entstand die Idee, wenigstens einen Großteil des Stiftungskapitals in selbstverwalteten Wohn- und Gewerbehofprojekten anzulegen. Allerdings mußten dazu zwei Bedingungen erfüllt werden:

1. Das Sicherheitsbedürfnis der Stiftung hat höchste Priorität. Grundsätzlich sollten nur solide Immobilienprojekte finanziert werden. Diese Seite der Finanzierung sollte nicht als Förderung mißverstanden werden.
2. Es werden marktübliche Zinsen verlangt. Die aus dem Stiftungsfonds finanzierten Projekte sollten die gleiche Zinskostenbelastung haben, wie bei einer Bankfinanzierung. Letztlich machen die Zinserträge das Fördervolumen der Stiftung aus.

Kurzum: Ökonomisch bringt eine Finanzierung aus dem Stiftungsvermögen keine Vorteile. Es handelt sich um ein ideelles Tauschgeschäft. „Saubere" Anlagen gegen die politisch wünschenswerte Verwendung der Zinserträge.

Über die Förderpraxis läßt sich zur Zeit noch wenig sagen, da sich die Stiftung noch im Konstituierungsprozeß befindet und Kriteriendiskussion und Verfahrensprobleme, auch interne Querelen, die Stiftungsarbeit bestimmen. Fest steht, daß jährlich etwa 1,5 Mio. DM zur Förderung bereitstehen und der Antragsweg über die Gruppen geht.

M.M.

Umverteilen!
Stiftung für eine, solidarische Welt
Mehringdamm 50
1000 Berlin 61

Nichts ist unmöglich

oder – Es wir Zeit, daß einige Dinge unmöglich werden!

Fortsetzung von Seite 1

Widerwillen regt sich in fast jedem Bürger. Und doch behauptet das Bundesverfassungsgericht die Legalität der Volkszählung, ohne überhaupt für deren ordnungsgemäße Durchführung garantieren zu können. Stellt sich nun die Frage: Ist der Bürger für die Verfassung da oder die Verfassung für den Bürger?

Ausgehend von dieser Fragestellung ist es auch nicht so sehr diese eine Volkszählung 87, auf die sich der Widerstand bezieht, sondern vielmehr der Zwang, der jeden einzelnen betrifft und keine Möglichkeit zur freiheitlich-demokratischen Entscheidung beläßt. Dies alles gesehen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem neuen Personalausweis und der Verschärfung der Sicherheitsgesetze.

Jeder einzelne trägt die Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern auch für die durch die Volkszählung tatsächlich Betroffenen. Und selbst nur für die eigene Existenz gedacht, ist es – auf die Zukunft gesehen – wesentlich gefährlicher, die Daten abzuliefern, bzw. die Bögen falsch auszufüllen (wird als Urkundenfälschung bestraft), statt einer – sorgfältig geplanten – Verweigerung. Das Argument: Wir sind selbst nicht mehr handlungs- oder hilfefähig, wenn wir durch unseren offenen Widerspruch selbst diesen Repressionen ausgesetzt sind, wird langsam zur Gewohnheit und hat für diejenigen, die es sich bisher nicht so einfach gemacht haben, inzwischen einen bitteren Beigeschmack.

Es handelt sich lediglich um eine Ordnungswidrigkeit, eine Art „Falsch parken", die noch nicht einmal andere Personen gefährdet. Und wie immer gilt: die Menge macht's. Je mehr Menschen ganz offen und selbstverständlich ihr demokratisches Recht auf freie Meinungsäußerung mal wieder in Anspruch nehmen, desto deutlicher wird der Gedanke an ein nicht obrigkeithöriges, selbständiges bundesdeutsches Volk. Um diese allerdings ohne eigenen Schaden durchziehen zu können, sind folgende Schritte nötig:

- Die Solidarität kann sich lange vorher in Unterschriftensammlungen, Absprachen und VOBO-Betriebstreffen manifestieren. Es ist gut, wenn sich bereits vor dem akuten Stichtag (25. Mai '87) das Maß des eigentlichen Widerstandspotentials klar abzeichnet. Das kann man zum Beispiel auch dadurch, daß man schon vorher ein Schreiben an die zuständigen Sammelstellen richtet, in dem das eigene „Nicht-einverstanden-sein" verdeutlicht wird.
- Die Zählbogen werden schon Anfang April zugestellt, und zwar an den Auskunftspflichtigen. Das ist bei der GmbH der/die Geschäftsführer, bei Verein und Genossenschaft der Vorstand, bei der GbR die Gesellschafter.
- Wenn der Zähler kommt, Bogen annehmen, Freibrief verlangen und erklären, man schicke den Bogen selbst ein. **Auf gar keinen Fall** dem Zähler den Boykott erklären oder die Annahme des Zählbogens verweigern (höchstens verzögern), weil sonst alle Zwangsgelder schneller ins Rollen kommen und die rechtlichen Möglichkeiten zum Verzögern bzw. Boykott der Zählung eingeschränkt werden.
- Dann den Streifen mit den betriebsbezogenen Kenn-Nummern und Daten abtrennen und den Bogen bei der nächsten Boykott-Sammelstelle abgeben. Diese geben bekannt, wieviele Betriebe sich dem Boykott angeschlossen haben.

Für die Unentschlossenen: mit dem Abgeben des Bogens ist aber noch Zeit bis zum 25. Mai, dem Stichtag der Volkszählung. Bis dahin wird sich auch herausstellen, wie breit die Boykottbewegung wird und wie groß somit das Risiko des einzelnen Betriebes ist.

- Davon unabhängig rechtliche Schritte unternehmen. Als erstes der offene, gerichtliche Widerspruch gegen die Auskunftspflicht an das Statistische Landesamt. Da ein Betrieb als juristische Person angesehen wird und sowieso regelmäßig Daten an das statistische Landesamt abliefert, kann die Begründung des Widerspruchs nur eine politische sein, d.h. eine, die die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Situation im Sinne der Demokratie als gefährdet ansieht; bzw. die Entwicklung hin zur Totalerfassung befürchtet.

Da nach dem Volkszählungsgesetz weder Widerspruch noch die sich anschließende Klage eine aufschiebende Wirkung (d.h. Ihr seid weiterhin zur Auskunftserteilung verpflichtet!) haben, sollte gleichzeitig mit dem Widerspruch ein Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung (§ 80, Abs, 5, VwGO) beim zuständigen Verwaltungsgericht eingehen.

Obwohl Ihr Euch bei allen in Frage kommenden Rechtsmitteln auch bei Gericht selber vertreten könnt, ist es jetzt eigentlich ratsam, daß ein vertrauenswürdiger Anwalt die Sache vertritt.

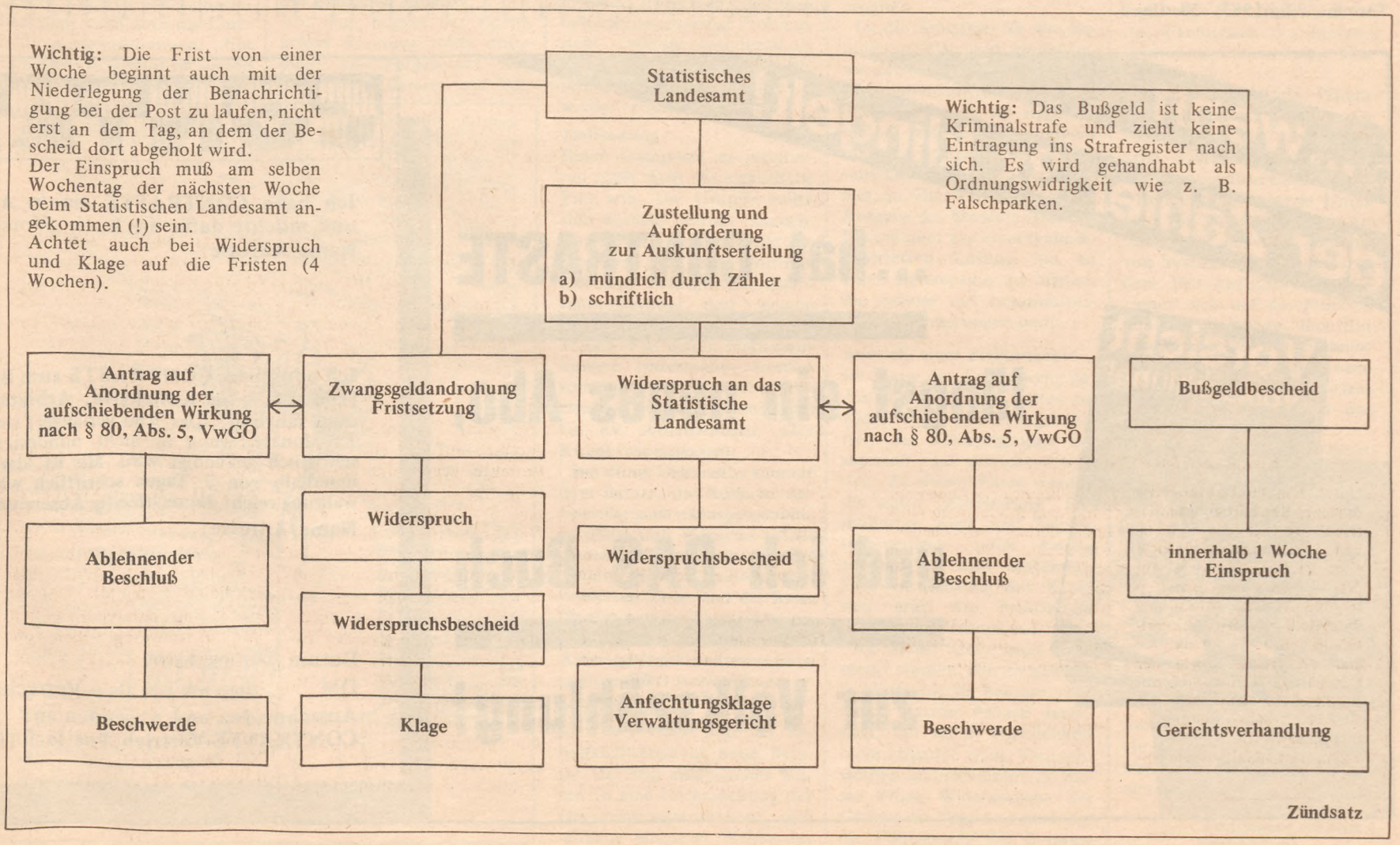
Man bekommt dann nach Bearbeitung einen Widerspruchsbescheid, gegen den man innerhalb eines Monats die Anfechtungsklage beim zuständigen Verwaltungsgericht einreicht. Wieder gilt: gleichzeitig ein Antrag nach § 80, Abs. 5, VwGO beim Verwaltungsgericht, der diesmal die gleiche Begründung wie der Widerspruchsbescheid selbst enthalten muß (Verfassungswidrigkeit).

Wird dieser Antrag abgelehnt, erfolgt Beschwerde beim zuständigen Oberverwaltungsgericht. Erhält man auch darauf einen ablehnenden Beschluß, bleiben 4 Wochen Zeit, die Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einzureichen. Wahrscheinlich besteht auch hier erst Aussicht auf Erfolg, wie gerade erst der Erfolg der Bundschuh-Genossenschaft gegen die Teststrecke von Daimler Benz zeigt.

Und auch diesmal wird der Erfolg abhängen von der Solidarität und der Entschlossenheit derjenigen Menschen, die begriffen haben, daß sie betroffen sind.

Mit Sicherheit also ein langwieriger, mühsamer Prozeß; allerdings auch der einzige mit Langzeitwirkung und einem Erfolg für alle. Und das eine wissen wir ja inzwischen: **Bevor die Freiheit ein Recht ist, ist sie eine Pflicht!**

Petra Inden



Aufruf zur Mithilfe

Wir wollen Euch über den Stand der Initiativen und im Mai über die Zahl der die Betriebsstättenähnlung boykottierenden Betriebe auf dem laufenden Halten und letzteres regelmässig an die Öffentlichkeit geben.
Deshalb sind wir auf Eure Mithilfe angewiesen. Schickt uns die Anlaufadressen Eurer Boykottinis für Betriebe.
Meldet uns im Mai Zahlen über die Boykottraten in Eurer Stadt oder Region, sofern sie Euch bekannt sind.
Wir werden die uns bekannten Zahlen aus den Regionen regelmäßig über die taz bekanntgeben.

Anschrift:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

Boykott - Initiativen

1000 Berlin
VOBO-Büro
im Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61
Infotelefon-Dienst jeden Di von 11 bis 13 Uhr unter Tel. (030) 694 15 16

2000 Hamburg
Treffen der Hamburger Initiative „Betriebe gegen Arbeitsstättenzählung" regelmäßig 14tägig. **Nächster Termine: 10.4. und 24.4.1987, 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Seminarraum, Nernstweg 32-34, Hamburg.**

2800 Bremen
Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Fehrfeld 60, 2800 Bremen 1
Termine erfragen unter Tel. (0421) 70 45 81

3500 Kassel
Umweltzentrum
Elfbuchenstr. 18
3500 Kassel
Tel. (0561) 77 53 07
Mo - Fr, 16 bis 18 Uhr)

4400 Münster
AG Arbeitsstättenzählung
c/o Netzwerk Münsterland
Achtermannstr. 10-12
4400 Münster
Tel. (0251) 51 19 29

4630 Bochum
VOBO-Initiative
Thea-Lotzi-Schule
Pestalozzi-Straße
4630 Bochum
Tel. (0234) 1 75 90
regelmäßig 14tägig, **nächster Termin: 22.4.1987, 20 Uhr**

6500 Mainz
AStA Johannes Gutenberg
Universität
Postfach 39 80
6500 Mainz

6900 Heidelberg
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

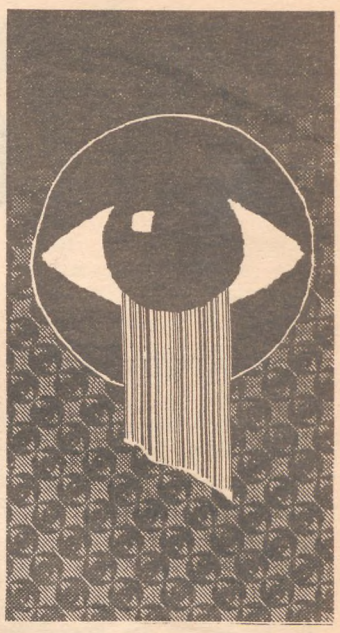
7000 Stuttgart
Komet GmbH
Olgastr. 46-48
7060 Schorndorf
Tel. (07181) 38 76
oder 6 62 82

Windhueter Kollektiv
Heinkelstr. 27
7060 Schorndorf
Tel. (07181) 6 10 76

5300 Bonn
Gegen den Überwachungsstaat, Koordinationsbüro,
5300 Bonn
Tel. (0228) 22 28 26
(Rundbrief zur Volkszählung)

6000 Frankfurt/Main
Verband Selbstverwalteter Betriebe in Hessen
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1
Tel. (069) 738 18 74

CONTRASTE-Redaktion
Frankfurt
Petra
Niederurselerstr. 7
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 7 80 11



Red. Heidelberg **Mit dem Buch „Vorsicht Volkszählung" – erfaßt, vernetzt und ausgezählt – hat „...man hier das am besten verständliche, präziseste und differenzierteste Buch zum Thema in der Hand."**
(taz, Hitparade der Antivolkszählungsbücher, 13.2.)

Unter der Prämisse, neben praktischen und rechtlichen Tips zum Volkszählungsboykott, weitergreifende Hintergrundinformationen über Datenerfassung und Informationstechnik zu veröffentlichen, haben die Herausgeber Appel und Hummel, kompetente Autoren zu Einzelbeiträgen gewonnen. Informatikprofessor Klaus Brunnstein zum Problem der Re-Identifizierung von Volkszählungsdaten, Götz Aly zur Funktion von statistischen Erfassungen im Nationalsozialismus, den Statistiker Bernd Kollek zur Unsinnigkeit von Totalerhebungen, Ulrich Briefs über Informations- und Kommunikationstechniken als Kontrollmittel inner- und außerhalb des Betriebes.

Besonders gut gefallen mir die im Anhang gesammelten Vordrucke und Formulare gegen Volkszähler und andere Schnüffelvereine, wie z.B. die SCHUFA.

Außerdem berichtet das Buch mit vielen präzisen Einzelinformationen über die breite Bewegung des zivilen Ungehorsams, die der Volkszählung jetzt schon vorausgeht.

BINE

R. Appel/D. Hummel (HG.)
Vorsicht Volkszählung!
Kölner Volksblatt Verlag
ca. 250 Seiten, DM 15.–

...wenn der Zähler 3x klingelt!

...hat CONTRASTE

längst ein neues Abo,

und ich DAS Buch

zur Volkszählung!

Bis 30.4. Abo-Aktion!

Ich habe CONTRASTE eine/n Abonnent/in/en benannt und möchte dafür das Buch „Vorsicht Volkszählung!".
Name/Adresse:
. . . . . .
. . . . . .
. . . . . .

Ich abonniere CONTRASTE zum Bezugspreis von DM 36,– (DM 24,– für Kollektive, Arbeitslos/e/innen, Schüler/innen) jährlich. Das Abo verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitig Absendung!
Name/Adresse:
. . . . . .
. . . . . .
. . . . . .
Datum, Unterschrift: . . . . . .
DM . . . füge ich bei als o Verrechnungsscheck o Bargeld
Ausschneiden und Absenden an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 104520, 6900 Heidelberg

31-87

Auf Gedeih und Verderb

Einführung von Mikroelektronik in selbstverwaltete Betriebe

Red. Heidelberg Immer mehr selbstverwaltete Betriebe stehen vor der Frage: „Können wir uns die Computertechnik sinnvoll (?) aneignen, oder steckt in dieser Technik soviel von Herrschaft und kapitalistischer Logik, daß wir uns nur die Finger daran verbrennen können, wenn wir uns auf sie einlassen.

Wir wollen hier nicht weiter der Frage nach dem eigentlichen Grundcharakter dieser Technik nachgehen. Daran haben sich schon genügend Philosophenhirne gerieben.

Wir setzen einmal voraus, daß Computer in selbstverwalteten Betrieben unter bestimmten Bedingungen sinnvoll zu nutzen sind. Wir möchten einen Weg zeigen, wie dieses Problem in der eigenen konkreten Betriebsumgebung in einem Gruppenprozeß behandelt werden kann. Es ist der Versuch, im Einzelfall – und nicht im philosophisch Allgemeinen – zu klären, welche Rolle Computer in unserer Utopie spielen können.

Ganz gleich wie sich die Projekte nennen; die Genossenschaften, Kollektive, Alternativbetriebe sind konkrete Utopieversuche – in all ihrer Widersprüchlichkeit. Den Einsatz von Computern in dieser Umgebung zu diskutieren heißt, darüber nachzudenken, wie wir leben und arbeiten **wollen und welche Aufgaben** wir mit technischen Hilfsmitteln bewältigen wollen.

Neben dem allgemeinen Rationalisierungsdruck gehören zu den Bedingungen des Computereinsatzes in Alternativbetrieben wesentlich die Ansprüche und Ziele, die mit diesen Projekten von den Mitgliedern selbst verbunden werden. Erstes Ziel ist, der Utopie vom selbstbestimmten Leben und Arbeiten im Kollektiv ein Stück näher zu kommen. Mit Elementen einer neuen Gesellschaft soll jetzt schon experimentiert werden. Trennungen und Widersprüche sollen aufgehoben werden in ganzheitlichen Strukturen:

Die betrieblichen Aufgaben, die in Zukunft mit Hilfe eines Computers bewältigt werden sollen, variieren von Betrieb zu Betrieb. Für den Fahrradladen ist das Chaos im Lager das Problem, das Baukollektiv möchte die Angebotskalkulation realisieren, und die Ingenieure wollen die Abrechnung öffentlicher Fördergelder vereinfachen. Buchhaltung und eine nach Kostenstellen differenzierte Betriebsabrechnung sind die meistgenannten Bereiche, in denen Unterstützung durch einen Computer erwartet wird.

Das sind zunächst Erwartungen, denen eine ganze Menge von Unsicherheiten gegenüberstehen. Was können die Programmsysteme wirklich? Was wird angeboten und was können wir davon gebrauchen? Lohnt sich die Investition für uns? Worauf müssen wir bei der Auswahl von Rechner und Programmen achten? Wie groß muß die Anlage ausgelegt sein?

Solche Fragen werden auch von konventionellen Unternehmen(sleitungen) gestellt, wenn es um die Anschaffung von EDV geht. Vergessen werden dort gerne die sozialen Auswirkungen für die Beschäftigten, solange nur die Rationalisierungs- und Kontrolleffekte erreicht werden und die Betroffenen stillhalten.

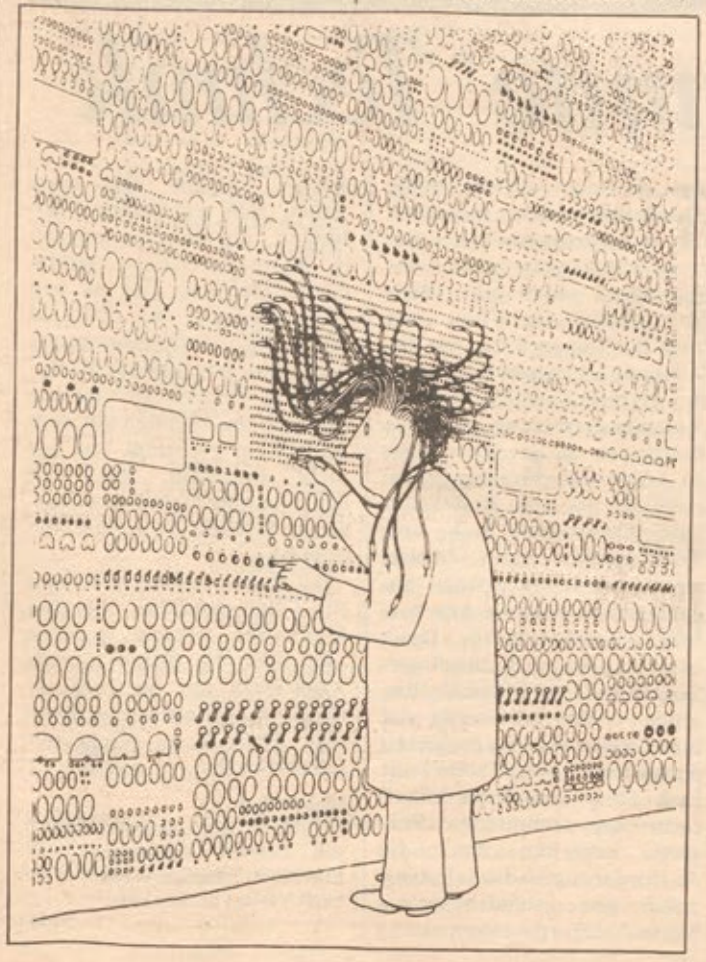
Wir stellen die Frage nach der Verträglichkeit eines Rechners mit unseren kollektiven Arbeitsstrukturen an erster Stelle. Das Problem, daß wir am Rechner einen Arbeitsplatz mit ganz neuen Belastungen haben werden, dürfte sich für uns nicht im üblichen Maße stellen, solange der Computer für uns ein Werkzeug unter anderen ist, mit dem wir rotierend umgehen.

Die neue Maschine birgt jedoch noch andere Gefahren, denen wir uns bewußt sein müssen, wenn wir sie vermeiden wollen. Bekannte Fragen müssen nun konkret gestellt werden: Ist die ins Auge gefaßte Software ein von uns allen beherrschbares Werkzeug? Wie verhindern wir, daß sich Computer-Spezialisten mit einem Informationsmonopol herausbilden?

Die isis/ibek hat auf diesem Hintergrund die vorhandene Beratungserfahrung (EDV und Organisation in konventionellen Betrieben, Buchführung in Alternativprojekten) und die eigenen Erfahrungen mit dem Rechner einfließen lassen in ein Beratungsangebot „EDV in Alternativbetrieben", das folgende Phasen umfaßt:

- Bedarfsanalyse
- Wirtschaftlichkeitsanalyse
- Diskussion möglicher Auswirkungen
- Auswahl von Hard- und Software
- Spezifizierung von evtl. nötigen Anpassungsarbeiten
- Erarbeitung eines Einführungsplans
- Vorschlag zu Qualifizierungsmaßnahmen

Ein wesentliches Prinzip dabei ist, daß alles in Zusammenarbeit und in Diskussion mit dem beratenen Kollektiv läuft und die Berater nicht als Experten auftreten, die fertige Lösungen anbieten und verkaufen wollen. Bei unserer Beratung kann auch die Empfehlung herauskommen: „Ein Computer erscheint für diesen Betrieb nicht sinnvoll".



Beratungsbedarf

der subjektive Beratungsbedarf vieler kleiner Betriebe (gleich ob selbstverwaltet oder konventionell) läßt sich durch zwei typische Fragenkomplexe charakterisieren:

- Was sollen wir kaufen? Welche Rechner und welche Programme sind gut?
- Das gekaufte System läuft nicht oder wir kommen damit nicht zurecht. Wir brauchen Hilfe.

Die Frage im ersten Fall kommt zu früh, die im zweiten Fall zu spät. Es müßte zunächst gefragt werden: „Mit welchem Ziel wollen wir welche Arbeitsstrukturen ändern und welchen Nutzen kann uns dabei ein Computer bringen?" Was müßte ein Computer können, damit er uns nützt?

Der Selbstverwaltungsanspruch und der Arbeitsbegriff der Mitarbeiter dieser Betriebe erfordern einen betroffenenorientierten Beratungsansatz (Selbstverwaltung als weitestgehende Partizipationsform).

Die selbstbestimmte Organisation der Arbeit, der Anspruch, Ganzheitlichkeit in der Arbeit zu verwirklichen und die Einbeziehung von Subjektivität beeinhalten auch die Forderung nach selbstbestimmtem Einsatz von Technologie. Daraus leiten wir vier Grundprinzipien der Beratung ab:

- Soziotechnische Systemgestaltung – Mensch, Organisation und Technik als Gesamtsystem sehen
- Partizipation – Die Betroffenen an der Systemgestaltung beteiligen
- Qualifizierende Arbeitsgestaltung – Persönliche Weiterentwicklung in der Arbeit ermöglichen
- Organisationsentwicklung – Fähigkeit zur Weiterentwicklung der Organisation ausbilden

Idealtypischerweise verläuft eine Einführungsberatung nach folgendem Konzept:

Definition des Beratungsauftrages und des geplanten Ablaufs

Vor dem Beginn der eigentlichen Beratung sollte unbedingt ein Vorgespräch zwischen dem Berater und Vertretern des Betriebes stattfinden, in dem klare Vereinbarungen über den Beratungsprozeß getroffen werden.

Grobe Problemanalyse

Die Problemsammlung sollte sich in dieser Phase noch auf die gesamte betriebliche Situation beziehen, um eine geplante Computereinführung im Kontext zu sehen und eine Einengung der Problemperspektive zu vermeiden. Unter Umständen ist die Computeranwendung das Ergebnis einer Problemverschiebung in der Gruppe. Beispielsweise könnten Stellenfehlbesetzungen oder chaotische Arbeitsorganisation den Wunsch nach einem Computer hervorgebracht haben. Eine Computereinführung könnte in dieser Situation aber genau die falsche Lösung sein.

Durch die breite Einbeziehung aller Kollektivmitglieder in dieser Phase soll eine möglicherweise einseitige Problemsicht – wie sie etwa durch die Hauptansprechpartner des Beraters geschildert wurde – wieder erweitert werden.

Zielfindung

Einen Computer zu installieren kann nicht das eigentliche Ziel sein. Die Gruppe sollte sich deshalb bewußt machen, was sie mit dem Rechner bezwecken will (z.B. Rationalisierung, Transparenz, Qualitätssteigerung) und welche Ziele der Organisation auf keinen Fall durch Nebenwirkungen unterlaufen werden sollen (z.B. Autonomie gegenüber der Technik, Verständnis für die Arbeitsinhalte aller Kollektivmitglieder).

Bei dieser Diskussion kommt dem Berater die Rolle zu, unbewußte und unausgesprochene Ziele und Wünsche aufzudecken und zur Diskussion zu stellen. Die im Konsens formulierten Ziele sind die Basis für die weitere Entwicklungsarbeit, die dann von kleineren Arbeitsgruppen in diesem Sinn weitergeführt werden kann.

Systemanalyse

In dieser Phase liegt der Arbeitsschwerpunkt beim Berater, der sein analytisches Wissen in eine Untersuchung der Organisationsstrukturen und -abläufe einbringt. Neben der Analyse objektiver Gegebenheiten (z.B. organisatorische Regeln, Arbeitsabläufe) wird es auch immer darauf ankommen, das subjektive Erlebnis der Einzelnen und die Organisationskultur zu berücksichtigen.

Die Analyseergebnisse sollen schon während der Erhebungsphase immer wieder dem Urteil der „Analysierten" zugänglich sein, um Fehlinterpretationen des Beraters vorzubeugen.

Entwicklung alternativer organisatorisch-technischer Zielkonzepte

Auf Grundlage der in der Systemanalyse aufgedeckten Stärken und Schwächen der Organisation werden nun alternative organisatorisch-technische Lösungen entwickelt, die eine Antwort auf Probleme darstellen und gleichzeitig die Stärken der Organisation erhalten.

Ist die Situation für alle Beteiligten klar und eindeutig, werden sicher nicht mehrere Alternativlösungen erarbeitet werden müssen. Im Regelfall bieten sich aber prinzipiell mehrere Konzepte, die unterschiedliche Konsequenzen haben, an. Hier kann es auch die Aufgabe des Beraters sein, den Blickwinkel von einer technikzentrierten Lösung hin zu einer Konzeption zu öffnen, die primär auf organisatorische Veränderungen baut.

Auswahl eines Zielkonzepts

Im Sinne der Transparenz des Auswahlverfahrens sollten zunächst die Bewertungskriterien der Gesamtgruppe gesammelt und gewichtet werden. Zu dieser Phase werden die unter „Zielfindung" formulierten Ziele und Nebenbedingungen noch einmal aufgegriffen und verfeinert. Eine Gewichtung der Kriterien zeigt die Prioritätensetzung der Gruppe auf.

An dieser Stelle muß angemerkt werden, daß die gewählte idealtypische Beschreibung einen glatten Prozeß suggeriert, der so in Wirklichkeit nicht ablaufen wird. Vielmehr werden wahrscheinlich in dieser Phase Widersprüche der Gruppe zu Tage kommen, die die Fähigkeiten des Beraters und der Gruppe herausfordern, mit Konflikten umzugehen.

Es wird darauf ankommen, in Konfliktfällen die wahren Konfliktebenen aufzudecken. Im Beispiel wird es sehr hilfreich sein, festzustellen, ob ein Streit auf unterschiedlichen Wert- und Zielvorstellungen, auf Differenzen bei der Einschätzung möglicher Folgen einer Entscheidung bei eigentlich übereinstimmenden Zielen oder auf einem emotional geprägten Beziehungsmuster beruht.

Der Berater sollte darauf achten, daß bei der Wahl des Zielkonzeptes auch nicht-technische Lösungen berücksichtigt werden.

Auswahl des technischen Systems

Dieser Arbeitsschritt sollte wieder in die Hände einer kleineren Arbeitsgruppe gelegt werden. Außerdem ist das Fachwissen des Beraters stärker als in anderen Phasen gefragt.

Zunächst wird ein Pflichtheft erarbeitet, das die Anforderungen an das technische System aus der Sicht der Organisation enthält.

Es kann als zentrale Unterlage im Rahmen einer Anschreibung an die Anbieter von Systemen verschickt werden. Die Anforderungen beziehen sich auf die Funktionen der Software, ihre Einbindbarkeit in die Organisation und auf die Hardware-Konfiguration (Gerätezusammenstellung mit Größen- und Leistungsangaben).

Auf der Basis des Pflichtheftes können Marktinformationen eingeholt werden, die zu einer ersten Eingrenzung der in Frage kommenden Systeme dienen. Die Systeme der engeren Wahl sollten in jedem Fall auch durch direkte Inaugenscheinnahme der späteren Benutzer verglichen werden. Systemdemonstrationen durch Händler oder auf Messen erlauben es dem Laien meistens nicht, sich ein Urteil darüber zu bilden, wie gut ein System für seinen Bedarf geeignet ist.

Fortsetzung auf Seite 6 (links unten)

Nützliche EDV?

Red. Heidelberg Bei der heutigen Arbeitsmarktlage ist es für einen Informatiker noch relativ einfach, sein Geld zu verdienen, ohne direkt für die Rüstung oder unkontrollierbare Überwachungsmaßnahmen zu arbeiten. Schwieriger wird es, die Mitarbeit an Personalinformationssystemen, (Weg-)Rationalisierung und Dequalifizierung von Arbeit zu verweigern.
Kaum entwickelt sind die Möglichkeiten, Informatikkenntnisse sozial und nützlich einzusetzen. Es genügt nicht, die Probleme durch die Wahl des Arbeitsplatzes zu umgehen, sondern es muß der Frage nachgegangen werden, in welcher Weise die der Informatik zugrundeliegenden Prinzipien für deren negative Auswirkungen mitveranwortlich sind. Dies bedeutet insbesondere auch, daß die Informatik nach Konzepten suchen muß, um die Produktion von Soft-/Hardware, deren Einbindung in gesellschaftliche Zusammenhänge und die Abschätzung und Abwendung sozialer Folgekosten miteinander zu verbinden.

Aus dieser Motivation heraus wurde auf der Jahrestagung 1986 des „Forum Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung" (FIFF) in Berlin die Idee geboren, ein bundesweites Treffen zu veranstalten, um vorhandene Ansätze solcher Bemühungen des RIFF, der „Konferenz für Informatik-Fachschaften" (KIF) und der Fachgruppe „Gesellschaftliche Aspekte der Informatik" der „Gesellschaft für Informatik" (GI) zu koordinieren.

Dieses Treffen fand am 23. Nov. 1986 mit ca. 20 Teilnehmern an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule (EWH) in Koblenz statt. Der Teilnehmerkreis setzte sich aus Vertretern selbstverwalteter Betriebe, Arbeitskreisen innerhalb und außerhalb von Hochschulen sowie aus Forschungsinstituten und Forschungsprojekten zusammen.

Fast alle Teilnehmer äußerten den Wunsch, mehr über Initiativen und Projekte zu erfahren, die sich kritisch mit den Möglichkeiten der Information auseinandersetzen.

Hieraus entwickelte sich die Idee einer Informationsbörse, die in der Lage ist, Kontakte zu vermitteln und Anfragen zu bearbeiten oder in geeigneter Weise weiterzuleiten. Die Informationen hierfür sollen in einem ersten Schritt von den Tagungsteilnehmern regional gesammelt und an eine zentrale Koordinierungsstelle in Koblenz weitergegeben werden. Gedacht ist vor allem an Informationen aus folgenden Bereichen:

- Selbstverwaltete Betriebe, z.B. Produktion, Beratung, Auswertung
- Forschungsprojekte, z.B. Benutzerbeteiligung, Systementwicklungsmethoden
- „Alternative" Informationsnetze
- Konversionsprojekte, z.B. Rüstungskonversion
- „Alternative" Ansätze in herkömmlichen Informatikbereichen

Aufgabe der Koblenzer Anlaufstelle ist die Aufbereitung und schnelle Wiederverfügbarmachung dieser Informationen, zum Beispiel in Form von kommentierten Adressverzeichnissen, der Vermittlung von Kontakten und der Beantwortung von Anfragen.

Im weiteren Verlauf des Treffens wurden Probleme „alternativer" Systementwicklungsmethoden diskutiert. Dabei wurde deutlich, daß die Aufgaben eines Systemkonstrukteurs sich nicht auf den Bereich der Systementwicklung beschränken dürfen, sondern daß folgende Fragen für ihn ebenfalls von großer Bedeutung sind:

- Welche Veränderungen werden durch den Einsatz dieser Systeme in gewachsene Organisationen ausgelöst, zu welchen Konflikten führt dies und wie lassen sie sich bewältigen?
- Wie weit muß sich der Entwickler in die Situation des Anwenders hineindenken, um Systeme benutzergemäß gestalten zu können, und welche Kenntnisse über interne Vorgänge müssen dem Entwickler durch den Benutzer mitgeteilt werden?
- Ist der Einsatz von EDV in einem konkreten Anwendungsfall wirklich sinnvoll und notwendig oder wäre eine nichttechnische Lösung geeigneter?

Als eine Konsequenz aus der Diskussion wurde die Veranstaltung eines Workshops beschlossen, auf dem diese Problematik vor allem anhand praktischer Erfahrungen bei Software-Entwicklungsprojekten weiterdiskutiert werden soll. Dieser Workshop findet voraussichtlich im Rahmen der FIFF-Jahrestagung 1987 (16. bis 18.10.), am Rande der GI-Jahrestagung 1987 (20. bis 23.10.) in München statt.

Die ersten Ergebnisse und Erfahrungen der Koblenzer Koordinierungsstelle beim Aufbau der Informationsbörse werden auf einem weiteren Treffen im April 1987 in Bonn besprochen, über welches in einer der nächsten Ausgaben von CONTRASTE berichtet werden wird.

Aufruf:
Um einen kontinuierlichen Ausbau des Informationsbestandes für die Informationsbörse zu gewährleisten, werden weitere Adressen und Hinweise auf Betriebe, Organisationen, Forschungsprojekte etc. gesucht, die sich kritisch mit der Informationstechnik auseinandersetzen und neue Wege zu gehen versuchen. Darüberhinaus sind wir für jede weitere Art von Unterstützung, zum Beispiel in Form von Literaturhinweisen, dankbar.

Kontaktadresse:
Michael Möhring
EWH Koblenz
Rheinau 3 - 4
5400 Koblenz
Tel. 0261/1 21 56 (App. 292)

Fortsetzung von Seite 5

Auf Gedeih und Verderb

Systemeinführung
Mit der Einführung des technischen Systems sind meistens organisatorische Umstellungen verbunden, etwa die Benutzung von neuen Formularen oder die Änderung von Arbeitsabläufen.

Die bisherige Beratung sollte gewährleistet haben, daß diese Umstellungen bewußt so gewollt sind und nicht als bloße Anpassungsleistung der Organisation vom Computersystem impliziert werden. Die neuen Regelungen sollten für alle Betroffenen verständlich als gemeinsame Vereinbarung zur Kooperation in einem Organisationshandbuch niedergelegt werden.

Um das große Chaos in der Einführungsphase zu vermeiden, sollte der Berater mit der Gruppe einen Einführungsplan erstellen, der zeitliche Aussagen zu den technischen Ausbauschritten, den organisatorischen Veränderungen und den Qualifikationsmaßnahmen enthält. Das Ziel des Planes ist nicht, ein kleinliches Befolgen von Zeitvorgaben zu fordern, sondern ein problembewußtes Umgehen mit dem Computer anzuregen.

Systementwicklung als ganzheitliche Optimierung des soziotechnischen Systems

Am Ende der Einführungsphase sollte das gesamte soziotechnische System (Technik und Organisation) eine gewisse Stabilität erreicht haben, die nach den jetzt zurückgelegten Umbauschritten nun für eine Zeit bewahrt bleiben sollte. Erst nach einer Zeit der Integration von Erfahrungen und der Festigung von Strukturen und Abläufen sollte daran gegangen werden, neue große Schritte einer Reorganisation zu wagen, um die Entwicklungsfähigkeit einer Gruppe nicht über zu strapazieren.

Das schließt nicht aus, daß weniger schwerwiegende Defizite permanent „ausgebügelt" werden müssen. Jedenfalls sollte am Ende der Einführungsphase eine Bestandsaufnahme vorgenommen werden, inwieweit die gemeinsam gesteckten Ziele mit dem neuen System erreicht worden sind. Es können Modifikationen und Korrekturen nötig sein. Darüber hinaus ist das technische System immer wieder der Frage auszusetzen, ob es der Gruppe eigentlich noch nutzt oder ob es sich verselbständigt hat und nur noch aus Gewohnheit benutzt wird. Im Sinne der ganzheitlichen Weiterentwicklung des soziotechnischen Systems sollte die Gruppe eine Sensibilität für die schleichenden sozialen Auswirkungen entwickeln, um negativen Folgen des Technikeinsatzes entgegenwirken zu können.

Dieser Beratungsgang kostet viel Geld und wahrscheinlich noch viel mehr Zeit. Trotzdem sollten sich selbstverwaltete Betriebe, die Computer in ihrem Betrieb einführen wollen, gründliche Gedanken über die Folgen dieser Entscheidung machen. Andernfalls laufen sie Gefahr, entweder viel Geld in den Sand zu setzen oder aber eine ungewollte Veränderung ihrer inneren Strukturen zu verursachen und neue Abhängigkeiten, diesmal von einer Maschine zu konstruieren. Beides sollte vermieden werden.

Manfred Daniel
Hubert Kant

Seminar
Einführung von Computern in SVB
17. bis 18. Juni 1987
Gewerbehof, Karlsruhe

Anmeldung:
ibek/isig e.V., Zähringerstraße 41,
75 Karlsruhe 1, Tel. 0721/37 40 22

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Verdammte Technik

Red. Berlin Daß der Einsatz von Computern in selbstverwalteten Betrieben immer noch ein Dauerthema ist, konnte in den letzten CONTRASTE-Ausgaben nachgelesen werden. Daß wir uns damit durchaus im allgemeinen Trend befinden, macht das diesjährige kritische Gewerkschaftsjahrbuch deutlich. Vordergründig scheint es die Probleme der Einführung neuer Technologien in selbstverwalteten Betrieben nicht zu geben. Aber gerade da setzt dieser Reader an. Es werden nicht nur die allseits bekannten Technologien in Großunternehmen dargestellt, samt möglicher gewerkschaftlicher Gegenstrategien, sondern einige Beiträge widmen sich ausschließlich dem Themenkomplex „neue Technik in selbstverwalteten Betrieben". Und besonders in dieser Beziehung ist das Buch für Selbstverwalter interessant. Da fällt auf, daß es eine differenzierte Auseinandersetzung mit Technik im selbstverwalteten Betrieb(salltag) gar nicht oder zumindest selten gibt. Vielmehr kennt man/frau nur zwei Positionen dazu: die ablehnende und die befürwortende. Natürlich laufen bei der Auseinandersetzung um diese Positionen im Betrieb wichtige Lern- und Erfahrungsprozesse ab, aber die Reflektion über Computertechnik und Technologie endet meist, wenn das Gerät erstmal angeschafft ist bzw. die Anschaffung abgelehnt wurde. Dann nämlich geht die Technologie-Sensibilität im Betriebsalltag unter. Nichts oder nicht viel bleibt übrig vom formulierten Anspruch, jede/r solle mit dem „Ding" umgehen können, sollte die technischen Vorgänge begreifen. Auch die Aufforderung an die Selbstdisziplin, gewerkschaftliche Arbeitsschutzforderungen einzuhalten, verhallt. Die einen haben sich widerwillig abgefunden, die anderen werden in ihrem Spieltrieb angestachelt. Meistens gibt es den Computerfreak, der sich bald seinen Informationsvorsprung und damit eine gewisse Machtposition sichert, andererseits Stunden um Stunden vor dem Bildschirm verbringt und gar nicht mitkriegt, wie sich das Frauschaftsverhältnis zwischen Mensch und Maschine umdreht.

Das Buch animiert auch zum Blick über den Zaun, über den Rand des eigenen Betriebs und über die Szene hinaus. Also nicht nur für Technikfreaks ein lesenswertes Buch über Technik im (nicht nur selbstverwalteten) Alltag.

High-tech-down
Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch von Eckhard Hildebrandt und Eberhard Schmidt (Hrsg.), Rotbuch Verlag, Berlin, 1987

M.M.

IMPRESSUM

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß:
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber:
CONTRASTE, Verein für Selbstverwaltung & Ökologie e.V., Gaisbergstr. 97, Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

Eigenverlag
Die Anzeigenpreisliste (Nr. 2/86) ist über die Heidelberger Redaktion zu erhalten.

Redaktionen.

Berlin
Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Franz-Josef Bartsch
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61
Tel. (030) 691 30 72

Frankfurt
Blättterwald e.G.
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 7 80 12

Heidelberg
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

Bayern
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel. (089) 691 78 21
Kurt Regenauer
c/o Netzwerk Franken
Hochstr. 23, Rgb.
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 28 96 58

Kulturredaktionen:
Eckard Holler
c/o Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26b
7400 Tübingen 1
Tel. (07071) 5 15 24

Riedmühle
Robert F. Mayer
Guntershäuserstr. 6
3501 Fuldabrücck 3
Tel. (05665) 45 89

V.i.S.d.P.:
Michael Makowski (Berlin), Gunar Seitz (Kassel), Dieter Poschen (Heidelberg), Kurt Regenauer (Nürnberg), Eckard Holler (Tübingen, Kulturseite), Dieter Reincke (Ökobank-Verein).

Herstellung
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

Druck
Caro-Druck
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1

Vertrieb
CONTRASTE-Vertrieb
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

Postgiroamt Karlsruhe
Nr. 1130 05 - 756
(BLZ 660 100 55)

Mut zum Risiko

Die Armut ihrer Kunden ist das Erfolgsrezept der Grameen Bank

Red. Berlin Ohne Geld geht heutzutage gar nichts mehr. Obwohl Selbsthilfeprojekte längst gesellschaftsfähig geworden sind, trauen ihnen Staat und etablierte Banken in Gelddingen immer noch nicht so recht über den Weg. Es fehlen „die Sicherheiten", die gewährleisten sollen, daß das geliehene Geld auch zurückgezahlt werden kann. Projekte, die weder Eigenkapital vorweisen können noch bereit sind, ihr Kollektiv in Chef/in in Lohn- oder Gehaltsempfänger/innen spalten, sind nicht kreditfähig.

Tut sich da ein unvereinbarer Widerspruch auf zwischen dem Kreditsicherungs-„zwang" einer Bank und dem Finanzierungsbedarf von Leuten, die kein Geld haben, aber welches brauchen, um sich in Selbsthilfe und Kollektiv ihr Einkommen zu sichern?

Keineswegs, denn es gibt sie tatsächlich, die Bank, bei der Kreditanträge kollektiv gestellt werden müssen und wo nur kreditwürdig ist, wer nachweislich kein Geld und keine „materiellen" Sicherheiten hat – eine „Bank für die Armen".

Dieses Paradoxon im Zeitalter der Marktwirtschaft heißt Grameen Bank und wurde – wen wundert's – in einem Land erdacht und aufgebaut, das zu den ärmsten der Welt zählt, in Bangladesh. 1976 startete Prof. Yunus, Ökonomieprofessor aus Bangladesh, das Grameen Bank Modell als Pilotprojekt in einem bangladesischen Dorf. Mittlerweile haben mehr als 250.000 Menschen aus über 5.000 Dörfern Kredite in einer Gesamthöhe von rund 40 Mio. US $ über die Grameen Bank ausgeliehen und zu fast 100% zurückgezahlt.

Die Gelder der Grameen Bank sind ausschließlich den „Ärmsten der Armen" vorbehalten. Das ist in Bangladesh ungefähr die Hälfte der ländlichen Bevölkerung, die pro Kopf weniger als 0,5 acre kultivierbaren Boden besitzt, und das sind in besonders starkem Maße Frauen, denen in der zu 85% islamischen Gesellschaft der Zugang zu eigenständigen einkommensbildenden Tätigkeiten verwehrt bleibt. Die Kredite der Grameen Bank können deshalb für jedwede Art von einkommensbildenden Tätigkeiten verwendet werden.

Arm ist nach den Kriterien der Grameen Bank, wessen Familie weniger als 0,5 acre kultivierbaren Bodens besitzt, bzw. bei wem das Familienvermögen den Gegenwert von 1 acre Land mittlerer Qualität (gemessen am lokalen Standard) nicht übersteigt. Auf die Beteiligung von Frauen an den Kreditgeschäften wird besonderer Wert gelegt. Die Grameen Bank versteht sich als ländliche Entwicklungsbank, die nach und nach die ländlichen Regionen mit einem Netz kleiner Filialen überziehen will. In jeder Bankfiliale arbeiten ein/e Direktor/in und jeweils drei männliche und drei weibliche Kundenbetreuer/innen. Die Bankangestellten werden in einem bankeigenen Ausbildungsinstitut auf ihre umfangreichen Tätigkeiten vorbereitet und lernen nicht nur, wie das Geld tatsächlich an den Mann und an die Frau gebracht werkann, sondern auch, wie mit Geld sinnvoll Entwicklungsprozesse in Gang gesetzt werden können.

Wer für die Grameen Bank arbeiten will, muß bereit sein, auf die sozialen und finanziellen Privilegien „normaler" Bankangestellter zu verzichten. Die Bezahlung orientiert sich am jeweiligen mittleren Einkommen in den einzelnen Dörfern; Statussymbole wie Autos oder ein eigenes Haus können darüber nicht finanziert werden, stattdessen sind die Bankanstellten verpflichtet, in dem Dorf zu leben, in dem sie arbeiten. Niemand kann es sich hinter einem Schreibtisch bequem machen und auf die Kund/inn/en warten. Die Grameen Banker/innen müssen selbst aktiv werden, ihr Arbeitsplatz ist das Dorf, in dem sie leben. Rundgänge und informelle Gespräche sind die ersten Schritte, um den Kontakt zur Bevölkerung herzustellen, Interesse zu wecken, Vertrauen aufzubauen, die Bank-Idee vorzustellen und über die Geschäftspraktiken zu informieren.

Wer nach den Kriterien der Bank nachweislich arm ist, muß, um einen Kredit zu bekommen, vier weitere Personen finden und sich mit diesen zu einer Kreditgruppe zusammenschließen. Die Kreditgruppen sind streng getrennt nach Männern und Frauen, die soziale und materielle Situation ihrer Mitglieder soll vergleichbar sein, und die Personen dürfen untereinander nicht verwandt sein. Damit die Gruppen überschaubar und konstant bleiben, dürfen ihnen grundsätzlich nicht mehr und nicht weniger als fünf Personen angehören.

Wo in einem Dorf mehrere Kreditgruppen entstehen, wird ein sogenanntes „Zentrum" gebildet. Jede Gruppe entsendet ihre/n Vorsitzende/n als Delegierte/n in das Zentrum. Dort wird wiederum ein/e Vorsitzende/r und ein/e Stellvertreter/in bestimmt. Die Zentrumssitzungen finden wöchentlich statt. Die Gruppenvertreter/innen informieren sich gegenseitig über die laufenden und geplanten (Kredit-)Aktivitäten, beraten über die Verwendung der Gelder aus den Gruppenfonds und koordinieren die Verhandlungen mit der Grameen Bank. Die Zentren sind das Forum, in dem über die Investitionen und Aktivitäten diskutiert wird, die die Dorfgemeinschaft insgesamt betreffen oder die gemeinsames Handeln erfordern, wie z.B. der Bau von Trinkwasserbrunnen, von Schulen, geplante Veranstaltungen, Workshops und Trainingsprogramme, die die Grameen Bank anbietet.

Unterstützt und beraten durch die Kundenbetreuer/innen der Grameen Bank, bereiten sich die einzelnen Kreditgruppen sechs Wochen lang auf die künftigen Bankgeschäfte vor. Während dieser vorgeschalteten Motivations-, Trainings- und Beobachtungsphase werden die Interessen der einzelnen dargelegt, die vorhandene Kreditwünsche und Pläne besprochen und festgelegt, wer den ersten Kreditantrag stellen wird. Alle Gruppenmitglieder lernen in dieser Zeit, ihren Namen zu schreiben, um den Kreditvertrag persönlich unterzeichnen zu können. Zweck dieser obligatorischen Übung ist, den künftigen Bankkund/inn/en deutlich zu machen, daß die Bank von ihren Kund/inn/en mehr erwartet als pünktliche Rückzahlung von Krediten. Den eigenen Namen schreiben zu können, soll als symbolische Handlung die Bereitschaft ausdrücken, künftig alles daran zu setzen, wenigstens die eigenen Kinder das Lesen und Schreiben lernen zu lassen.

Gegen Ende der Vorbereitungsphase wählt die Kreditgruppe eine/n Vorsitzende/n und eine/n Schriftführer/in. Um Gleichberechtigung und Gleichheit zu gewährleisten, müssen die gewählten Vorsitzenden jeder Gruppe nach Ablauf eines Jahres aus ihren Ämtern rotieren. Es wird ein fester wöchentlicher Termin verabredet, an dem sich die Gruppe künftig regelmäßig trifft. Die Teilnahme an diesen Gruppentreffen ist für jedes Gruppenmitglied verpflichtend und wird bei der Beurteilung der Kreditwürdigkeit der Gruppe von seiten der Bank berücksichtigt.

Ist nach Ablauf der sechs Wochen die Reihenfolge der Kreditanträge festgelegt und der/die Kundenbetreuer/in von der Zuverlässigkeit der Gruppe überzeugt, kann das erste Geld beantragt werden. Verantwortlich für den Kredit ist formal das einzelne Gruppenmitglied, letztlich jedoch ist die Vergabe weiterer Kredite an die übrigen Gruppenmitglieder von der pünktlichen Rückzahlung der ersten „Testperson" abhängig. Erst wenn zwei Monate lang der erste Kredit abgezahlt wurde und die Gruppe insgesamt keinen Grund zu Beanstandung gibt, erhalten nach Ablauf von jeweils sechs Wochen je zwei weitere Personen ihre Kredite. Die Laufzeit der Darlehen ist auf ein Jahr begrenzt, die erste Rate ist eine Woche nach der Auszahlung fällig, die wöchentlichen Raten betragen 2% des Nettokredits, die Zinsen sind am Ende der Laufzeit fällig. Für alle übrigen finanziellen Engpässe und Geldwünsche legen die Kreditnehmer/innen einen sogenannten Gruppensparfonds und einer Versicherungsfonds an, deren Einlagen nach festgelegten Beträgen über den Kredit der Grameen Bank finanziert werden. Und weil das Sparen erst gelernt sein will, sorgt die Grameen Bank mit ihren Geschäftsbedingungen an dieser Stelle für den „nötigen" äußeren Druck: das Sparen ist für jede/n Kreditnehmer/in ein Muß.

Jeweils 5% der beantragten Kreditsumme werden einbehalten und dem Gruppensparfonds gutgeschrieben. Darüberhinaus zahlt jedes Gruppenmitglied eine monatliche Spareinlage von 1 Taka (ungefähr 1/3 Tageslohn). Das Sparguthaben wird mit 8,5% verzinst und ist nicht kündbar. Über die Verwendung des gemeinsamen Sparguthabens entscheidet ausschließlich die Gruppe selbst. Es ist ihre finanzielle Reserve, die jederzeit für zusätzliche Einzel- oder Gruppenkredite verwendet werden kann und die nicht auf einkommensbildende Tätigkeiten begrenzt ist.

Der Versicherungsfonds ist eine Art Lebens- und Unfallversicherung, der den Kreditgruppenmitgliedern bei objektivem Zahlungsnotstand (Tod eines Familienangehörigen, unvorhersehbare Notfälle) zur Verfügung steht. Jede/r Kreditnehmer/in zahlt einen Betrag, der dem Gegenwert von 50 % der erhobenen Kreditzinsen entspricht, in diesen Fonds.

Die Gruppenersparnisse dienen im wesentlichen der kollektiven Absicherung von Geschäftsrisiken, gleichen saisonale Einkommensschwankungen aus, werden in die Gesundheitsversorgung und in die Schul- und Ausbildung investiert und sollen darüberhinaus ein – wenn auch bescheidenes – Gegengewicht zum Finanzmonopol der Grameen Bank aufbauen.

Ein pädagogischer Hintergedanke ist natürlich auch dabei: Das Gruppensparen soll verdeutlichen, daß gemeinsames Handeln stark macht. Wo individuelles Sparen erst längerfristig nenneswerte Beträge einbringt, kann die Gruppe schon nach relativ kurzer Zeit über einen relativ großen Betrag nach eigenem Gutdünken verfügen. Soll heißen: Je mehr Menschen auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten, desto schneller läßt es sich verwirklichen.

Damit über die „ökonomische Mobilisierung" auch tatsächlich ein umfassender Entwicklungsprozeß in Gang gesetzt wird, ist die Grameen Bank bestrebt, möglichst viele Menschen in das Netz ihrer Aktivitäten einzubinden. Die Kreditgruppen und Zentren stellen als überschaubare Strukturen mit klaren Regeln den notwendigen Organisationszusammenhang her, in dem die Menschen sich aktiv an allen Entscheidungen beteiligen sollen, die ihr Leben in der Dorgemeinschaft betreffen. Von den Kundenbetreuer/inne/n wird erwartet, daß sie die Gruppenbildungsprozesse und die Vernetzung initiieren, unterstützen und stärken. Sie sind Bankleute, Sozialarbeiter/innen und Lehrer/innen in einer Person. Sie sollen bewußtseinsbildend wirken, d.h. in den Gruppen Methoden und Techniken vermitteln, die es allen Beteiligten ermöglichen, ihre jeweiligen Interessen zu formulieren, auf demokratische Weise Entscheidungen zu treffen und gemeinsam zu handeln. Im entwicklungspolitischen Sprachgebrauch heißt diese Arbeit ‚human development', was in etwa mit dem Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe" vergleichbar ist. Die Kundenbetreuer/innen haben die verantwortungsvolle Aufgabe, Anregungen zu geben ohne zu manipulieren, sie dürfen und sollen ihre Ideen, ihr Wissen und ihre Erfahrungen einbringen, ohne jedoch eigene Überzeugungen gegen den Willen der Gruppe durchzusetzen.

Ausgestattet mit einem eigenen Entwicklungskodex, hat die Grameen Bank der Armut den Kampf angesagt. In den ‚16 decisions' ist festgelegt, wie durch individuelle oder kollektive Anstrengungen die Armut überwunden werden kann. Wer einen Grameen Bank-Kredit beansprucht, entscheidet sich gegen die Armut und muß sich verpflichten, mit Verhaltensweisen und Traditionen zu brechen, die immer wieder Ursache von Krankheit, sozialer Ungleichheit, Benachteiligung und den finanziellen Ruin sind. Dazu gehört die Verpflichtung, nur sauberes oder abgekochtes Wasser zu trinken, bei Krankheit nicht auf die Kraft der Gebete zu vertrauen, sondern medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen; dazu gehört die Bereitschaft, sich über Hygiene, Familienplanung und Gesundheitsversorgung zu informieren, ebenso die strikte Weigerung, eine Mitgift bei der Heirat der Kinder zu zahlen oder anzunehmen.

Die massiven Aufklärungskampagnen der Grameen Bank, entsprechende Workshops, insbesondere für Frauen, spezielle Trainingsprogramme, Alphabetisierungskurse für Kinder und Jugendliche haben nicht nur das Ansehen der Bank erheblich gesteigert, sondern auch deutlich sichtbare und „wissenschaftlich abgesicherte" Veränderungen bewirkt. Dort, wo die Grameen Banker/innen arbeiten, ist die Bereitschaft zur Familienplanung von 30% auf über 64% gestiegen. Gegen die Mitgiftzahlungen sprechen sich inzwischen über 90% der befragten Personen aus. Stattdessen steigt die Bereitschaft, das heiratsfähige Alter der Töchter nicht mehr bei unter 15 Jahren anzusetzen, sondern gegen das Alter von 20 Jahren anzuheben. Die Solidarität unter den Frauen ist erheblich gestärkt worden. Wo einzelne Frauen sich gegen die Auswüchse des Patriarchats nicht genügend wehren können, wird der Benachteiligung gemeinsam entgegengetreten. Die Männer begegnen ihren Frauen mit mehr Respekt: Während ursprünglich noch 56% der befragten Männer ihre Frauen für minderwertig hielten, trauten sich zu einem späteren Zeitpunkt nur noch 6%, dies öffentlich kundzutun. Die Anzahl derer, die ihre Frau für gleichwertig halten, ist von 53% auf 98% gestiegen. Das durchschnittliche Familieneinkommen konnte um ca. 32% gesteigert werden. Durch die Bereitstellung von billigem Saatgut ist der Anteil derjenigen, die Gemüse zum Eigenverbrauch und zum Verkauf anbauen, von 40% auf 92% angestiegen.

Unterstützt durch einen Zuschuß der Ford Foundation und einem 17 Mio. US $ Kredit der International Foundation of Agricultural Development, hat sich das Entwicklungsprojekt mittlerweile als Bank mit einem Eigenkapital von 2,6 Mio. US $ etabliert. Die Bank ist zu 25% staatliches Eigentum, zu 75% Eigentum der ehemaligen Kreditnehmer/innen.

Insgesamt hat die Grameen Bank Kredite in Höhe von 40 Mio. US $ vergeben, das Sparguthaben ihrer Kund/inn/en beläuft sich auf insgesamt 4 Mio. US $. Die Anzahl der Bankkund/inn/en ist auf 255.000 gestiegen. Davon sind 155.000 Frauen (rund 70%), deren Rückzahlungsquote bei 100% liegt. Auf die Männer ist in dieser Hinsicht lediglich 98%-iger Verlaß. Ein beachtliches Ergebnis im Vergleich zu den traditionellen Geschäftsbanken in Bangladesh, die ihr verliehenes Geld nur mit 50 bis 65%-iger Wahrscheinlichkeit zurückgekommen.

Offensichtlich ist die Kombination von ‚kein Geld haben', aber ‚kollektiv Kredite beantragen', durchaus ein erfolgversprechendes Bankkonzept. Ob sich ein solches Modell von einem „unterentwickelten" Land in ein „überentwickeltes" Land übertragen läßt, bleibt zunächst einmal fragwürdig. Aber zumindest hat das Grameen Bank-Modell gezeigt, daß eine Bank auch anders funktionieren kann und sehr viel erfolgreicher ist, wenn es ihr gelingt, einzelne, zunächst konkurrierende Geldinteressen in einen kollektiven Interessenzusammenhang zu stellen, der Kooperation zum Nutzen aller erzwingt und der bewirkt, daß die unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen nicht mehr individuell durchgesetzt werden können, sondern einer kollektiven Absprache und Übereinkunft bedürfen.

Jutta Manthey

REGIONALNACHRICHTEN

Bürgschaftsbanken für selbstverwaltete Betriebe

Stärkung der Ökobank durch Haftungsassoziationen auf Länderebene

Osnabrück **Dieser Artikel setzt die Überlegungen des Beitrags „Netzwerke als Zweigstellen der Ökobank" fort, der in der CONTRASTE-Ausgabe 10/86 abgedruckt war. Er beschäftigt sich mit den notwendigen und möglichen Organisationsstrukturen auf Länderebene, um die Funktionsfähigkeit einer Ökobank zu gewährleisten und ein alternatives Finanzforum entstehen zu lassen.**

Zusammenarbeit von STATTwerke und Ökobank

Gute Voraussetzungen für eine intensive Zusammenarbeit mit der Ökobank haben inzwischen die STATTwerke in Berlin mit der ihnen angegliederten Haftungsassoziation e.G., die voraussichtlich in den nächsten Monaten ihre praktische Arbeit aufnehmen wird. Denn sollten die Direktkredite einmal nicht mehr so reichlich fließen (da das Szenekapital nun mal begrenzt ist und die entstehende Ökobank den STATTwerken das Geld abzieht), warum sollten dann die STATTerke nicht Kredite der Ökobank gegen Bearbeitungsgebühr (Vermittlungsprovision) an ihr Klientel weitervermitteln und über die Haftungs-Assoziation e.G. absichern helfen. Erfahrene Beratungskapazität ist bei den STATTwerken vorhanden. Sie bieten damit gute Voraussetzungen für einen Kooperationsvertrag mit der Ökobank und haben die Möglichkeit, neben den weiter laufenden Direktkrediten, die über die Haftungsassoziation e.G. abgesichert werden, auch eine Finanzmakler- und Beratungs-Funktion für die Ökobank zu übernehmen, soweit das zur Verfügung stehende Haftungskapital zur Zeit nicht abgedeckt ist. Voraussetzung ist allerdings, daß ein entsprechender Kreditbedarf in Berlin vorhanden ist bzw. auch ein neuer Kundenbereich angesprochen wird. Dieser Kundenbereich könnte sich aus Privatkunden, die z.B. im ökologischen Haus- und Wohnungsbereich investieren wollen und aus den sogenannten „neuen Selbständigen" und „traditionellen Kleinbetrieben" mit ökologischen Ansprüchen und Zielen bestehen, zusammensetzen.

Beide Systeme, Direktkreditvermittlung und Genossenschaftsbank, haben also die Möglichkeit, nebeneinander zu bestehen und sich gegenseitig zu ergänzen.

Kundenstruktur und Kreditsicherungsbedarf der Ökobank

In seinem Beitrag zur Geschäftspolitik der Ökobank (Von der Ökobank, alternativen Betrieben und schlafenden Riesen, CONTRASTE 5/86) geht Torsten Martin von einem Kreditsicherungsbedarf von 10% des Kreditvolumens der Ökobank aus. Dieser Prozentsatz scheint uns viel zu niedrig angesetzt zu sein und dürfte sich als „optimistische Spekulation" erweisen, da über die zukünftige Kundenstruktur der Ökobank nur Vermutungen angestellt werden können. Auch die pauschale Aufteilung der Kunden, und damit des Kreditvolumens, in 50% für Privatkunden und 50% für Firmenkunden wird durch keinerlei nähere Angaben, Berechnungen oder Untersuchungen belegt oder erhärtet und scheint somit in dieser Form mehr als fragwürdig. Steigt beispielsweise der Anteil der Firmenkunden auf 75%, so steigt damit numerisch der Kreditsicherungsbedarf. Oder ist die Aufteilung 50% der Kredite für Privatkunden, 50% für Firmenkunden vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen vorgeschrieben, um eine möglichst breite Risikostreuung zu gewährleisten? Sicherlich wird gerade an diesem Punkt das BAK versuchen, Einfluß auf die Geschäftspolitik der Ökobank zu nehmen.

Da zum Thema praktische Geschäftspolitik der Ökobank bisher noch nicht viel zu hören war (kommt ja vielleicht noch, wenn die Verhandlungen mit dem BAK abgeschlossen sind), hier einige Überlegungen und Fragen zur Kundenstruktur und Kreditsicherheit, ohne in die Details zu gehen:

Welche Kredite sollen an Privatkunden vergeben werden? Kredite für ökologische Hausneubauten und Altbausanierungen, für „umweltfreundliche" Katalysator-Fahrzeuge und „umweltfreundliche" ...?? Klar ist, daß hier die Absicherung ähnlich sein wird wie bei traditionellen Banken. Fraglich ist nur der Anteil der Kredite am Gesamtkreditvolumen. Bei den Firmenkunden (Landwirtschaft, Produktion, Handel und Dienstleistung, 3.-Welt-Projekte, Hausprojekte im Bereich Soziales, Kultur und Bildung) entsteht neben der Frage nach dem Gesamtvolumen der Kredite insbesondere die Frage nach den Sicherheiten.

Bei der Abdeckung der Sicherheiten wird Grund und Boden bei ökologischen landwirtschaftlichen Projekten und ökologischen Hausprojekten sicherlich mit einem bestimmten Prozentsatz zu Buche schlagen, allerdings auch nur, solange Eigentum vorhanden ist und Grund und Boden nicht verpachtet wurden. Ebenfalls trifft dies bei der Sicherungsübereignung für für Maschinen und Geräte in den verschiedenen Bereichen zu, wobei hier natürlich die Bewertungsproblematik erschwerend dazukommt. Wie aus diesen kurzen Überlegungen deutlich wird, dürften Kreditsicherungslücken also am ehesten in den Bereichen Landwirtschaft, Produktion, Handel, 3.-Welt-Projekte und Dienstleistungen entstehen.

Wir vermuten – „schon aus Sicherheitsgründen" –, daß der Absicherungsbedarf der Ökobank statt bei 10% eher bei 25 bis 50% des Kreditvolumens liegen dürfte, ohne daß wir einen Einblick in entsprechende Untersuchungen – bundesweite Erhebungen zu diesem Thema scheint es nicht zu geben – gehabt haben.

Aufgrund unserer Beratungserfahrungen hat sich jedenfalls ergeben, daß nicht nur bei den genannten alternativen Betrieben Kreditsicherheiten fehlen, sondern auch häufig bei den „neuen Selbständigen", die ein Kleingewerbe errichten wollen, oft wie die „Beschäftigungsinitiativen" einen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit suchen, und deren Kreditbedarf unter dem der Landes- und Bundesprogramme liegt, sich zwischen 10.000 und 40.000 DM bewegt, wo die staatlichen Unterstützungen nicht greifen. Andererseits brauchen diese Betriebe und Projekte nach einer Anlaufphase eine Nachfinanzierung, nachdem bereits mehr Vertrauen in die eigene Selbständigkeit gewonnen wurde. Dann aber fließen auch die staatl. Existenzgründungsgelder nicht mehr und eine finanzielle Stützung der Betriebe wird notwendig. Argument: „Warum sollen wir uns höher verschulden als notwendig, bloß um an günstige staatl. Konditionen heranzukommen?"

Da die Ökobank allein für den alternativen Projektbereich zu groß angelegt ist, wird sie gerade auch auf diesen Kundenbereich angewiesen sein, zumal diese Menschen alternativen Gedanken aufgeschlossen gegenüberstehen.

Soweit unsere Überlegungen zur Kundenstruktur und Kreditsicherheit. Als nächstes einige grobe Berechnungen zum Kreditsicherungsbedarf der Ökobank. Gehen wir einmal für das erste Geschäftsjahr der Ökobank von einem Kreditvolumen von 20 Mio. DM aus, so ergibt sich bei der 25 bis 50% geschätzter fehlender Sicherheiten, aufgeteilt auf die elf Bundesländer, ein durchschnittlicher Kreditbedarf von 500.000 bzw. 1 Mio. DM. Berücksichtigen wir dabei die unterschiedliche Laufzeit und somit den möglichen Rückfluß der Kredite in die Regionen, so kann sich schnell eine Schwankungsbreite von 200.000 bis 3 Mio. DM ergeben. Rechnen wir diese Werte auf die kommenden fünf Geschäftsjahre hoch, so kommen wir zu einem durchschnittlichen Kreditsicherungsbedarf pro Bundesland von 2,5 Mio. bis 5 Mio. DM bzw. einer Schwankungsbreite von 1 Mio. bis 15 Mio. DM.

Genau in dieser Größenordnung setzt die Haftungsassoziation e.G. der Berliner STATTwerke an, sie plant einen Bürgschaftsrahmen von 5 Mio. DM für die nächsten Jahre. Um nicht den Ruf der gesamten Alternativ- und Öko-Bewegung aufs Spiel zu setzen, wird es gerade für die Ökobank notwendig sein, eine Grundsolide Geschäftspolitik anzustreben und zu verwirklichen, die Kreditausfälle so gut wie ausschließt und eine Aufnahme in den Sicherungsfonds der Volks- und Raiffeisenbanken nicht notwendig macht. Wie zu hören ist, sind auch nicht alle Volks- und Raiffeisenbanken diesem Sicherungsfonds angeschlossen.

Aus diesen Überlegungen wird allerdings deutlich, wie dringend die Ökobank eigene Haftungsassoziationen benötigt, um ihr Geschäftsvolumen schrittweise entfalten zu können.

STATTwerke als „Geburtshelfer" weiterer Haftungsassoziationen

Um die Funktionsfähigkeit der Ökobank zu gewährleisten, ist neben einer intensiven Beratungstätigkeit in den Regionen die Entstehung von Bürgschaftsbanken notwendig. Dies scheint am ehesten auf Landesebene realisierbar zu sein. Hierbei könnte dann auf die Erfahrungen der Haftungsassoziation e.G., Berlin, zurückgegriffen werden, bzw. die STATTwerke könnten sich als „Geburtshelfer" weiterer Projekte dieser Art betätigen. Zu überlegen ist an dieser Stelle auch, ob nicht vorhandene Vereinsstrukturen genutzt werden können, um eine Haftungsassoziation aufzunehmen. Dafür wäre voraussichtlich eine entsprechende Satzungsänderung bzw. -erweiterung notwendig, die insbesondere in Frage käme, wenn der bürokratische Aufwand möglichst gering gehalten werden soll und es sich je nach Bundesland oder Region nur um relativ niedrige Bürgschaftssummen handelt.

Organisationsstruktur einer Haftungsassoziation auf Länderebene

Wie eine Haftungsassoziation auf Länderebene organisiert sein könnte, soll hier am Beispiel Niedersachsens grob skizziert werden (s. nebenstehendes Schaubild). Die Netzwerke zusammen mit dem Landesökobankverein und dem Verein niedersächsischer Projekte und Betriebe in Selbstverwaltung (NIPBIS), einschließlich des Vereins niedersächsischer Bildungsinitiativen und der Frauenhäuser, repräsentieren die alternative Szene, also die Sparten Landwirtschaft, Produktion, Handel, Dienstleistung, Dritte Welt, Soziales, Kultur, Bildung, Frauen, wobei es auf örtlicher Ebene sinnvoll erscheint, alle Projekte, auch die politischen, in den Netzwerken zusammenzufassen und auf Landesebene eine Aufteilung in betriebliche Projekte, organisiert im Landesökobankverein, und übrige Projekte, organisiert bei NIPBIS, anzustreben. NIPBIS käme dann mehr die Funktion eines alternativen Sozialverbandes zu, der allerdings eng mit den übrigen Strukturen kooperieren sollte.

Die Alternativvertreter (Netzwerke, Landesökobankverein, NIPBIS) und (wenn möglich) Landesökofonds, die beiden großen Kirchen und das Land Niedersachsen bilden nach Berliner Muster die Bürgschaftsbanken, wobei die Alternativvertreter nur relativ geringe Summen in den gemeinsamen Topf als Vorleistung (Selbsthilfegedanke) einbringen, wie dies auch im Berliner Modell vorgesehen ist, und die größeren Beträge von den beiden großen Kirchen und zusätzlich vom Landesökofonds kommen sollten. Dann kann versucht werden, das Land Niedersachsen ebenfalls wie in Berlin zur Übernahme einer zusätzlichen Bürgschaft zu bewegen.

Das Konzept der Berliner Haftungsassoziation liegt bereits seit Nov. 1985 vor. Darauf könnten sich entsprechende Initiativen auf Landesebene stützen und gegebenenfalls in Berlin um Beratung nachfragen.

Der einzurichtende Bürgschaftsausschuß der Haftungsassoziation hätte dann in enger Kooperation mit entsprechenden Netzwerk-Beratern vor Ort die Entscheidung über die Bürgschaftsvergabe zu treffen. Die Bürgschaften wären dann im Zusammenhang mit einer Kreditvergabe der Ökobank abzuwickeln.

Unabhängig davon hätten die Netzwerke nach wie vor die Möglichkeit, eigene Bürgschaftstöpfe für die Absicherung von Direktkrediten anzusparen. Diese Töpfe könnten dann aus Mitteln folgender Institutionen aufgestockt werden: Ökofonds Stadt, Ökofonds Kreis, örtliche Kirchentöpfe, Privatpersonen u.a. Falls diese Töpfe nur teilweise zur Absicherung von Direktkrediten genutzt werden, könnten überschüssige Mittel in den Landesbürgschaftsfonds fließen.

Mit dieser Konzeption der Haftungsassoziation wäre es möglich, einen neuen Verhandlungsversuch mit dem Land Niedersachsen zu starten. Es scheint erst dann sinnvoll – wie die Erfahrungen in anderen Bereichen gezeigt haben – an Parlament und Verwaltung heranzutreten, wenn die alternative Szene sich entsprechend zusammengeschlossen hat, eigene Vorleistungen erbringen kann und die Kirchen als Partner gewonnen werden konnten. Dies scheint in Niedersachsen die einzige Möglichkeit zu sein, mit alten und neuen Mitgliedern und alten und neuen Argumenten die Verhandlungen mit dem Land wieder in Fluß zu bringen.

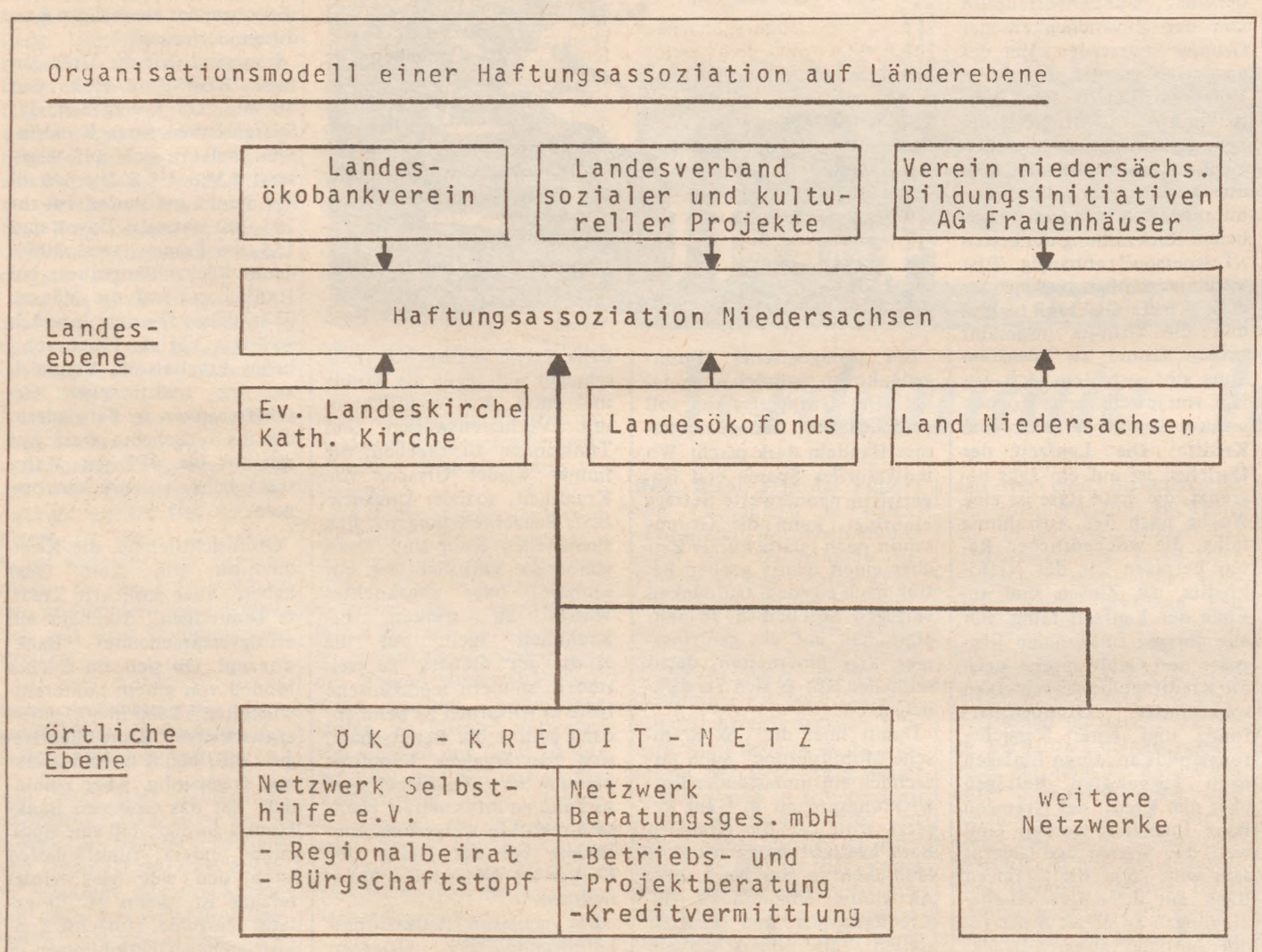
Wie aus den vorausgegangenen Ausführungen ersichtlich, sind wir von „Netzwerke als ‚Zweigstelle' der Ökobank" noch weit entfernt. Ganz abgesehen davon, daß es sich, selbst von der angestrebten Absicht her, nicht um übliche Bankzweigstellen handeln wird, erscheint es sinnvoll, nicht von „Zweigstellen" zu sprechen, sondern von Institutionen im Bereich Ökologie und Selbstverwaltung, die die Betriebe und Projekte beraten, entwickeln und fördern und bei der Finanzierung (Kreditbeschaffung und Absicherung) behilflich sind und somit eine ganz neue Beratungsqualität mitbringen, die von traditionellen Banken nicht erbracht werden kann. Wir würden diese Beratungs- und Finanzierungseinrichtungen, wie bereits vorgeschlagen, ÖKO-KREDIT-NETZ nennen, weil hierdurch die Verbindung zwischen Ökobank und Netzwerk deutlich wird.

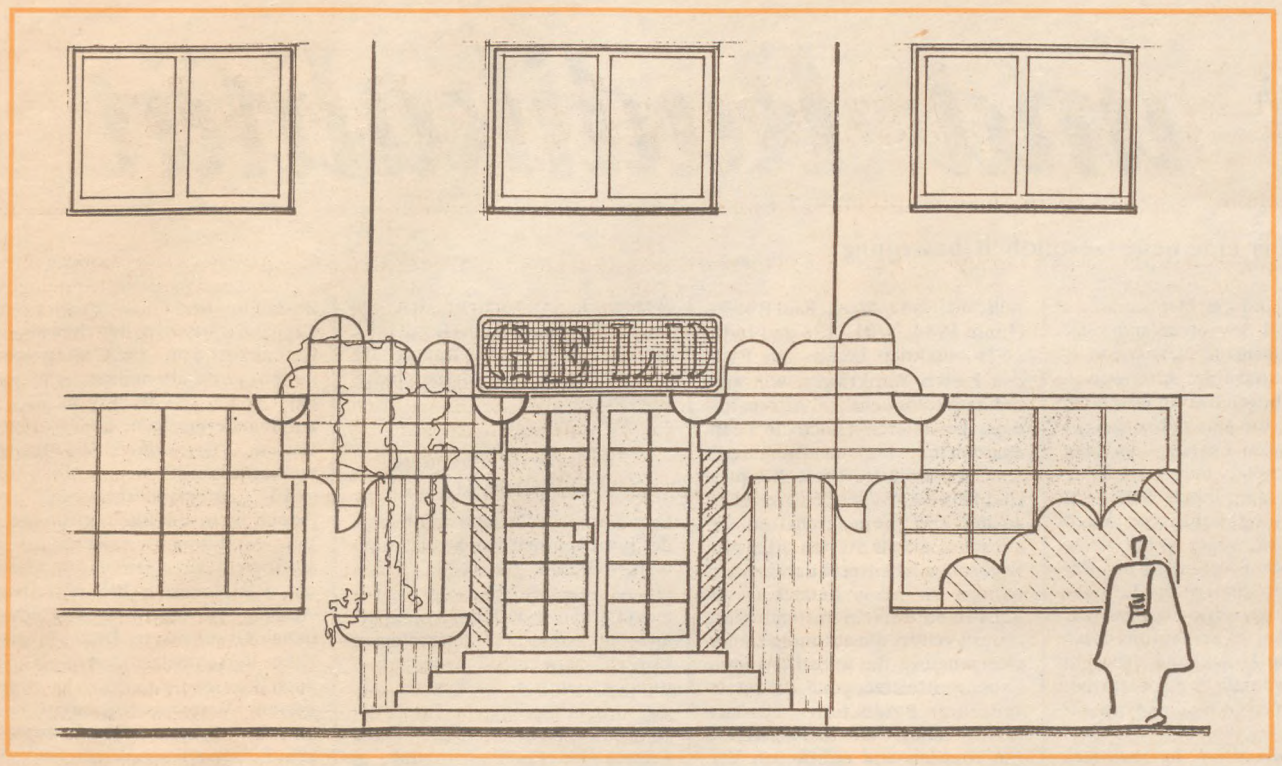
Um es zum Schluß noch einmal kurz zusammenzufassen: Warum sollten wir weitere Haftungsassoziationen gründen? Weil wir einen Beitrag leisten wollen gegen Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Hunger in der Dritten Welt und eine gerechtere Einkommensverteilung anstreben. Um in dieser Richtung einen kleinen Schritt weiterzukommen, ist die Vernetzung der alternativen Finanzierungsinstrumente notwendig; um ihre Wirksamkeit zu verstärken, brauchen wir Haftungsassoziationen auf Länderebene.

Wie Mensch sieht, es gibt noch viel zu tun: Packen wir es an!

Klemens Speer
Andries ter Heide
Netzwerk Osnabrück

Organisationsmodell einer Haftungsassoziation auf Länderebene





Treugeldbestand per 24.3.87	**7.061.666,00 DM**
Treugeldgeber/innen	**14.283**
Vereinsmitglieder/innen	**2.450**
Treugeldstand nach Regionen:	
Baden-Württemberg	1.537.464,00
Nordrhein-Westfalen	1.284.107,00
Bayern	1.108.517,00
Hessen	1.070.550,00
Niedersachsen	668.901,00
Berlin	364.940,00
Schleswig-Holstein	317.038,00
Hamburg	272.086,00
Rheinland-Pfalz	212.431,00
Saarland	73.700,00
Ausland	31.917,00
Diverse	118.810,00

Treugeldkonto.
Postgiroamt Frankfurt/M. Konto-Nr. 4151 75 – 609
(Anteil Startkapital Ökobank)

Ökobankgenossenschaft bezieht eigene Räume

Am 1. April hat die Ökobank Genossenschaft in Gründung im Frankfurter Nordend ihre eigenen Räume bezogen. Die Anschrift lautet:

Ökobank Genossenschaft i.Gr.
Bornheimer Landstraße 22/
Luisenplatz
6000 Frankfurt/Main-1
Tel. 069/43 95 34

Die Räume sind bezogen, Bankgeschäfte können jedoch in ihnen noch nicht abgewikkelt werden (s. März-Ausgabe der CONTRASTE). Die Gründungsarbeit aber wird ohne Zweifel an Intensität gewinnen. Ist doch zu der bisherigen Bankercrew, die nach einem schweren Verkehrsunfall von Petra Vössing z.Zt. aus Jutta Gelbrich, Oliver Förster und Torsten Martin besteht – ein erster Vorstand hinzugekommen, langjähriges Mitglied im Vorstand einer Volksbank und inzwischen auch mit der Anerkennung durch den genossenschaftlichen Prüfungsverband Hessen/Rheinland-Pfalz versehen. Ihm obliegt ab 1. April die Federführung in den Verhandlungen mit diesem Prüfungsverband und den Gesprächen mit Vorstandsbewerbern. Hier sieht die Situation zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehr vielversprechend aus. Mit dem Bezug der späteren Geschäftsräume der Bank setzt die Genossenschaft in Gründung aber auch ein deutliches Zeichen nach außen: Am Ziel der Bankgründung wird unbeirrt festgehalten! – auch wenn ein so hilfreicher Journalismus, wie ihn die TAZ pflegt, mit einer Headline wie „Ökobank geplatzt" hier meint, den gegenteiligen Eindruck vermitteln zu müssen. Der Delegiertenrat hat auf seiner Sitzung am 8. März d.J. mit zwei Entscheidungen den Weg für eine konsequente Weiterarbeit freigemacht. Zum einen hat er zugestimmt, daß alle Treugeldgeber gebeten werden, ihren Treuhandvertrag mit der HTS um ein weiteres Jahr zu verlängern, zum anderen hat er (zähneknirschend) sein Einverständnis zur geforderten Satzungsänderung der Bank erklärt. Dies hat für die Vereinsarbeit gravierende Konsequenzen. Denn es bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß das Verhältnis Verein/Bank in Zukunft seine juristische Fixierung nicht mehr in der Satzung der Bank findet, sondern sich aus den Arbeits- und Geschäftsbeziehungen her definiert, die Bank und Regionalgruppen miteinander eingehen werden. Der Vorstand hatte den Delegierten dazu ein Thesenpapier vorgelegt, das von ihnen auch mit großer Mehrheit angenommen wurde. Inhalt dieses Papiers ist: Die Regionalgruppen gründen ab sofort juristisch eigenständige Firmen. Sie tun dies ganz nach den Bedürfnissen der jeweiligen Region entweder allein, im Verbund mit anderen Regionalgruppen oder aber zentral auf Länderebene. Auch die Wahl der Rechtsform leitet sich ganz aus den spezifischen Bedingungen ab, die in den jeweiligen Regionen herrschen. Ziel dabei ist, für die jeweilige Region ein Instrument zu schaffen, das es der Ökobank möglicht macht, hier Kreditengagements einzugehen. Sei es, daß eine Bürgschaftsbank vor Ort für eine entsprechende Absicherung sorgt, sei es, daß eine Beratungsgesellschaft eine entsprechende Betriebsberatung übernimmt, sei es... Der wirtschaftlichen Phantasie der regionalen Vereinsgruppen sind hier so gut wie keine Grenzen gesetzt. Die Aufgaben, vor die sich die regionalen Gruppen des Vereins jetzt gestellt sehen, haben allerdings eine neue Qualität: Sie erfordern eine aktive Auseinandersetzung mit der wirtschaftlichen Infrastruktur der jeweiligen regionalen Szene, eine kreative Phantasie bei der Entwicklung zielgerechter Lösungen und Produkte, und sicher erfordern sie die Einbindung von Personen mit hohem wirtschaftlichen Sachverstand in die Vereinsarbeit.

Es wird dieses bundesweite Netz regionaler, juristisch selbständiger Firmen sein, das die Ökobank in die politische Kultur einbindet, in der sie ihren Ursprung hat und deren finanzpolitischer Ausdruck sie sein soll. Dieses Netz wiederum wird für die Bank ihre wirtschaftliche und politische Existenzgrundlage sein – eine, wie ich meine, stärkere Rückversicherung als es ein satzungsgemäßes Festschreiben je sein könnte.

Neue Anschrift der Bundesgeschäftsstelle!

Auch die Bundesgeschäftsstelle hat mit dem ersten April ihren Büroraum in der Krebsmühle aufgegeben. Dieser Schritt schien dem Vorstand notwendig, da bis zu dem Zeitpunkt, da die Genossenschaft in Gründung ihre Zulassung erhält, der Verein nach wie vor die Vorlaufkosten der Gründung finanziert und noch nicht abzusehen ist, wie lang der (finanzielle) Atem des Verein sein muß. Mit der Anmietung der Räume für die Genossenschaft, unter Beibehaltung des Vereinsbüros, wären dem Verein jedoch zusätzliche Bürokosten entstanden, die so nicht mehr unbedingt notwendig erscheinen, nachdem die ganze Kontaktpflege zu Treugeldgebern und potentiellen Ökobankgenossen jetzt ganz in den Händen der Genossenschaft in Gründung liegt. Ein Vorschlag des Büros, über die Installation eines Tagungs- und Seminarbetriebs für Bank und Verein in der Krebsmühle das Fortbestehen des Büros unter dieser Adresse zu ermöglichen, wurde von den Delegierten in Göttingen abgelehnt. Sie hielten es für wichtig, einer weiteren Konzentrierung in Frankfurt entgegenzuwirken. Die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins wird in Zukunft also verstärkt über die regionalen Büros laufen. Ob die Aufgaben der Bundesgeschäftsstelle ebenfalls von einer der bestehenden Regionalgruppen (in Frankfurt, in Hessen oder anderswo?) übernommen werden sollen, wird von der Aufgabenstellung abhängig sein, die der Verein dieser Geschäftsstelle in Zukunft gibt. Bis dies geschehen ist, lautet die neue Anschrift der Bundesgeschäftsstelle:

Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Dieter Reincke
c/o SOVA
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt/Main-90
Tel. 069/499 04 47

Herr Reincke ist seit dem 1. April der einzige Angestellte der Bundesgeschäftsstelle und nach wie vor verantwortlich für die bundesweite Koordination der Vereinsarbeit und die Kontaktpflege zur Ökobank Genosenschaft in Gründung.

Dieter Reincke

Einladung

Im April findet das Regionaltreffen des Ökobankvereins **FRANKFURT & UMLAND** bereits am 13.4.87 statt, und zwar als MV.

Tagungsordnungspunkte: Satzungsfragen, Vertreterwahlen, Wahl des Beiratsausschusses.

Die drei nächsten Treffen sind also am 16.3.; 13.4. und 18.5.87, jeweils um 18.30 Uhr. Treffpunkt:
Rotlintstr. 58, Ffm. Näheres: Tel. 069/44 98 34 (Thomas)

Ökobank gründen!

Anzeige

AUCH WENN UNS MANCHE NICHT GRÜN SIND
SIND WIR FÜR VIELE DIE EINZIGE
ALTERNATIVE

Ausschneiden und einsenden an: taz-Abo, Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65

Ich bestelle die taz

☐ 5 Wochen für 30 Mark
☐ 9 Wochen für 50 Mark

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....
☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

650 Unterschrift: .....

Anzeige

Gesundheit und Radikalität

Für eine neue Gesundheitsbewegung

Red. Kassel Der Gesundheitstag 87 in Kassel ist – wie auch alle vorhergehenden Gesundheitstage – Ausdruck und Diskussionsforum für eine kritische Gesundheitsbewegung. In dem nachfolgenden Beitrag beschäftigt sich Gunar Seitz darüberhinausgehend mit den Fragen nach der Zukunft einer radikalen Gesundheitsbewegung. Gerade diese hier aufgeworfenen Fragestellungen werden auf dem Kasseler Gesundheitstag behandelt.

Gesundheit ist eine der wesentlichen Grundlagen für menschliches Leben, mehr noch: für Leben überhaupt. Insofern ist es konsequent, für ein gesundes, das heißt entwicklungsfähiges Leben, einzutreten. Je mehr jedoch Gesundheit durch die Auswirkungen der modernen technologischen Systeme (Atom-, Laser-, Gen-, Daten-, Militär- oder Verkehrstechnologie(n)) beeinträchtigt wird, desto stärker ist auch der Widerstand gegen diese Gesundheitsbeeinträchtigungen.

Seit der Zeit der 68er Rebellion wurde häufig von einer ‚radikalen Medizin' gesprochen. Über die Kritik an dem bürgerlichen Gesundheitssystem entstand allmählich in der BRD eine kritische Gesundheitsbewegung. In drei großen Gesundheitstagen wurde die Breite dieser Bewegung – genauer dieser Gesundheitsbewegungen – deutlich. Jedoch nach dem geradezu euphorischen Auftakt in Berlin 1980 schmolz bald der Elan dahin. Die Realität holte die ‚Beweger' mehr als die ‚Bewegten' ein.

Eine breite Gesundheitsbewegung entstand zu Beginn der 80er Jahre. Diese Bewegung greift immer neue Themen auf und entwickelt sich kontinuierlich auf eine zunehmende Individualisierung der Gesundheitsanschauung weiter. Andererseits ist der „harte" organisatorische Kern einer kritischen Gesundheitsdiskussion auf ein Minimum von Aktivisten zusammengeschrumpft. Da die Diskussion um Gesundheit heute eine breite inhaltliche und öffentliche Basis hat, ist es nicht unwichtig, dieses Feld (wieder) zu einem gesellschaftssprengenden Ansatzpunkt zu machen. Wir dürfen die Gesundheitsthematik nicht den Müsli- und Meditationspropheten, den Großgeräte- und High-tech-Forciers, den Standesorganisationen und Gesundheitsministerien, sprich dem unabgesprochen abgesprochenen Konzert der Systemstabilisatoren überlassen.

Wider technorale Strukturen

Was bedeutet dies für den aktiven und radikalen Widerstand gegen eine weitere Gesundheitszerstörung? Gegen langfristig angelegte Strukturbedingungen ist nicht allein mit kurzfristigem Aktionismus oder mit Appellen anzukommen. Wie also denn?

Zutiefst bemerkenswert erscheint mir, daß in allen Protestbewegungen, die ja wiederum direkt mit der Gesundheitsthematik befaßt sind, die hierarchisch-patriarchal-technokratischen Strukturen, die technoarchalen Strukturen, in Frage gestellt werden:

* in der sogenannten 3. Welt-Bewegung, in der das hierarchielose Miteinander unterschiedlicher Kulturen und Völker entwickelt wird;
* in der Frauenbewegung, in der herrschaftsloses Miteinander von Frau und Mann erprobt wird;
* in der Friedensbewegung, in der das friedliche Miteinander unterschiedlicher Staaten, Gesellschaften und gesellschaftlicher Kleingruppen konzipiert wird;
* in den sozialen Bewegungen (traditionelle Gesundheits(laden)bewegung, Selbstverwaltungsbewegung, Freiheitsbewegungen in den sog. Entwicklungsländern), in denen das gerechte und soziale Miteinander aller gesellschaftlichen Schichten und unterschiedlich lebenden und arbeitenden Menschen vorangetrieben wird;
* in der Ökologiebewegung, in der das Verlassen jeder Hierarchie und jedes zentrischen Gedankens, sowohl innerhalb der menschlichen Gesellschaft als auch bezogen auf die Gesamtnatur, umgesetzt wird.

PROtest Gesundheit

Das Verlassen technoarchaler, hierarchischer und patriarchaler Gedanken ist das vereinende Bindeglied zwischen allen kritischen Protestbewegungen. In allen Bewegungen wird gleichzeitig mit dem Protest auch die Entwicklung gesellschaftlicher und ökologischer Alternativen, die nicht ausschließlich auf kurzfristige Umsetzung begründet sind, vorangetrieben. Mit der Entwicklung solcher Alternativen verbindet sich die Vorstellung einer gesamtgesellschaftlich-gesundheitlichen Utopie von einer lebenswerteren Zukunft. Der Protest wird damit zum PRO*test* – zum Versuch, auf den Weg in eine bessere Gesellschaft zu gelangen. Der PROtest wird zum positiven Test für eine neue Lebenseinstellung, eine neue Arbeitsweise und ein neues Leben in der Gesamtnatur.

PROtest als Aktionsform drängt zur Praxis, er drängt zur schrittweisen Verwirklichung. Eine Verwirklichung, die nicht beim Kritisieren und im Verhindern stehenbleibt, sondern Vorschläge entwickelt, wie Bestehendes abgewandelt und verändert werden kann und wie letztendlich Neues begründet, aufgebaut und entwickelt werden kann. In kleinen überschaubaren Gruppen findet die Bewegung von Utopie mit der gesellschaftlichen Realität statt – hier wird Wirklichkeit erzeugt, wird *Zukunft* entworfen.

Beispiele im Gesundheitswesen waren z.B. die Gemeinschaftspraxen. Sie erlebten zwar ein ständiges Auf und Ab, jedoch wurden in der kurzen Zeit ihres Existierens als soziales Modell für eine kommunikative Heilkunde genügend positive Erfahrungen gesammelt, um dieses Modell wieder verstärkt in neuer Form zu forcieren. In einem bislang unveröffentlichen Manuskripf schlägt Helmut Hildebrandt die Errichtung lokaler Aktions- und Kommunikationszentren vor, die sich bewegungsübergreifend konstituieren sollten. Hier könnte seiner Ansicht nach ein Gutteil von amerikanischen Modellen gelernt werden. Diese Zentren haben natürlich neben ihren praktischen Hilfestellungen auch immer die politische Dimension vor Augen. Sie sind Bestand eines aktiven und radikalen Widerstandes.

Revolution der Alternativen

Bei der Betrachtung von praktischen Modellen wie Gesundheitspraxen oder Aktions- und Kommunikationszentren sollten wir uns jedoch vor der Meinung hüten, wir könnten dadurch kurzfristig die Lösung des Gesundheits- bzw. des Gesellschaftsproblems generell erwarten.

Die gesellschaftlichen Strukturen, die von den Ideen des Kapitalismus und des Patriarchats geprägt sind, entstanden in einem Jahrhunderte währenden geschichtlichen Prozeß. Solche Strukturen sind nicht von heute auf morgen umzuwandeln oder gar außer Kraft zu setzen. Selbst Revolutionen, die im Namen sozialer Gerechtigkeit (1848er Revolution, Russische Revolution, Chinesische Revolution) geführt wurden, änderten am Grundduktus der Industriegesellschaft nichts. Mehr noch, sie führten zuweilen zur äußersten Konsequenz des technisch und bürokratisch machbaren mit all den nachteiligen Erscheinungen von Ausbeutung und Unterdrückung der Natur und der Menschen, wie das Beispiel Sowjetrußland zeigt.

Eine *zeitgemäße Revolution* ist eine Revolution der Alternativen, eine Revolution mit umfassendem Charakter, die eine radikale Alternative in allen Lebens- und Tätigkeitsbereichen, die Gesundheit bedingen, zum Inhalt hat. Nicht die Erlangung politischer Macht (wie es linke oder grüne Kreise immer noch fordern) ist das Entscheidende, sondern die Entwicklung eines vielverflochtenen, herrschaftslosen, ausbeutungslosen, synetischen Miteinanders aller mit allen und von allem mit allem. Nur so wird Gesundheit positiv erkämpft.

Diese Revolution hat bei ihrer Verwirklichung heute einen unübersehbaren und zugleich furchtbaren Bundesgenossen – die ökologisch-gesundheitliche Destabilisierung. Es ist zu erwarten, daß die ökologisch-gesundheitliche Destabilisierung das Denken in Alternativen beschleunigen und radikalisieren wird.

Gesundheit und Anarchismus

Das Vorhandensein von gesundheitlichen Alternativen heute ist entscheidend für die Möglichkeit einer positiven, das heißt sozial und ökologisch verträglichen Gesellschaft von morgen. Paul Robien (Linse 1986, S. 81–125 und 164–167) beschrieb bereits am Ende des Ersten Weltkrieges, wie eine radikalökologische Alternative eines gesünderen Lebens in Form anarchistischer Landsiedlungen aussehen könnte. Diese Beispiele sind heute aktueller denn je. Es ist an der Zeit, Gemeinschaften aufzubauen, die als Stätten intensiver Begegnung lebenspraktische Alternativen in allen Bereichen des Lens zu entwickeln imstande sind.

Dazu gehört die autonome Energieerzeugung, die selbstbestimmte Lebensmittelerzeugung, die selbstverwaltete Produktion wirtschaftlicher Güter, die Beschäftigung mit sozialen und politischen Verhältnissen, der Naturschutz als ökologische Klammer und vor allem die Entwicklung von *Kreativität* in ihrem umfassenden Sinne, wie sie Joseph Beuys formulierte, als Grundlage des Gemeinwesens.

Gesundheit wird hier nicht mehr als ein von anderen Bereichen getrennter Bereich definiert, sondern ergibt sich aus den aktuellen Lebensbezügen. Gesundheit ist hier Leben und das So-Leben ist Bedingung für Gesundheit. Daß daneben natürlich auch eine Gemeinschaftspraxis in das Kommuneprojekt, wie dies in der neugegründeten Niederkaufunger Gemeinschaft bei Kassel, integriert werden kann, versteht sich von selbst. Der Kampf für Gesundheit wird dadurch zum Kampf für ein anarchistisches Gesellschaftsmodell.

Zündsatz für eine neue Gesundheitsbewegung?

Die Komplexität und Globalität der Betroffenheit von Mensch und Natur wurde für jeden durch die Atomkatastrophe von Tschernobyl erkennbar. Jedoch auch bei anderen modernen Technologien werden zunehmend Querverbindungen sichtbar. So bezieht z.B. die Gentechnologie in Form der Reproduktionstechnologie die Fragen der Frauenbewegung, in Form der Nahrungsmittelgenetik die 3. Welt-Bewegung mit ein. Gesundheit kann also nicht mehr isoliert betrachtet werden. Der Kampf um Gesundheit muß die antimilitaristischen und ökologistischen Fragestellungen mit aufnehmen. Durch diese Erweiterung des Gesundheitsbegriffes wird Gesundheit ebenso wie andere Thematiken umfassender, Gesundheit wird global. Durch Aids, die Atomkatastrophe von Tschernobyl und die anderen technologischen Katastrophen in ihrer schleichenden wie auch in ihrer akuten Form sind wir an einen Punkt gestoßen, an dem wir nun imstande sind, die trennenden Grenzen zwischen den Bewegungen abzubauen, die Gemeinsamkeiten ernst zu nehmen und zu einer neuen synetisch (griechisch: aufeinanderbezogen, ganz) orientierten *(Gesundheits-)Bewegung* zusammenzufinden.

Mit „aufeinanderbezogen" ist jedoch nicht die Bildung von breiten Koalitionen zwischen den Restbewegungen gemeint, sondern das Verschmelzen der einzelnen Ansätze zu einem umfassenden neuen Grundansatz. Dieses inhaltliche Verschmelzen hat natürlich auch Konsequenzen für die etablierten Verbandsstrukturen der einzelnen alternativen Bewegungen. Einzelverbände – mittlerweile mehr oder weniger in den Dunstkreis machtpolitischer Interessen eingetaucht – sind nicht mehr haltbar. Der Abbau bis hin zur Auflösung vorhandener Strukturen müßte wieder vorangetrieben werden. Es wird sich zeigen, ob der neue Impuls, der mit einer synetischen Herangehensweise umschrieben werden kann, für eine neue (Gesundheits-)Bewegung stark genug sein wird, um die heilige Kuh „alternative Vereinsmeierei" zu schlachten. Dies ist, so glaube ich, auch eine notwendige Voraussetzung für eine politische und radikale Bewegung.

Gunar Seitz

Streitgespräch

Gesundheitsminuten oder Gesundheitstag

Red. Kassel Großveranstaltungen sind immer umstrittene Projekte. Zumeist wird über eine zu starke oder zu schwache Beteiligung bestimmter ideologischer Positionen gerangelt, wobei die unterlegene Fraktion dann immer diejenigen bekämpft, an deren Stelle sie am liebsten selbst stehen würde. Jenseits dieser ideologischen Grabenkämpfe gibt es jedoch recht wenige kritische Stimmen, die grundsätzlich eine Großorganisation ablehnen. CONTRASTE hat nun die zwei verschiedenen Positionen eingeladen, um in einem gemeinsamen Diskurs das Für und Wider einer solchen Veranstaltung, wie es der 4. bundesweite Gesundheitstag darstellt, zu erörtern.

Immer wieder tauchen in den alternativen Bewegungen Gedanken über die Organisation von Großveranstaltungen auf. In der Anti-AKW-Bewegung waren dies die großen Demos in Hannover (79) und Bonn (80); in der Friedensbewegung die Menschenkette und Massenaktionen (84) und in der ‚Umwelt"bewegung der 1. deutsche Umwelttag in Würzburg (86). Auch die kritische Gesundheitsbewegung hat ihre Großveranstaltungen: Die bundesweiten Gesundheitstage. Der nächste bundesweite Gesundheitstag wird in Kassel stattfinden. Dieser wird wohl alle vorhergehenden Gesundheitstage in Größe und Organisationsaufwand um ein beträchtliches Maß übertreffen. Was waren die Gründe, die ein solches Mammutprojekt entstehen ließen, eine Frage an das Vorstandsmitglied des Trägervereins, Reinald Weiß.

Reinald: Schon vor dem letzten Gesundheitstag 84 in Bremen haben wir in Kassel für einen weiteren Gesundheitstag plädiert. Wir waren und sind der Ansicht, daß ein bundesweiter Gesundheitstag Impulse für die Gesundheitsbewegung geben kann. Denn in einer Zeit zunehmender Individualisierung und Entpolitisierung ist ein sichtbares Zeichen einer starken politischen Gegenbewegung stärker denn je notwendig. Gerade nachdem die konservativen bis reaktionären Elemente nach der Wende an Gewicht zugenommen haben, ist es gut, andere Ideen aufzuzeigen.

Katrin Best-Mayer, du bist eine Kritikerin von Mammutprojekten. Sind es denn nicht auch deine Ziele, Alternativen zu einer Individualisierung aufzubauen? Dies ist doch auch die Grundlage für dein Engagement für die alternativen Bewegungen, insbesondere für den Anarcha-Feminismus?

Katrin: Die derzeitige Entwicklung einer zunehmenden Entpolilisierung kann doch nicht über Veranstaltungen gehen. Dies ist in der Regel ein spektakuläres Feuerwerk, das wirkungslos verpufft. Mit Veranstaltungen, wie sie bundesweite Gesundheitstage darstellen, werden keine Alternativen zum bestehenden System organisiert. Großorganisationen generell sind Teil eines patriarchalen Gedankens, der auf Zentralisation, Bürokratisierung und Herrschaftsanmaßung hinausläuft. Auch beim 4. bundesweiten Gesundheitstag in Kassel sehe ich diese patriarchale Tendenz.

Reinald: Sehen wir einmal davon ab, daß in unserem Organisationsteam mehr Frauen als Männer die Arbeit leisten, so gebe ich zu, daß wir bestimmte Hierarchieebenen institutionell festlegen mußten. Diese sind jedoch nicht durch uns selbst entstanden, sondern sind Teil von Strukturen, die wir nutzen, um unsere Inhalte organisieren zu können, z.B. weil wir dadurch an Geld herankamen. Nur so konnte das rot-grüne Bündnis in Hessen zu einer Unterstützung von Basisarbeit gezwungen werden. In der Praxis hat die hierarchische Vereinsstruktur keine Relevanz. Entscheidungen werden gemeinsam besprochen und getroffen. Nicht umsonst bezeichnen wir uns als einen selbstverwalteten Betrieb, der...

Katrin: ...in immer mehr Sachzwänge gerät, oder?

Reinald: Sachzwänge treten natürlich zwangsläufig auf. Sie treten jedoch vor den diskutierten Inhalten in den Hintergrund.

Katrin: Ich denke, ich müßte an dieser Stelle einmal genauer auf die möglichen Sachzwänge eingehen. Begibt man sich auf das Feld einer solchen Organisation, kommt man nicht umhin, bestimmte Konzessionen zu machen. Ihr diskutiert im Moment, ob nicht das Rote Kreuz den Sanitätsdienst übernehmen soll. Dies ist eine Organisation die gegen alternative Organisationsformen vorgeht. So lehnte z.B. das Rote Kreuz Hilfeleistungen für Blockierende, wie etwa beim Atomwaffendepot Mutlangen, ab. Jedoch ist aufgrund der Größe eines solchen Kongresses, wie es der Gesundheitstag darstellt, und zu dem wohl mehr als 10.000 Besucher kommen werden, eine einsatzkräftige Hilfsorganisation schlichtweg notwendig, um die Unfallfolgen zu vermindern. Und noch ein zweites

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Diskussionszyklus: MODELL GESUNDHEIT

Gesundheit und Selbstverwaltung

Red. Kassel „Nur durch die Verwirklichung der Idee der Selbstverwaltung kann Gesundheit erkämpft werden." So die Leitthese des Diskussionszyklus „Modell Gesundheit" auf dem Gesundheitstag. Da bislang der Bedeutung von Gesundheit und Selbstverwaltung wenig Rechnung getragen wurde, soll dieses Thema von Vertreter/innen/n selbstverwalteter Projekte am 30. Mai in Kassel erörtert werden.

Ausgangspunkte für die Diskussion bilden die nachfolgenden vier Thesen:

1. Nur durch Selbstverwaltung läßt sich Arbeit ertragen.
Um eine Gesellschaft überlebensfähig zu machen, muß gearbeitet werden. Aufgrund dieser eminent wichtigen Stellung des Arbeitens ist es notwendig, die Arbeit und die damit verbundenen Risiken selbst zu bestimmen. Dies ist heute nicht möglich. Die momentanen Arbeitsformen führen allenthalben zu schwerwiegenden Berufskrankheiten. Der Selbstverwaltungsgedanke, konsequent weitergedacht, hieße letztendlich: Auflösung der Arbeit durch das Zusammenfallen von selbstbestimmter Freizeit und selbstbestimmter Maloche. Die Auflösung der Arbeit wäre die beste Präventionsstrategie zur Überwindung von Berufskrankheiten. *(Wer nicht atmet, kriegt keine Luft, meint die Lektorin.)*

2. Kranke und/oder Ausgegrenzte können nur in selbstverwalteten Gruppen leben.
Die Ausgrenzung von Menschen aus dem Kern gesellschaftlichen Geschehens hat eine lange Tradition. Politisch Aufsässige, Alte, Ausländer, Asylanten, Behinderte, Homosexuelle, physisch und psychisch Kranke werden in Gettos, Knäste, Heime und dergleichen abgedrängt bzw. abgeschoben. Es ist anzunehmen, daß mit der Verbreitung von Aids ein neues Potential von Ausgegrenzten entsteht. Diese Menschen können nur in funktionierenden Lebensgemeinschaften (Kommunen) eine Möglichkeit für ein sinnvolles Leben finden. *(Ich will aber in keine Kommune, der Setzer)* Selbstverwaltete Lebensgemeinschaften bilden insofern Orte für aktive Therapie von Ausgegrenzten. Sie können als politische Prävention gegen die Krankheit Ausgrenzung bezeichnet werden.

3. Nur durch die generelle Anwendung der Prinzipien der Selbstverwaltung lassen sich Krankheits- und Todesentwicklungen stoppen.
Die heutige Wirtschaft in Ost und West ist gekennzeichnet durch einen ungesunden Umgang mit der Natur. Die Entwicklungsfähigkeit von Ökosystemen wird weltweit stark in Mitleidenschaft gezogen. Krankheiten und Tod für Menschen, Tiere, Pflanzen, Pilze *(auch Fußpilze?, der Layouter)* und Einzeller sind die Folgen. Durch eine Selbstverwaltungswirtschaft würden sich ökologisch nicht-schädliche Produkte stärker durchsetzen. Selbstverwaltung, breit angewandt, würde dadurch zur Präventionsmaßnahme gegen Umweltkrankheiten werden.

4. Eine Gesellschaft der Zukunft ist eine selbstverwaltete oder gar keine.
In allen Gesellschaften dieser Erde steuern kapitalistische oder machtpolitische Grundgegebenheiten die gesellschaftlichen Bedingungen. Diese verhindern größtenteils die Entfaltung kreativer menschlicher Bedürfnisse. Nur durch eine Selbstorganisation der Menschen auf der „untersten" Ebene ist es möglich, Herrschaftsstrukturen abzubauen und zu einer „Gesellschaft mit dem Antlitz des Menschen" (Bubcek) zu kommen. Anarchie wird nur über selbstverwaltung erreicht. Selbstverwaltung bietet die Möglichkeit der Überwindung von Sinnkrankheiten.

Programm des MODELL GESUNDHEIT

Dieser Diskussionszyklus im Forum 6 (Revolten in Theorie und Tat) steht in Verbindung mit dem Diskussionszyklus Alternative Krankenkassen im Forum 1 (Wer verwaltet wen wohin), mit der Diskussion zwischen Ökobank und Gesundheitinitiativen im Forum 1 sowie der Diskussion um den betrieblichen Arbeitschutz in herkömmlichen und in alternativen Betrieben im Forum 3 (Menschlicher Alltag – Kranksein als Folge).

Veranstaltungsreihe am 30.5.87 in der Gesamthochschule Kassel

Einleitung
Gesundheit und Selbstverwaltung
Karl Bergmann,
Krebsmühle, Oberursel
Zimmer T 2313 10–11 Uhr

AG I: Autonomie in Kommunen: Ansprüche und Wirklichkeit
Vertreter/innen der Arbeiterselbsthilfe (ASH) Oberursel/Krebsmühle
Vertreter/innen des
Projekts Niederkaufungen
Zimmer T 0606 11.30–16 Uhr

AG II: Die Krankheit des sozialen Organismus und Wege zu seiner Gesundung – Das Experiment „Aktion Dritter Weg"
Moderation: Christian Vierl
Gesellschaft für Entwicklungsforschung, Göppingen: Der soziale Organismus in seiner Freiheitsgestalt
Anatomie und Diagnose
Peter Schata, Lindau/
Jochen Abeling, Hamburg: Was können wir heute für die Gesundung des sozialen Organismus' tun? – Therapieschritte
Rolf Saacke, Hamburg: Das Praxis-Experiment „Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg"
Horst Wüstkamp, Frankfurt: Die Kapitalbeteiligungsgesellschaft Futurum
Reinhard Büchner, Göppingen: Die Aktion Volksentscheid
Zimmer T 2313 11.30–16 Uhr

AG III: Gesundheit in selbstverwalteten Betrieben
CONTRASTE - Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie
AG SPAK
Zimmer T 2404 11.30 - 16 Uhr
Abschlußveranstaltung
Gesundheit und Wirtschaft – Ausblicke auf die Zukunft
Helmut von Loebell
Bibliothek für Zukunftsfragen, Salzburg

Fortsetzung

Beispiel möchte ich anführen: Der Gesundheitstag ist ein Millionenprojekt. Zur Finanzierung seid ihr auf Staatsgelder angewiesen. Dies erzeugt, wenn schon keine politischen Abhängigkeiten, so doch formelle finanztechnische Abhängigkeiten. Ihr müßt doch jede Anschaffung genau gegenüber dem Land Hessen erklären. Und jede größere Abweichung vom Finanzplan muß das Sozialministerium genehmigen. Sind dies denn keine Abhängigkeiten?

Reinald: Sicherlich. Das finde ich dem Steuerzahler gegenüber durchaus in Ordnung. Eins ist hervorzuheben: Es bestehen keine inhaltlichen Abhängigkeiten. Würden wir jedoch die staatlichen Stellen nicht als Melkkuh verwenden, könnten wir diesen Gesundheitstag überhaupt nicht durchführen. Das hieße denn auch, daß wir die inhaltliche und organisatorische Qualität nicht bieten könnten. Ein Gesundheitstag ist immer ein Forum, zu dem sich Menschen aus der gesamten Bundesrepublik, ja weit darüberhinaus, treffen. Die vielen Kontakte, die aufgefrischt oder neu geknüpft werden, können gar nicht hoch genug bewertet werden. Und nur über eine breite Palette von verschiedenartigsten Angeboten können wir diesen Austauschkarakter überhaupt erst ermöglichen. Nur deshalb kommen ja so viele Leute, die ja auch noch ihre speziell interessierenden Veranstaltungen besuchen und etliche praktische Tips mit nach Hause nehmen werden. Der Gesundheitstag ist sozusagen ein Katalysator für persönliche und inhaltliche Vernetzung.

Wie sieht denn deiner Meinung nach eine inhaltliche Vernetzung aus, die nur ein Gesundheitstag leisten kann?

Reinald: Aufgrund seiner breiten Referentenbasis kommen ganz unterschiedliche inhaltliche Positionen zu Wort. Neben den politischen Unterschieden – wir haben versucht, keine Ausgrenzungen stattfinden zu lassen – sind es vor allem die thematischen Verschiedenheiten. Von der Sozialthematik über die Frauenthematik, über die Ökologiethematik bis hin zur Friedensthematik haben wir alle wichtigen und politisch entscheidenden Fragen in das Konzept eingearbeitet. Nur durch diese Globalität ist es auch möglich, sich dem Gesamtzusammenhang, vor dem sich die Gesundheitsthematik abspielt, zu nähern. Nur so ist es auch möglich, eine wirkliche inhaltliche Vernetzung der unterschiedlichen und in der Wissenschaft oft atomisierten Spezialbereichen zu leisten. Denn, und davon bin ich überzeugt, eine wirkliche Gesellschaftveränderung kann nur aus einer übergreifenden Bewegung kommen.

Also über die Masse an Inhalten zu der so oft gepriesenen Ganzheitlichkeit? Da muß sich doch Widerstand in dir regen, Katrin?

Katrin: Richtig. Zunächst ist der ganze Kult um Vernetzung und Ganzheitlichkeit auch so ein patriarchales Relikt. Eine Veranstaltung wie im Mai in Kassel ist einfach zu unüberschaubar. Wie soll denn ein Teilnehmer sich in den 500 Veranstaltungen zurechtfinden? Der Hang zur Unüberschaubarkeit ist ein typisches Zeichen patriarchalen Denkens und Oragnisierens. Auf dem Gesundheitstag wird er in den 5 Tagen vom 27. bis 31. Mai ja in einer geradezu paramilitärischen Stringenz generalstabsmäßig vorgeführt.

Du bist also mehr für das Nichtmilitärische. Heißt dies, daß du nur für kleine Einheiten bist?

Katrin: Ja. Eine Bewußtseins- und damit Gesellschaftsveränderung läßt sich nur über den Aufbau vieler kleiner und kleinster Alternativprojekte realisieren. Nur über den persönlichen Kontakt und das Sichtbarwerden des lebbaren Anderen wird die Basis für eine neue herrschaftlose Gesellschaft geschaffen. Dezentralisation ist hier das Stichwort. Diese Dezentralisation muß und kann jetzt schon praktiziert werden.

Schauen wir einmal Entwicklungen in den vorgeschichtlichen, d.h. noch nicht patriarchalen, menschlichen Populationen an. Hier war es üblicherweise der Fall, daß sich eine Gruppe von selbst teilte, wenn sie zu groß wurde. Nur wir Menschen unserertage scheinen hier anders handeln zu müssen. Nachdem wir jedoch die Naturzerstörungen schmerzlich erleben, muß alles getan werden, daß wir wieder in Einklang mit der Natur leben. D.h. auch, daß wir wieder weg müssen von den Großstrukturen – auch wenn sie sich alternativ schimpfen.

Reinald: Mit diesen quasi biologistisch verkürzten Ausführungen bin ich beileibe nicht einverstanden. Der Gesundheitstag soll Perspektiven für einen zukünftigen Protest gegen die weitere Naturzerstörung, gegen den weiteren Sozialabbau, für eine ausbeutungslose Gesellschaft erörtern. Wir wollen bisherige Grenzen von Einzelbewegungen überschreiten und sodann Möglichkeiten einer neuen, starken und nichtüberhörbaren außerparlamentarischen Bewegung diskutieren.

Katrin: Geht denn das?

Reinald: Bei der Vorbereitung dieses Gesundheitstages hat sich gezeigt, daß wir auf ein überraschend starkes Interesse bei etablierten Strukturen gestoßen sind. Viele dieser Organisationen, wie z.B. die etablierten Gewerkschaften, haben Angst vor neuen Impulsen und sind deshalb hellhörig geworden. Sollen wir diese einmalige Chance verspielen?

Seit den Zeiten des Bremer Gesundheitstages hört man oft Klagen, daß es mit der Gesundheitsbewegung, als deren Avantgarde sich die Gesundheitsläden empfinden, nicht so weit her sei? Und ihr aus Kassel habt ja auch – vielleicht deshalb – bewußt mit der Tradition vergangener Gesundheitstage gebrochen. Ihr wollt also was neues erreichen?

Reinald: Nach Bremen sagten uns alle Gesundheitsläden, daß kein weiterer Gesundheitstag mehr nötig sei. Heute jedoch unterstützen sie uns bei den Vorbereitungen und die meisten haben natürlich auch Diskussionsbeiträge angemeldet. Dies war jedoch schon im vergangenen Jahr erkennbar, als uns die Gesundheitsläden noch sehr distanziert gegenüberstanden. Damals haben wir gesagt, daß wieder Leben und Basis in den laschen Haufen der Gesundheitsbewegung kommen muß. Dieser Gesundheitstag soll Ausdruck dieses Willens sein. Und nicht nur die traditionelle Gesundheitsbewegung, sondern auch das Gesamtspektrum alternativer Tendenzen und Fragen steht im Mittelpunkt der Diskussion.

Katrin: Dies ist ja auch konsequent. Denn nicht nur die Gesundheitsbewegung ist am absterben, sondern die alternativen Bewegungen in ihrer Gesamtheit. Insofern ist es ja auch ein Zeichen, daß sich dieser Mammutkongreß mit allen Facetten alternativer Bewegungsdynamik beschäftigt. Denn immer schon wurden dann Großveranstaltungen organisiert, wenn es mit den Einzelinitiativen bergab ging.

Reinald: Sollten wir nicht gerade deshalb den Weg des Aufsteigens vom abstrakten vereinzelten Projekt zum konkreten Gesamtzusammenhang gemeinsam gehen? Ich bin mit dir einig was die Dezentralisation anbelangt – nur müssen wir sie, bei Gefahr des sonstigen Untergangs – organisieren. Das Wagnis Gesundheitstag bietet diese Chance, zumindest für einige Bereiche der vielen Facetten.

Dies könnte fast schon ein Schlußwort sein. Lassen wir es einmal in der Form stehen. Katrin und Reinald, euch sei für dieses Gespräch herzlich gedankt, das trotz der grundsätzlichen Unterschiede sehr fair und spannend geführt wurde.

Warum haben wir keine Flügel?

Red. Bremen Das hatte ich mich auch gefragt, und so fuhr ich Anfang Februar nach Bremen zur Tagung der Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung und des Netzwerks, um eine Antwort zu bekommen. Für den Freitagnachmittag war eine „Bestandsaufnahme" der Sozial-, Bildungs-, Frauen- und Kulturprojekte angekündigt, „Situationspuzzle", na ja. Herr Ehmcke von der Bundeszentrale eröffnete mit einem Angebot an die Projekte, doch öfter die Bundeszentrale in Anspruch zu nehmen. Frau Hentrich vom Netzwerk kam auf die Flügel zu sprechen, na also. Doch dann wurde dem zahlreich erschienenen (180 Projektler/innen und -liebhaber) ein seltsames Spiel angeboten: Da fing einer an, eine wirre Geschichte vom Müllersohn zu erzählen, der auszog, sein Glück zu suchen, und auf seltsame Leute – Projekte – trifft, die ihn alle nach einer Lösung für ihre Probleme fragen, aber der Ärmste hat Redeverbot... In die Geschichte eingebaut waren Theaterszenen: ABM-rotierende Lehrer eines Bildungsprojekts; ein Zauberer, der einen kleinen Projektler auf einer kleinen Leiter hoch hinaus kommen ließ bis zum Absturz durch Staatsknete in eine Mausefalle hinein, auf der stand: Vater Staat; dann tummelten sich da lauter „Maßnahmen" in einem Arbeitslosenzentrum: ein BSHG § 19-Koch, eine ABM-Sozialhilfeberaterin, eine Weiterbildungs-Honorarkraft („Alphadebilisierung"), und alle sürzten sich auf einen Arbeitslosen, der etwas politisch machen wollte. Und schließlich war da ein „Schloß der Frauen", drei Bilder aus einem autonomen Frauenhaus: Gestern lila, aufgekratzt, politisch, heute behördenmäßig, nicht zuständig, morgen Beratungscomputer, Schmutzschleuse, Roboter ... Umbauten wurden von grauen ABM- und BSHG § 19-Frauen erledigt.

Verwirrt folgte ich der Vorstellung. Auftrat ein feiner hinkender Herr, vorgestellt als „Sgr. Machiavelli, Minister für Projekförderung", der zu einer zynischen Rede über den nützlichen Idealismus der Projekte („Idealisten-Anstalten") anhob, die Förderung der Projekte empfahl unter der Bedingung, die „Klassen getrennt zu halten". Zuletzt Taler ins Publikum, Abgang.

Sind wir alle nützliche Idioten? War das das Ergebnis der „Bestandsaufnahme"? Nein, noch lange nicht. Es erschien eine verrückte Mathematikerin, die ihr Ergebnis, eine „Projekte-Welt-Formel", anpries und mathematisch herleitete: Komplizierte Kurven und Funktionen aus den Größen „Politik, Dienstleistung, Existenz- und Projektsicherung". Am Ende verteilte sie ihre Formel, zum schwarz auf weiß nach Hause tragen...

Mit dem Müllersohn endete es schließlich tragisch: Er wurde vom Blitz gespalten, weil er vorzeitig redete. Das Licht ging an, Beifall, Verwirrung.

Eine „Bestandsaufnahme" aus Geschichten und Bildern war geboten worden, keine ordentlichen Referate von gescheiten Referenten. Aber umso klarer war mein Bild von der Szene geworden: Die Projekte fühlen sich als Marionetten, sie hängen an den Fäden Beschäftigungspolitik, Qualifizierung, sozialpolitische Instrumentalisierung. Und trotzdem gibt es ein „Trotzdem", warum sie weitermachen und sogar noch mehr wollen.

Um dieses „Trotzdem" ging es dann am **Freitagabend** im **„Streitgespräch der Projekte"**. Die nächste Überraschung waren die Teilnehmer, ein Podium voll verschiedenster Projektler/innen aus den verschiedensten Ecken der Szene, keine Wissenschaftler, keine beamteten Liebhaber der Szene. Die Antwort auf die Frage nach dem „Trotzdem" war vonseiten des Frauenhauses und Arbeitslosenprojekts: „Alternative, parteiliche Professionalität". Dem wurde von einem Mitglied der „Sozialistischen Selbsthilfe Köln" heftig widersprochen. Der SSKler konfrontierte die „Professionalisten" mit den alten Ansprüchen: „Wir wollen alles, unsere Politik ist umfassend, wir bleiben autonom". Ihre alten Ansprüche wurden den „Staatsknete-Projekten" um die Ohren gehauen, voller Moral, Rigorismus, mit asketischem Impetus. Die Angesprochenen reagierten sprachlos und defensiv; ihre chronisch labile Balance zwischen Ansprüchen und Alltagskompromiß war ins Rutschen geraten. Die Klärung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten war mühsam, brachte aber vor allem einen sozialen Unterschied zutage, den Unterschied zwischen einem subproletarischen, subsistenzsichernden und damit zwangsläufig asketisch radikalen Projekt a la SSK und einem Projekt aus qualifizierten, sich alternativ verstehenden (oder durch Erwerbslosigkeit dazu gebrachten) Professionellen. Richtig wurde in der Diskussion gesagt, daß die Maßstäbe eines „armenökonomischen" Projekts nicht zur Keule gegen alle anderen Projekte werden könne. Aufklärerisch war, wie unsicher sich die Projekte am Staatsknete-Tropf ihrer Identität und ihrer Funktion in den sozialpolitischen Lücken und Klemmen sind. Trotzdem endete das „Streitgespräch" über das „Trotzdem" nicht in der Resignation. Allen war klar geworden, wie notwendig die Debatte über die sozial-, kultur- usw.- politischen Ziele der Projekte ist, und am Ende gab es so etwas wie ein sich gegenseitiges Respektieren der Projekte im ganzen Spektrum, von SSK bis Lehrerprojekt. Und das Erfreulichste an der Debatte war, daß es nicht gleich und nicht nur um Geld ging, sondern um die Orientierung, um Lebensperspektiven. Und die Flügel? Bis aus dem Flattern ein Fliegen wird, muß wohl noch so manches Mal geübt werden.

Am zweiten Tag der Flügel-Tagung ging es natürlich mehr um leidige Finanzierungsfragen, und zwar anhand von zwei mittelfristigen Vorhaben: Einmal um das Konzept eines ABM-Pool, für den Bereich der soziokulturellen Initiativen konzipiert, zum anderen um Projektförderung über Selbsthilfe-Förderprogramme.

Das Modell eines **ABM-Pool**, das 5 Jahres-Laufzeit, Rotationsmöglichkeiten, Auswahlkompetenz über die Personen bei den Projekten für zunächst 60 Stellen in Kulturläden und -zentren vorsieht, stellt die Langfristigkeit für Personen und Projekte in den Vordergrund. Herr Domino, Chef des Bremer Arbeitsamts, ließ sich zu einem „vorsichtigen Ja" zum Poolgedanken hinreißen, blieb allerdings in der Frage der Kompetenzverlagerung an die Initiativen hart. Der „Personenvorrang" (sprich: „Problemgruppen"-Kriterien) müssen bleiben, und ABM über zwei Jahre hinaus sei ein „Ausnahmetatbestand", bislang zwar bei Ausbildern im Bereich Jugendwerkstätten praktiziert; hier seien politische (nicht administrative) Entscheidungen zu erfragen.

Frau Lill vom Bremer Senator für Arbeit will zwar das ABM-Instrumentarium verbessern, aber eine Verlängerung der Zuweisungsdauer könne sie sich nur für bestimmte Funktionen bei besonderer Zielgruppenarbeit (Beispiel Drogenarbeit) vorstellen. Alsbald entwickelte sich aus der Pooldiskussion eine allgemeine ABM-Diskussion: Aus München wurde berichtet, daß dort schon länger mit längeren ABM-Laufzeiten gearbeitet wird, und zwar in drei Klassen von Projekten: Soziale Dienstleistungsprojekte (meist in Verbandshand) mit längerfristigen ABM, Beschäftigungsprojekte mit mehreren Stammkräften und Teamprojekte mit nur einer (längerfristigen) Stammkraft und Rotation darum herum. Alles schön hierarchisiert und gespalten: ABM als „teile und herrsche". Können wir ABM-„Eliteprogramme" wollen mit neuen sozialen Ausgrenzungen, riskieren wir nicht closed-ABM-shops mit Eintrittskarte Uni-Abschluß – und für die anderen bleibt Zwangsarbeit und Zwangspädagogik?

Ist es nicht nötig, erst eine politische Grundsatzentscheidung dahingehend durchzusetzen, daß bei ABM das Ziel **Strukturpolitik** (also gesellschaftlich sinnvolle Arbeit statt aussichtslosem Zubringerdienst zum 1. Arbeitsmarkt) vor der „Problemgruppen"-Sozialpolitik rangieren soll, bevor Pool-Modelle möglich sind, die dann bewußt soziale Integration als ein Ziel verfolgen? Fragen über Fragen. Es scheint schwierig, den ABM-Tiger zu reiten. Doch der politische Clinch um Poolmodelle steht an, mit Vorsicht gegenüber Stammkräfte - Hierarchie -Tendenzen.

Nächstes Thema im Schweinsgalopp: **Projekte und Selbsthilfe-Förderung**. Vertreter/innen aus Städten und Bundesländern mit verschiedenen Fördermodellen berichteten über Erfahrungen und Wirkungen. Das Exempel Berlin ist ja zur Genüge bekannt, der Finksche Versuch einer „neuen Subsidiarität" mit der Förderung von Ehrenamtlichkeit und der Ausgrenzung alternativer Projekte. Anders der Nürnberger Alternativtopf, der in weitgehender Selbstverwaltung alternative Projekte und Frauenprojekte fördert.

In München, wo ein Selbsthilfezentrum und ein Fördertopf nebst Beirat (mit Verbändeeinfluß) installiert wurde, wird Soziales und Gesundheit gefördert. Im Moment allerdings ist alles ausgelaufen. Überlegungen in Richtung Stiftung werden angestellt. Eine Kritikerin aus München von der AG SPAK beschrieb die Vereinzelung der Gruppen, die Loslösung des SHZ und wies auf die fehlende Infrastruktur der Gruppen, ihre fehlende Gegenmacht hin.

Als Versuch eines integrierten Förderprogramms wurde der (bislang erst geforderte) „Bremer Topf" vorgestellt: Ein Fördertopf für Selbsthilfegruppen und selbstorganisierte Projekte mit paritätischem Vergabe-Beirat und formulierter Entwicklungsperspektive in Richtung Selbstverwaltung.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die Frage an die Experten der bestehenden Programme war, was da auf die Bremer wohl zukäme. In Berlin hat sich so etwas wie eine Doppelstruktur herausgebildet: In der Situation der Spaltung der Selbsthilfe haben die Projekte einen Verbund im „AK Staatsknete" entwickelt, haben sich z.T. erfolgreich in den Fink-Topf hineingedrängt, obwohl jetzt per Regionalisierung der SEKIS Ordnung geschaffen werden soll. Nürnberg fördert Projekte, aber die gesundheitlichen SHG bleiben abhängig von der Gnade des Amts. Und München bestätigt eher ein Bild von Befriedigung. Die Bremer werden sich also anstrengen müssen, fürchte ich.

Diese Gewißheit war auch eines der wenigen Ergebnisse der Diskussion am **Samstagabend: „Projekte zwischen Autonomie, Staat und Subsidiarität"**, bei der ich allerdings Mühe hatte zu folgen, nicht nur wegen einsetzender Erschöpfung nach soviel inhaltsschwerer, gedrängter Debatte tagsüber.

Zunächst verwirrte mich ein Langer auf dem Podium, dessen Gesicht ich schon mal irgendwo gesehen hatte, mit seiner Art der Diskussion, genauer, mit seiner Unfähigkeit zur politischen Diskussion. Gefragt, was denn die Projekte in seiner sozialpolitischen Konzeption bedeuteten und was an Förderung zu tun sei, hatte er – nach Ausflügen zu den „großen" sozialpolitischen Fragen und zu einem nötigen 50 Mrd.-Beschäftigungsprogramm – in der Projektförderfrage nur das joviale Angebot an die Projekte, doch zu ihm ins Büro zu kommen, er würde dann weiterhelfen. Neben mir sagte einer, das sei Herr Senator Scherf, der solcherart politische Fragen auf Fragen des guten Willens und des Vertrauenhabens reduzierte – kaum zu glauben!

Die Vertreterin der AWO, gefragt nach ihrer Position zu den Projekten, war für Offenheit und sprach von „Konkurrenten"; man müsse halt klarkommen.

Der Vertreter des DPWV-Bremen sah sich als Angebot, nicht als Vereinnahmung bezüglich der Projekte und verwies auf einen bewußten „Machtverzicht" des DPWV, z.B. im „Bremer Topf".

Michael Opielka von den Grünen brachte den Gedanken ins Spiel, das Subsidiaritätsprinzip zu radikalisieren, also Vorrang für selbstorganisierte Projekte vor Wohlfahrtsverbänden und vor dem Staat. Außerdem hätten die Projekte eine Lobby bitter nötig und müßten sich gegen das Abschieben in Sondertöpfe wehren.

Die Realität sähe allerdings genau umgekehrt aus, wurde von Diskussionsrednern berichtet, was am Beispiel der autonomen Frauenhäuser und am Beispiel Bremer Psychiatrieprojekte zu verfolgen sei. In der Realität wurden und werden die Alternativen ausgebotet, die Verbände haben die claims aufgeteilt und der Staat bedient. Der Lange, pardon, Herr Scherf, bestritt das alles. Gefragt nach dem „Bremer Topf", wo ja eine politische Entscheidung für die Relevanz der Projekte gefordert ist, kam Enttäuschendes. Senator Scherf sprach von der Notwendigkeit von mehr Förderung, blieb aber in der Frage nach Transparenz, demokratischer Vergabe, also Beirat, ausnehmend stur. Er lobte die Bremerische Urdemokratie mit parlamentarischer Entscheidung und Vergabe per Deputation, die ja fachliche Beratung zuziehe. Daß ein Herr Brandt einst mehr Demokratie wagen wollte, scheint lange vergessen.

Einzig die Vertreterin der Projekte, Gisela Vollradt von einem Berliner Frauenbildungsprojekt, redete über längerfristige Perspektiven: Schließlich hätten sich die Projekte ja die Abschaffung von Krieg, Hunger, Ausbeutung der 3. Welt und Frauenunterdrückung vorgenommen, und das alles brauche ja wohl noch ein wenig Zeit.

Da hatte sie Recht, fand ich. Daneben blieb bei mir von der gesamten Tagung ein Haufen Irritation übrig, ein Haufen offener Fragen, infragegestellte vorschnelle Gewißheiten und erschütterte kompromißlerische Sicherheiten, viele Ansätze, Gedanken zu den beiden vorgestellten Modellen, in manchem erst „work in progress". Es blieben übrig Erfahrungen mit der Arroganz der Macht, so wacklig die Fassaden vor der Ratlosigkeit auch immer sind. Es blieb für mich die Stimmung der Projekte, daß alles unsicher ist, aber daß wir der Realität ins Auge sehen können, daß es ein „Trotzdem" gibt, das uns bewegt und worüber zu streiten noch oft nötig sein wird. Und, es muß mehr gestritten und geredet werden, über Ziele und nicht immer nur über Geld.

Was ich nicht mit nach Hause tragen konnte, waren ordentliche Referate und wissenschaftliche Meta-Synthesen. Schade? Nein, denn Bildung, politische Bildung, fängt da an, wo etwas Überraschendes passiert, und eine Tagung war dann nicht schlecht, wenn ich stutze, wenn ich wieder frage und denke.

Willi Wiberg
Freie Federn & Flügel e.V.
(Selbstverw. Geflügelschule Nord)

RADIO 100

Jeden Abend von 19-23 Uhr auf UKW 100,6
Spezialprogramme: Independent Music,
Türkische Programme, Schwulenradio, Hörspiele

Berlins neuer Sender

Drei große Magazine prägen das Radio 100 – Programm montags bis freitags: Eine Frauensendung, ein politisches Magazin und eine 90minütige Mischung aus Kultur und Alltag. Spezialprogramme bestimmen die vierte Sendestunde und das Wochenende.
So sehen die Redaktionen ihre Programme:

Dissonanzen

Frauen im schnellsten Medium der Welt.
Dissonanzen – unbeschreiblich weiblich – wird ausschließlich von Frauen produziert. Es ist ein Programm, das sich ungewöhnliche Gedanken zu gewöhnlichen Belangen macht. Das „Alltägliche" steht im Mittelpunkt: Frauen in ihren verschiedenen Lebensbereichen. Dissonanzen greift dort ein, wo Frauen zurückgedrängt, unterdrückt oder mißhandelt werden und Dissonanzen zeigt auf, wie Frauen sich widersetzen, durchsetzen und Freiräume erkämpfen.

Checkpoint

Taufrisch und engagiert, sachlich und auch satirisch soll dieses Politik-Magazin sein. Mit Checkpoint verlassen wir die Trampelpfade herkömmlicher Berichterstattung: Wir bringen Politik nicht nur aus dem Rathaus, Interviews nicht nur mit denen da oben, Informationen nicht nur vom Fernschreiber. Ins Magazin kommt tendenziös auch alles von unten, wo es gärt und rumort, wo Bürger initiativ werden und wo neues Soziales sich bewegt – hauptsächlich zwischen Spandau und Kreuzberg, aber auch am Prenzlauer Berg, im Bonner Tulpenfeld und in der restlichen Welt, wenn es Unerhörtes und anderswo Ungehörtes zu sagen gibt.

Großstadtfieber

Für alle, die in dieser Stadt nicht nur wohnen, sondern leben, heißt es in Zukunft zwischen 20.30 und 22.00 zu Hause bleiben oder den Ghettoblaster mitnehmen. Denn die Großstadtfieber-Crew fühlt mit aktuellen Berichten aus Kultur und Alltag dem Metropolenanspruch auf den Zahn.
Fiebrig registrieren wir jede Veränderung der Gesellschaft und Kultur. Unerbittlich sind wir auf der Suche nach besonderen und alltäglichen Ereignissen.
Fürchten soll man die Schärfe unserer Kritik, loben die Gerechtigkeit unseres Urteils.
Großstadtfieber ist stets bereit und wird keine unangreifbare Medienmaschine sein.
Wir berichten genauso neugierig und aktuell aus der respektabelsten Unterwelt wie aus den sumpfigsten Musentempeln.

Radio 100 · Postdamer Str. 131 · 1000 Berlin 30 · Tel. (030) 218 40 81

Eckard Holler

Festivalbewegung in der BRD

Eine erste Bestandsaufnahme

Red. Heidelberg Seit den 70er Jahren, z.T. auch in die 60er Jahre zurückreichend, gibt es in der Bundesrepublik eine vielgestaltige Festivalbewegung im Bereich der Folk-, Liedermacher-, Rock- und Jazzgruppen. Genaue Übersichten über die Zahl der Festivals, den Besucherzustrom und die Zusammensetzung der auftretenden Gruppen gibt es bisher nicht. Es kann jedoch geschätzt werden, daß an den Wochenenden in den Monaten Mai bis Oktober über 1.000 derartige Festivals, meist „open-air", aber auch in Hallen oder Zelten stattfinden. Mit 1.000 bis 10.000 Besuchern an einem Wochenende gehören sie an ihren Orten zu den größten Kulturveranstaltungen überhaupt und haben vielfach eine überörtliche Bedeutung. Was die Musik angeht, sind Festivals in der Regel Podien für die lokalen und regionalen (Nachwuchs) Bands, wobei sich gelegentlich auch schon einmal ein Star der deutschen oder gar der internationalen Popszene auf ein solches Festival verirrt und die Tendenz ganz allgemein dahin geht, mit bekannteren Gruppen die Attraktivität der Veranstaltung zu erhöhen.

Die nichtkommerzielle Absicht: Wie teuer darf es sein?

Die Festivals werden in der Regel von freien Kulturinitiativen oder Jugendzentren mit nicht- bzw. antikommerzieller Zielsetzung organisiert und sollen in erster Linie ein „Fest" sein, bei dem man den alltäglichen „Frust" vergißt und in aller Öffentlichkeit eine Alternative zur unbefriedigenden Freizeitsituation geboten bekommt.

Viele dieser Festivals finden „umsonst" statt, häufig fließen auch zusätzlich soziale und politische Absichten ein (z.B. Einbeziehung ausländischer Mitbürger; Spendensammlungen für Nicaragua-Solidarität, die Anti-Apartheidsbewegung, für Greenpeace u.a.; Zusammenarbeit mit sozialen Selbsthilfegruppen usw.), die die Festivalabsicht nach außen konkretisieren und den Unterschied zu den kommerziellen Rockfestivals, die es auch schon seit den 70er Jahren gibt, betonen.

Bei einer Umfrage in Baden-Württemberg, die der Club-Voltaire im Herbst 1986 durchführte, ergab sich, daß bei 6 von 16 befragten Festivals kein Eintritt verlangt wurde und die Kosten über Getränke- und Speisenverkauf, öffentliche Zuschüsse und die Ehrenamtlichkeit der meisten Festivalmitarbeiter gedeckt wurden.

Meist handelte es sich dabei um kleinere Veranstaltungen mit weniger als 1.000 Besuchern an ein bis zwei Tagen, z.B. beim „Anti-Fruschd-Open-Air" in Kraichtal oder beim „Ohne Moos die Hölle los"-Festival in Leonberg. Das „Umsonst & Draußen"-Festival in Mössingen dauerte jedoch 10 Tage, und das dreitägige „Fest", das der Stadtjugendausschuß in Karlsruhe im August 1986 durchführte, hatte rund 10.000 Besucher, wobei zu Kevin Coyne am Samstagabend fast 6.000 Besucher in die Günther-Klotz-Anlage kamen (Eintritt war frei).

Da allein über Getränke- und Speisenverkauf die Kosten für die Infrastruktur und die Künstlergagen nicht aufgebracht werden können, und öffentliche Zuschüsse oft überhaupt nicht oder nur in geringer Höhe zur Verfügung stehen, werden bei den meisten Festivals Eintrittspreise erhoben und Absperrungen aufgebaut, wobei der Konsens gilt, daß nur die Kosten gedeckt werden sollen und kein Gewinn gemacht werden darf. Da die Festivals vor allem billig sein sollen, gibt es über die Eintrittspreise regelmäßig die größten Diskussionen. Um Beispiele für die verlangten Eintrittspreise zu nennen: in Laupheim kostete die Dauerkarte für die zweitägige „Sommernight" DM 22,–, in Ditzingen für das dreitägige „Zeltspektakel" DM 29,– und in Wendlingen für das fünftägige „Zeltspektakel" DM 32,–. Wenn die Festivals mehr als ein Wochenende dauern, gibt es häufig keine Dauerkarten, sondern nur Einzel- bzw. Tageskarten, die beim 5tägigen „Kulturspektakel" in Sindelfingen zwischen DM 5,– und DM 8,– und beim 10tägigen „Kulturufer" in Friedrichshafen zwischen DM 5,– und DM 20,– kosteten.

Was Dauer bzw. Umfang und politischen bzw. ästhetischen Anspruch angeht, waren 1986 in Baden-Württemberg zwei Festivals besonders bemerkenswert: das Freiburger Zelt-Musik-Festival dauerte 18 Tage, fand gleichzeitig in drei Zelten statt und hatte insgesamt 40.000 Besucher, wobei sein ästhetischer Reiz im Nebeneinander von Konzerten mit Pomusik und Klassik bestand. Das Tübinger Festival des Club Voltaire war thematisch auf „Heimat und internationale Solidarität" bezogen, übte Solidarität mit dem ANC und der Anti-Apartheids-Bewegung und glänzte bei den Open-Air-Konzerten auf dem Tübinger Marktplatz mit internationalen Stars wie Mercedes Sosa und Miki Theodorakis, die mit einer Dauerkarte von 55.– DM allerdings relativ teuer (wenn das Preisniveau der übrigen nichtkommerziellen Festivals als Maßstab genommen wird) bezahlt werden mußten.

Die auftretenden Künstler: Nachwuchsgruppen oder „bekannte" Namen?

Aus der Sicht einer Nachwuchsgruppe ist ein Festivalauftritt attraktiv, weil auf einen Schlag mehr Besucher erreicht werden als bei einer ganzen Tournee und man hoffen kann, an der Medienöffentlichkeit des Festivals zu partizipieren. Festivalauftritte spielen aus diesem Grund auch bei den Werbestrategien der Konzertagenturen eine wichtige Rolle: sie gelten als Sprungbrett für die künftige Karriere im Musikgeschäft. Umgekehrt haben Gruppen, die sich für überegional bekannt halten dürfen und bei Einzelkonzerten bereits 500 oder 1.000 Besucher anziehen, in der Regel kein Interesse mehr, auf einem Festival dieser Größenordnung aufzutreten, zumal mit der Bekanntheit auch die zu fordernde Gage steigt und niemand Lust hat, auf Geld zu verzichten, um damit das Festival oder den Auftritt weniger bekannter Gruppen mitzufinanzieren.

Die Festivalmacher wiederum haben ein begreifliches Interesse, bekannte und allgemein beliebte Gruppen einzuladen und die Gagen möglichst niedrig zu halten, um den Erfolg der Großveranstalter nicht zu gefährden.

Die Festivalprogramme, die schließlich herauskommen, sind meist ein Kompromiß zwischen den Interessen der Gruppen und der Festivalmacher, wobei bei den Auftrittsverhandlungen viele Fragen auftreten, die einmal genauer diskutiert werden sollten, zumal sie beständig für Verdruß sorgen: die Nachwuchskünstler kritisieren die geringe Risikofreude der Festivalmacher, während diese über die Starallüren der „bekannteren" Musikgruppen klagen.

Verdruß gibt es in den letzten Jahren insbesondere bei den Festivals, die ihre Absicht politisch verstehen (z.B. im Rahmen der Friedensbewegung arbeiten) und deswegen unter öffentlichem Druck stehen: So wurde vom Tübinger Festival kritisiert, daß Konstantin Wecker nicht für das Geschwister-Scholl-Festival von 1984 zu gewinnen war (obwohl er die Musik zum Film „Die weiße Rose" komponiert hatte) und daß die bekannteren deutschen Liedermacher – mit Ausnahme von Wolf Biermann – auf die nichtkommerziellen und politisch gerichteten Festivals geringschätzig herabschauen.

In diesem Zusammenhang wurde bei einem Treffen von Festivalveranstaltern im Club Voltaire Ende September 1986 eine Resolution an „Künstler in Aktion" gerichtet, in der festgestellt wurde, daß die Festivals „auf die Beteiligung von prominenten Liedermachern und Musikgruppen angewiesen" sind und daß es sinnvoll scheint, „daß bei den Festivals künftig eine stärkere Durchmischung zwischen 'bekannten' und (noch) 'unbekannten' Gruppen stattfindet". Weiter hieß es: „Wir würden uns freuen, wenn künftig eine Zusammenarbeit möglich ist und unsere Anfragen als so ernsthaft wie die anderer Veranstalter auch eingestuft werden".

Die Diskussionen in Baden-Württemberg ergaben, daß die beschriebene Problematik vor allem bei den Festivals akut wird, die über eine bloße lokale Bedeutung hinausgewachsen sind. Auch wird die Schwierigkeit, bekanntere deutsche Gruppen verpflichten zu können, durch die Einbeziehung „bekannter" ausländischer Gruppen gelöst, die häufig leichter für einen Festivalauftritt zu gewinnen sind.

Um Beispiele für die an Festivals beteiligten Gruppen zu geben: beim Leonberger „Ohne Moos die Hölle los" - Festival traten auf: Kleine Tierschau, Chochise, Harald Fox Blues Band, Feuilletonics, Les Amorts; beim „Anti-Fruschd-Open-Air" im Kraichtal: Jane, Hokus Pokus, Flavor, Booster Groove, Groofy Roof Beams, For you, Desire; beim Pforzheimer Festival auf Burg Rabeneck des Penn-Club 2000: Milan Svoboda Big Band, Kleine Tierschau, Frankfurter Kurorchester, Gardi Hutter & Minni Max, Milpomene, Die Schönen der Nacht, Süddeutsches Gitarrenduo, Quartor Brigantium, Gärtner Duo, Super Session.

Insgesamt läßt sich sagen, daß es seit den 70er Jahren ein explosionsartiges Anschwellen der populären Musik- und Theaterszene gegeben hat und daß der Boom immer noch ungebrochen ist, so daß die Festivals in dieser Fülle auch deshalb möglich sind, weil sie aus einem großen Reservoir von Gruppen auswählen können und für die Existenzsicherung dieser Gruppen unabdingbar geworden sind.

Die kulturpolitische Bedeutung der Festivals

Die Festivalbewegung in der BRD ist vor allem lokal orientiert und überregional bisher noch kaum vernetzt. Adressen- und Terminlisten existieren bislang nur in einigen Insider-Zeitschriften, ansonsten ist jedes Festival auf sich gestellt.

Erste Versuche einer überregionalen Zusammenarbeit gab es in den 70er Jahren unter den damals überall verbreiteten „Folkfestivals", die jedoch Ende der 70er Jahre wieder so schnell verschwanden, wie sie aus dem Boden geschossen waren. Seit Ende 1985 gibt es eine neue bundesweite Initiative einer Zusammenarbeit, die sich vor allem an die „politischen" Festivals richtet und 1986 mit der Weitervermittlung einer südafrikanischen Exilband, die im Rahmen von Anti-Apartheidskonzerten auf den Festivals in Tübingen, Mainz und Berlin (Volksuni) spielte, ein konkretes Ergebnis hatte.

Auch wenn die autarke Position der meisten Zentren eine Zusammenarbeit als unnötig erscheinen lassen mag, gibt es eine Reihe von Gründen, die für eine stärkere Vernetzung sprechen:

- Es ist kulturpolitisch von großem Interesse, etwas über die kulturelle Leistung der Festivals zu erfahren (z.B. über die Zahl der Besucher), um ihren Anteil an der Kulturarbeit in der BRD darstellen zu können.
- Solange über die Festivals in der Öffentlichkeit kaum etwas bekannt ist, ist es z.B. unmöglich, die überall bestehenden Probleme öffentlich zu diskutieren und die benötigten öffentlichen Zuschüsse politisch durchzusetzen.
- Durch einen verbesserten Erfahrungsaustausch unter den Festivals ließe sich der Kontakt zu den Musikgruppen verbessern.
- Viele technische und organisatorische Fragen, die überall ähnlich sind, ließen sich durch Absprachen und Erfahrungsaustausch lösen. Es müßten nicht alle Fehler an jedem Ort wieder von neuem gemacht werden.
- Es wäre möglich, die Mitarbeiter zwischen den verschiedenen Festivals auszutauschen und dadurch von den örtlichen Erfahrungen konkret zu lernen.
- Die Festivals könnten sich gegenseitig unterstützen, wenn sie durch Angriffe von außen in ihrer Existenz oder in ihrer Entfaltungsmöglichkeit bedroht werden. Zu prüfen wäre insbesondere ein Zusammenschluß nach dem Vorbild der soziokulturellen Zentren, wobei auch die Möglichkeit erörtert werden könnte, sich den Vereinigungen der Zentren auf Landes- oder Bundesebene anzuschließen.

10. bis 12. April 1987: 20. Bundeskongreß

Kreativität braucht keinen Sockel

Hamburg Unter diesem Motto findet der **20. Bundeskongreß Sozio-Kultureller Zentren** erstmals in Hamburg statt.

150 Vertreterinnen und Vertreter aus über 50 Zentren und Initiativen aus der Bundesrepublik werden aktuelle Themen ihrer Kulturarbeit in verschiedenen Hamburger Zentren diskutieren.

Angesichts der prekären Haushaltssituation in Hamburg ist es der Veranstalterin des Kongresses – die Arbeitsgemeinschaft Stadtteilkultur – besonders wichtig, durch dieses bundesweite Treffen auf die sich ständig verschlechternde Lage der Kulturzentren und Initiativen öffentlich aufmerksam zu machen.

Mit der minimalen finanziellen Zuwendung, die der Hamburger Haushaltsplan 1987 vorsieht, ist die Arbeit der Stadtteilzentren und Initiativen nicht durchzuführen. Dies steht den geäußerten kulturpolitischen Zielsetzungen des Senats vollends entgegen.

Kreative Potentiale müssen weiterentwickelt werden und können nicht ständig nur zur Bewältigung von Finanzproblemen verbraucht werden.

Die Auftaktveranstaltung des Kongresses wird am Freitag, den 10.4.87 ab 20.00 Uhr in der Motte stattfinden.

Am Samstag, den 11.4.87 diskutieren Arbeitsgruppen in verschiedenen Stadtteilzentren die Themen:
„Wollen wir Prof.'s oder Profis?" – Professionalisierung der Initiativenarbeit
„Zwischen Bewegung und blue box" – Sozio-Kulturelle Medienarbeit im Stadtteil
„Döner und Folklore" – Ausländerarbeit in Sozio-Kulturellen Zentren
„ABM-Personalkarussell ohne Ende' – Zweiter Arbeitsmarkt ABM
„Das Altsein beginnt mit 25" – Altenarbeit im Stadtteilzentrum
Der Tag wird mit einem rauschenden Fest mit der Band „incognito" in der Honigfabrik zu Ende gehen.

Abschließend findet am Sonntag ab 10.30 Uhr die Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung Sozio-Kultureller Zentren im Zentrum Brakula statt.

Für weiter Informationen steht das Büro der Arbeitsgemeinschaft Stadtteilkultur gern zur Verfügung.

Anmeldung und Information über:
Ag Stadtteilkultur
Bornstaße 12
2000 Hamburg 13
Tel. (040) 44 23 28
(Gudrun Wohlrab)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

mit den neuen Tarifen ab 1.1.1987

Was ist die GEMA? ...was ist wofür an die GEMA zu zahlen? ...was ist die günstigste Vertragsart? ...
Auf diese und viele weitere Fragen geht die vorliegende 2. erweiterte Auflage dieser Arbeitshilfe ein.
Neu aufgenommen wurde insbesondere ein Kapitel zur Änderung des Urheberrechts, in der Erleichterungen für ‚Veranstaltungen der Jugendhilfe' festgeschrieben sind.
Bestellungen über:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1.
Preis. 4 DM und 1 DM Porto- und Versandkosten (bitte der Bestellung in Briefmarken beilegen).

Der neue § 130a StGB

Lesen macht dumm und gewalttätig

meint die CDU/CSU/FDP und hat deshalb auch den Inhalt zwischen den Zeilen verboten.

Im Rahmen eines "Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus" ist der § 130a StGB wieder eingeführt worden.

Die Wiedereinführung ist von der Öffentlichkeit relativ unbemerkt vonstatten gegangen. Deshalb haben sich der Verband des Linken Buchhandels (VLB) und KollegInnen von Druckwelle / Wuppertal, Moosweg / Leverkusen und Tiamat /Düsseldorf darangemacht, wenigstens nachträglich auf die verschärfte Wiedereinführung dieses Zensurparagraphen aufmerksam zu machen. Spätestens seit den Prozessen gegen die Agit-DruckerInnen 1977/78, die mit mehrjährigen Gefängnisstrafen endeten, wissen wir: nicht nur die AutorInnen sondern auch die SätzerInnen, ReprofotografInnen und DruckerInnen werden mit staatlicher Repression bedroht.
Der folgende, von mir gekürzte Text stammt vom VLB und wurde in den genannten Druckereien überarbeitet.

Ein Blick zurück

Der § 130a hat mittlerweile eine Geschichte. Am 22.4.1976 verabschiedeten SPD und FDP - damals noch in einer sozial-liberalen Koalition vereint - das 14. Strafänderungsgesetz, das über die seinerzeit neuen §§ 88a und 130a StGB die "Befürwortung" und "Anleitung zu Straftaten" unter Strafe stellte. Durch öffentlichen Protest aufgeschreckt, versuchte der damalige Bundesjustizminister und heutige SPD- Fraktionsvorsitzende Vogel klarzustellen: "Ich bin dafür,...daß wir auch klarmachen, es geht um den *Schutz des inneren Friedens in unserem Land*, nicht um die Frage, ob Gewalt unter Umständen sogar notwendig ist."

Per 7.8.81 hob die sozial-liberale Bundestagsmehrheit die Bestimmungen mit dem 19. Strafrechtsänderungsgesetz wieder auf. Bis dahin hatte es trotz zahlreicher Verfahren zur Einschüchterung gegen linke Buchhändler, Drucker und Verleger vier Verurteilungen gegeben.

Verschärfte Version

Der jetzt beschlossene §130a enthält gegenüber der 1981 aufgehobenen Fassung eine Reihe von Verschärfungen. Sah die alte Fassung eine Bestrafung vor, wenn eine Schrift bereitgehalten wurde, die "die Anleitung zu einer in §126 1 bis IV rechtswidrigen Tat *enthält*", so soll nach der neuen Formulierung von 1986 Schriften inkriminiert werden, die *geeignet sind*, "als Anleitung zu rechtswidrigen Taten...*zu dienen*". Damit wird es nicht mehr notwendig sein, daß sich eine Anleitung aus dem Text selbst ergibt, sondern aus dem *Umfeld* muß eine solche Interpretation möglich sein.

So urteilte der *Bundesgerichtshof:* "Bei der Beurteilunng des Inhaltes der Schriften sind daher auch solche Gedanken zu berücksichtigen, die der verständige Leser erkennt, selbst wenn sie nur zwischen den Zeilen stehen." (BGHSt 16,53).
Bestraft werden soll mithin nicht nur das, was schwarz auf weiß auf dem Papier steht, sondern das, *was im Kopf der Lesenden vorgehen könnte.*

Gegenüber der Fassung von 1976 wird in dem jetzt beschlossenen §130a auch der Tatbestand der Anleitung erweitert bzw. aufgeweicht. Den Verfolgungsbehörden ist eine nahezu beliebig auslegbare Generalklausel in die Hand gegeben: Während es in der alten Fassung möglich war Menschen zu belangen, die die bereits bestehende "Bereitschaft" zur Begehung eines Deliktes (z.B. das Umsägen von Strommasten, eine Blockade oder Besetzung) förderten, ist nun auch das "Wecken" dieser Bereitschaft unter Strafe gestellt.

Dieser Zensurparagraph bedroht nicht nur die AutorInnen, sondern auch alle anderen Menschen, die an dem technischen Prozeß der Herstellung oder Verteilung beteiligt sind. **Damit wird versucht, uns zu ZensorInnen zu machen.**

30. April - 3.Mai

Berliner Frühlingstage

Branchentreffen der selbstverwalteten Grafischen Betriebe

Arbeitschwerpunkte sind:
Betriebswirtschaftliche Kontrolle mit und ohne Einsatz von Computern, (mit Vorführungen),
die Entwicklung im Fotosatz und in der Druckformherstellung angesichts der explosiven technischen Entwicklung, (mit Vorführungen),
Arbeits- und Umweltschutz (s. Bericht auf dieser Seite),
betriebliche und überbetriebliche Weiterbildung (m. Vorschlägen einer Arbeitsgruppe),
Kooperation bei Auftragsannahme und Werbung u.g. am Beispiel der »Mustermappe« (s. Meldung auf dieser Seite),
Welche Wechselwirkungen bestehen zwischen betriebswirtschaftlicher Organisation, Lohnsysthemen und Betriebsentwicklung?

Daneben gibt es viel Raum für Gespräche und Erfahrungsaustausch in kleinen Gruppen.

Programm und Anmeldung: Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, 1 Berlin 36, Tel: 030-611 68 03

Giftiger Alltag

Viel genaues weiß keiner und die MAK-Werte (Maximale Arbeitsplatz Konzentration) sind fragwürdig, wenn es um eine Vielzahl von Lösungsmitteln geht. So lautet etwa zusammengefaßt eines der Ergebnisse eines Grundstudienprojektes von vier Studentinnen und Studenten des Instituts für Technischen Umweltschutz der Technischen Universität Berlin.

Über zwei Semester untersuchten sie die Arbeitsbedingungen, Abfälle und Umweltbelastung "einer kleinen Druckerei" am Beispiel Oktoberdruck. Das Ergebnis dieser Arbeit, Beschreibungen, Bewertungen und Empfehlungen für Änderungen, wurde eine lesenswerte Broschüre von fast 200 Seiten, aus der in der Folge zitiert wird.

Gesundheitsgefährdung

"Eine Gesundheitsgefährdung für die Mitarbeiter ist im Bereich Druck vor allem durch die verwendeten Lösungsmittel gegeben. Aufgrund der gemessenen Raumluftkonzentration bis zu 10.000 ppm besteht bei Kurzzeitbelastung die Gefahr von Schwindelanfällen, Kopfschmerzen und Konzentrationsstörungen. Eine Langzeitexposition zieht vor allem Leber und Nervenschäden mit sich. *Eine Überschreitung des MAK-Wertes liegt für Einzelstoffe nicht vor, da es sich bei den eingesetzten Lösemitteln um Zubereitungen von ca. 100 Stoffen handelt.*" ... "Böttcher blau (ein Walzenwaschmittel, C.) ... enthält niedrig siedende chlorierte Kohlenwasserstoffe (Trichlorethylen, Perchlorethylen) im Prozentbereich..." "Die ermittelten Werte stellen vom Standpunkt des Arbeitsschutzes eine Belastung dar..." "Der ständige Hautkontakt mit den untersuchten Lösungsmitteln bei Reinigungsarbeiten (vorhandene Handschuhe werden nicht immer benutzt, C.) führt zu einer starken Austrocknung der Epidermis (Oberhaut, C.) mit gesteigerter Entzündugsbereitschaft und der Gefahr von Allergieentwicklung."

Umweltbelastung

"Repro: Bei der untersuchten Firma handelt es sich um einen dem Umweltschutz gegenüber aufgeschlossenen Betrieb. Daher werden alle Entwicklerabfälle und Fixierbäder getrennt gesammelt und einer Entsorgungsfirma überlassen. In den meisten anderen Firmen, zumal wenn es sich um kleinere Betriebe handelt, ist dies nach Erkenntnis der Verfasser nicht der Fall, die Rückstände werden direkt in die Kanalisation eingeleitet.

So stellt sich die Frage, ob durch diese "Entsorgungsvariante" eine Umweltbelastung vorliegt und ob der untersuchte Betrieb sich aufgrund der getrennten Sammlung unnötig hohe Kosten verursacht.

Plattenherstellung: Laut Herstellerangaben können die verbrauchten Plattenentwickler unbedenklich ins Abwasser gegeben werden..."

Die Analysen ergaben für alle Prozeßabwässer aus den Bereichen Repro und Druckplattenherstellung sehr hohe CSB-Werte. Eine direkte Einleitung in die Kanalisation kann, schon wegen der extremen ph-Werte der Chemikalien, nicht toleriert werden. Sämtliche Prozeßabwässer sind nach § 2.2 AbfG. als nachweispflichtige Abfallarten zu betrachten und einer entsprechenden Entsorgung durch Neutralisation, Aufoxidation und Fällung zuzuführen." ..."die derzeit in Berlin praktizierte Lösung - Weitergabe an die BSR und Verbringung auf DDR-Sondermülldeponie..."

Weitere Untersuchungen

Untersucht und bewertet wurde u.A. auch die Lärm- und Staubbelastung, sowie die Recycling-Möglichkeiten.
Die vollständige Untersuchung kann für 37 DM (Kopier-, Binde-, Versandkosten) bei der Redaktion dieser Seite bestellt werden.
Die Autoren dieser Untersuchung werden bei den "Frühlingstagen" ihre Arbeit vorstellen und in einer Arbeitsgruppe diskutieren.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung einer Kollektiv-Karriere:

Einzelkämpfer?

Neubeginn:

Um individuelle Wünsche und deren "Folgen" für die Branche geht es in diesem Beitrag von Constantin Bartning
Nach fast 12 Jahren Oktoberdruck und insgesamt 18 Jahren Kollektivarbeit, habe ich mich im November letzten Jahres vom Oktoberdruck-Kollektiv auf unbestimmte Zeit beurlauben lassen.
Die technische Arbeit, bei der kaum noch berufliche Entwicklung stattfand, und die relativ langsame Entwicklung des Betriebes (immer wieder unterbrochen durch das Einarbeiten neuer Leute) habe ich nicht mehr ausgehalten. Zu viele Träume, von dem was ich machen könnte oder wollte, blieben im Betriebs-Alltag auf der Strecke. (s.Contraste 6/86 "Kollektivkarriere")

Resignation...

Das Ausscheiden ist keine Resignation. Denn über die Jahre habe ich nicht nur gelernt, warum Kollektivarbeit oft unter großem Verschleiß an Kraft und Idealismus "funktioniert".

Sondern Sichtbar geworden sind Entwicklungen, die in den Begriffen "Kollektiv-Selbstständige Arbeit", "Produktiveigentum" und "soziales Lernen" ihren Niederschlag finden.
Es ist möglich, eine andere Produktionslogik einzurichten. Sie entfaltet ihre eigene Dynamik zur Ausweitung der gemeinsamen Planung und Kontrolle der betrieblichen Arbeit und zur Optimierung des Verhältnis von Arbeitszeit, Einkommen, Arbeitsbedingungen.

...bei einem Träumer?

Diese Entwicklung will ich nun von außen fördern. Es ist eine nebulöse Aufgabenstellung: für selbstverwaltete Grafische Betriebe Erfahrungsaustausch, Weiterbildung über technische, betriebswirtschaftliche Fragen und soziale Kommunikation zu organisieren.

III

Das erste Projekt...

Die "Frühlingstage" sind das erste große Projekt. Seit den "Wintertagen 1985" hat es kein Branchentreffen der selbstverwalteten Grafischen Betriebe gegeben. Damals haben rund 100 Leute aus 30 Betrieben teilgenommen. Wieviele werden es diesmal?

...muß "verkauft" werden!

Gegenwärtig mache ich die Erfahrung, daß ich mit Werbemethoden auf die "Frühlingstage" aufmerksam machen muß: Plakat, Prospekt, Anrufen. Einfache Rundschreiben landen ungelesen in der Ablage - auch bei Betrieben, die bestimmt zu den "Frühlingstagen" kommen wollen!

Das Beispiel zeigt ein zentrales Problem und Rechtfertigung meiner Arbeit zugleich: Der normale Arbeitsalltag in den Betrieben ist so vereinnahmend, daß er kaum Zeit läßt für weitergehende Aktivitäten, für Weiterbildung, Betriebsentwicklungspläne, Konfliktanalyse und vieles andere mehr.
Wenn ich Bedarf erkenne, muß ich dennoch Bedürfnisse wecken und organsisieren. Das hat mit basisdemokratischen Konzepten nichts zu tun, allenfalls mit der "Demokratie" der Marktwirtschaft: das von mir angebotene "Produkt" zu ignorieren.

Wieder mal ein Verein?

Kollektive Entscheidungsprozesse sollen dennoch ein Ergebnis meiner Arbeit sein: ich bin nicht der Einzige, dem der Rahmen des eigenen Betriebes zu eng wird. Wir werden herausfinden, wie sich die verschiedenen übergreifenden individuellen und kollektiven Interessen verbinden lassen.

Mit einem gemeinnützigen Verein will ich einen ersten formalen Rahmen schaffen, den wir je nach Bedarf mit Leben füllen können. Die ersten Schritte dazu werde ich bei den "Frühlingstagen" vorschlagen.

Wieder eine Branchenseite ?

Die letzte Branchenseite der Grafischen Betriebe erschien im Sommer 1985. Dann hatte niemand mehr Zeit für diese Arbeit. Dies ist ein neuer Versuch regelmäßig für und über diese Branche zu berichten.

Diese Seite wurde von Petra und Constantin hergestellt.
Redaktionsanschrift:
Constantin Bartning
Paul- Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36,
Tel: 030-611 68 03

Alle mal herlesen!!!

Eine Idee wird verwirklicht.
Die Idee der
Mustermappe
Die Mappe informiert und enthält Layout- und Satzmuster, bedruckte und erläuterte Papiersorten, Beispiele für Bildgestaltung in s/w, duplex, vierfarbig, verschiedene Oberflächenveredelungen, Infos und Muster zur buchbinderischen Weiterverarbeitung und vieles mehr.

Sie ist gedacht für alle, die sich mit "Druckbarem" beschäftigen.

Lust zur **Mitarbeit???**
Tel: 030 - 611 68 03, 251 68 65 Petra.
»Frühlingstage« Arbeitskreis 1.und 2. Mai.

Stellenmarkt

Jobs

Du suchst eine Stelle in einem größeren Selbstverwalteten Betrieb? Du arbeitest gerne mit Maschinen, willst aber auch von all dem anderen etwas mitbekommen?
Okay, dann solltest Du Dich einfach mal bei uns melden und entweder ein kurzes Bewerbungsschreiben schicken oder anrufen. Vielleicht bist Du ja die richtige Frau/der richtige Mann für unseren Arbeitsbereich (Umweltschutz-) Papierverarbeitung.
blätterwald Genossenschaft
z. Hd. v. Thomas
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 7 80 11

Steuerfachfrau/-mann als Einsteiger/in von selbstverwalteten Büro (StBv) in Wuppertal gesucht;
Tel. (0202) 493 60 03

Selbstverw. Tagungshaus sucht ZDL für Garten und Handwerk.
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
Tel. (06596) 5 51 u. 10 31

Wir planen Weiterbildungsprojekt im Baunebengewerbe für arbeitsl. Gesellen(innen).
Schwerpunkt Ökologie/Baubiologie
Wir suchen Projektentwickler(in) mit ABM-Berechtigung.
Kenntnisse handwerklich-ökolog. berufspädag. u/o betriebswirtsch. Ausbildungsprojekt FACH WERK Schwarzer Weg 8, 4950 Minden

Vollkornbäcker/in gesucht! Bäckerei-Kollektiv STREUSEL in Trier sucht dringend eine(n) Vollkornbäcker(in), die/der verantwortungsvolles Arbeiten gewöhnt ist und Interesse hat, eine junge Bäckerei mit aufzubauen.
Kontakt: W. Fusenig, Karl-Marx-Str. 38, 5500 Trier.
Tel. (0651) 4 15 09

Stellensuche

Suche ab August '87 Ausbildungsplatz in einem selbstverwalteten Betrieb in Europa. Habe dann voraussichtlich die Fachoberschule abgeschlossen und mit meinen 22 Jahren endlich die Nase voll von Schule und Druck von oben.

Meine Interessen liegen zwar im handwerklichen Bereich (Vollkornbäcker, Gartenbau), doch wurde mir aufgrund körperlicher Einschränkungen -- vom Arbeitsamt finanziell übernommen – nur eine Lehre im Bereich Verkauf/Versand (für mich Naturwaren) zugesagt.

Albrecht Löcklin
Crailsheimerstr. 23
7160 Gautorf
Tel. (0791) 63 15

Offsetdrucker sucht für Juli '87 oder August eine Tätigkeit (Raum Aachen oder Köln und Umgebung). Es kann auch eine Anstellung in der Offsetkopie oder im Andruck sein. Bin nicht ortsgebunden, 44 J., und möchte etwas tun, was Freude macht, aber auch sinnvoll und nützlich ist! – Keine kirchlichen Institutionen. Günter Peter Nast, Theodor-Fliedner-Str. 12, 3500 Kassel

Industrie-Kaufmann sucht Job in selbstverwalteten Betrieb im Raum Aachen, wa!
Tel. (0241) 8 64 24 !

Dipl.-Kfm., 25 J., Studienschwerpunkte: Organisationsentwicklung, Industrie, Genossenschaften, sucht nicht zu spezialisierte Anfangstätigkeit, bei der persönliche Entwicklung und Überzeugungen mit der Aufgabe im Unternehmen im Einklang stehen. Bevorzugt im Westdeutschen Raum. Dirk Wellen, Heyenfeldweg 97, 4150 Krefeld.
Tel. (02151) 56 28 56

WER SICH NICHT WEHRT LEBT VERKEHRT

Da Mensch sich am besten zusammen mit anderen Menschen wehrt, suchen wir Leute, die mit uns im Großkollektiv

GEMEINSAM LEBEN UND ARBEITEN

wollen.

Wir, (z. Zt. 15 Erwachsene und 3 Kinder) haben einen großen Gebäudekomplex, 6 km von Kassel entfernt, gekauft (ca. 5000 qm Wohn- und ca. 2000 qm Gewerbefläche).Dieser liegt im Dorfkern von Niederkaufungen.
Wir suchen Menschen, die
- ein linksökologisches Politikverständnis haben
- Mut zu langfristigen Bindungen mitbringen
- ihre Einzigartigkeit im Kollektiv entfalten wollen
- wissen, durch welche Arbeit sie sich verwirklichen wollen und dafür etwas Eigenkapital mitbringen.

Wir wollen einmal 80 bis 100 Leute werden, die nach Prinzipien wie
- gemeinsamer Ökonomie (jede/r bringt sein/ihr Einkommen in die Gemeinschaftskasse ein)
- dem Konsensprinzip (wichtige Entscheidungen müssen von allen getragen werden)
- und gemeinsamer Verantwortung füreinander

leben und arbeiten.
Wir sind dabei, die ersten Arbeitsbereiche aufzubauen (Tagungshaus, Lehrküche, ökologisches Baugewerbe, Großküche, ganzheitliche Gesundheitspraxis, Elektronikwerkstatt).
Wir brauchen dafür noch viel mehr Menschen, die Erfahrungen und Qualifikationen
- im Bau- und Baunebengewerbe
- im Ernährungs- und Hauswirtschaftsgewerbe
- im Bereich Maschinenbau, Feinmechanik, Elektroniktechnik
- im Elektro- und Elektronikgewerbe
- in der Gesundheitsarbeit

haben und nach obigen Prinzipien leben möchten.
Ebenso brauchen wir Leute, die Ideen und Fähigkeiten haben, an deren Verwirklichung wir bis jetzt noch nicht gedacht haben.

Wer auf uns neugierig geworden ist, schreibt an:
Verein der Freunde umweltfreundlichen Lebens und Arbeitens Kirchweg 1, 3504 Kaufungen (bitte keine unangemeldeten Besuche). Wir schicken Dir dann genaueres Infomaterial (gegen 3 DM Rückporto) und laden zu einem ersten Treffen Anfang Mai zu uns ein.

Häuser atmen auf.

Holz
lebt durch
seinen warmen
Ton, seine lebendige
Struktur, seinen vertrauten Duft und seine angenehme
Oberfläche. **Holz atmet** mit AURO
Imprägniermitteln, Lasuren und Balsamen aus natürlichen Ölen, Harzen und Wachsen. **Wände sind unsere 3. Haut** durch ihre Wirkung auf das Raumklima, die Harmonie ihrer Farben und die Verwendung natürlicher Anstrichstoffe. **Biologische Wandgestaltung** mit AURO Wandfarben, Abtön- und Lasurfarben aus natürlichen Farbstoffen und Bindemitteln – frei von schädlichen Ausdünstungen, für das gesunde Haus. **Der Natur vertrauen.**

Die natürliche Antwort auf alle Fragen von Farbe und Fläche:
- Imprägnierungen, Holzlasuren, Bienenwachsbalsame
- Klar- und Decklacke
- Wandfarben, Abtönfarben, Kleber für Kork, Parkett, Linoleum und Teppich
- Biologische Reinigungs- und Pflegemittel
- Pflanzenfarben zum Malen und Gestalten

AURO
NATURFARBEN

AURO GmbH · Postfach 1220
3300 Braunschweig
Telefon 0531-895086

REIHE SELBSTVERWALTUNG

Neu
BÜCHER DER
AG SPAK

Rolf Schwendter (Hg.)
GRUNDLEGUNGEN ZUR ALTERNATIVEN ÖKONOMIE
Teil 1: Die Mühen der Berge
Teil 2: Die Mühen der Ebenen
AG SPAK M 72/73
je ca. 270 Seiten
erscheint zur Buchmesse 1986
pro Band ca. DM 24.–
zusammen ca. DM 39.–

Dokumentiert wird die Diskussion um die Alternative Ökonomie von ihren Anfängen im 19. Jahrhundert und ihrem Neubeginn in den frühen 70er Jahren, über Klassiker der neueren Diskussion, bis hin zu aktuellen Problemen wie Bankengründung, Kreditvermittlung, soziale Absicherung, Alternativforschung...

Der erste Band bezieht sich stärker auf politische Konzepte, während im zweiten die Praxis und die Schwierigkeiten im Detail der Umsetzung Alternativer Ökonomie zur Sprache kommen. Die Bände beinhalten Beiträge
- Zur Geschichte der Alternativen Ökonomie
- Zur Zeitgeschichte Alternativer Ökonomie
- Zur Diskussion
- Zur nächsten Zukunft der Alternativen Ökonomie
- Grundsätzliche Kritik der Alternativen Ökonomie

AG SPAK – Publikationen
Kistlerstr. 1, 8000 München 90
Reihe Selbstverwaltung

Kleinanzeigen

Wir suchen immer wieder neue Talente. Fotoserien mit ausgefallenen Motiven. Für Poster und Karten.
Wir stellen Ihre Gemälde aus. Kurzgeschichten, Büchermanuskripte, Gedichte usw. verlegen wir für Sie persönlich.
Entwürfe für junge ausgeflippte Mode, wir bringen sie in eigenen Läden unter. Für eingesandte Arbeiten bitte Rückporto beilegen. Tel. erwünscht, wir rufen Sie für eine Terminrücksprache an.
Chiffre: 930871 K

Alfred und Klaus haben einen neuen Namen! Die kollektive Versicherungsagentur heißt jetzt versiko GmbH. Neue Telefon-Nr.: 0211/27 70 11. Neue Anschrift: Vennhauser Allee 245, 4000 Düsseldorf.

Private Krankenversicherungen (Vollkosten-, Zusatz-, Krankenhaustagegeld-, Verdienstausfall) Qualifizierte Beratung und Vermittlung: Gerhard Hallstein, Tel. (02833) 42 94

Der Service Civil International führt im Oktober eine zweiwöchige Studienfahrt in Griechenland durch. Thema: Griechenland unter deutscher Besatzung während des 2. Weltkrieges. In Athen und den Märtyrerstädten Distomon und Kalavryta wird in Gesprächen und Besichtigungen ein Einblick in Geschichte und heutige Probleme Griechenlands abseits der großen Touristenzentren ermöglicht. Preis ca. 1250.-- DM. Genaue Ausschreibung bei:
SCI, Blücherstr. 13,
5300 Bonn 1.

Wollen Sie ihren **Arbeitsfrust...** nicht lieber in eine eigene und lebenswerte Existenz im Bio-„Markt" der Zukunft verwandeln? Ernsten Aussteiger biete ich:
* Analyse der Ausstiegsmöglichkeiten
* Entwicklung neuer Konzeptionen
* Wirtschaftlichkeitsberechnungen
* Prüfung der Existenzberechtigung
* Modellprojekt „Bio-Fachgeschäft"

Einführungsprospekt hilft weiter!
Rat & Tat-Beratung für Einsteiger
Jürgen Hilbert, T. (08171) 16335
Obermarkt 33
8190 Wolfratshausen

Wir suchen Mitbewohner/innen für große Hausgemeinschaft nähe von Münster-die bereit sind, mit anderen Wohnformen das Projekt Ökologische Familienformen' aufzubauen. Tel. (0251) 32 48 28 M.L.

Suche dringend:
Piloten oder sonstigen Luftfahrtangestellten zwecks Heirat!
Tausche günstige Steuerklasse für Dich, gegen Billigflüge für mich
Chiffre: Über den Wolken

Die naturheilkundlich-feministische Beratung PULSATRULLA in Berlin sucht zur medizinischen und räumlichen Erstausstattung ihrer Frauennaturheilpraxis (ab April '87) dringend verbilligte oder geschenkte Einrichtungen aus ärztlichen und/oder naturheilkundlichen Praxen
Kontakt: Tel. (030) 686 68 05 (Anne)

Kleinanzeigencoupon

Private Kleinanzeigen kosten 5 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). Private Stellengesuche sind kostenlos! Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere 5 DM. Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb. Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin. jeweils zum 15. des Monates. Chiffreanzeigen kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).

Betrieb/Projekt/Name .....

Straße/PLZ/Ort .....

Telefon .....Unterschrift .....

Bitte einsenden an: CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Alltagskultur-Urlaub mit Intercultur
sozialtouristische Initiative für internationale Gastfreundschaft & Kulturaustausch
INTERCULTUR - bei uns von der‚Naturfreundejugend' organisiert- baut eine Brücke zwischen Reisewelt und Alltagswirklichkeit im Urlaubsland, die es den Reisenden ermöglicht innerhalb der landestypischen Strukturen erholsame und preiswerte Ferien zu verbringen und unmittelbar und unverfälscht ‚Land und Leute' zu erleben.
Reisende jeden Alters sind zu jeder Jahreszeit willkommene Gäste in Familien, Wohngemeinschaften und bei Einzelpersonen in Spanien, Italien, Britanien, den Niederlanden sowie weiteren Ländern.
Ebenso erfahren aufgeschlossene Gastgeber in der Bundesrepublik, die für 1-3 Wochen ausländische Reisende aufnehmen die andere Denkweise der ausländischen Freunde und Kollegen -ohne selbst zu verreisen. Aber auch internationale Gemeinsamkeiten werden auf diesem Weg erschlossen.
Gastgeber und Reisende leisten ihren kleinen Beitrag zur völkerverbindenden Verständigung.
Infos bei:
NFJD INTERCULTUR
Postfach 1257, 4806 Werther
Tel: (05203) 51 09,
nach 18 Uhr (05204) 57 11

Der neue Rundbrief Nr.37 des Theoriearbeitkreises Alternative Ökonomie der AG SPAK ist erschienen und zu beziehen gegen Vorauszahlung bei:
Ingrid Wolschnin
c/o Läufertsmühle
6934 Neckargerach
Postgiroamt Klrh 1529 11 – 751
Einzelpreis DM 8,–
Abopreis DM 28.– (vier Ausg.)

LAGERHALLE
Das Buch
Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des Kommunikationszentrums LAGERHALLE ist jetzt ein Buch erschienen, das in Form von Erfahrungsberichten, Selbstdarstellungen, theoretischen Abhandlungen, Interviews, Gedichten, Dokumenten etc. ein Jahrzehnt Soziokulturarbeit Revue passieren läßt.
Das Buch hat 168 Seiten, ca. 200 Abbildungen und kostet 18,– DM. Direkt zu kaufen ist es im Osnabrücker Buchhandel und in der Lagerhalle selber.
Auswärtige Interessenten können „LAGERHALLE – DAS BUCH" gegen Einsendung eines Verrechnungsschecks (plus 3,– DM Porto- und Verpackungskostenpauschale) an die Adresse ‚Lagerhalle e.V., Rolandsmauer 26, 4500 Osnabrück' erhalten – oder durch vorherige Überweisung des Betrags (plus 3,– DM) auf das Konto der Lagerhalle e.V. bei der Stadtsparkasse Osnabrück (BLZ 265 500 01) Konto-Nr. 546 192.

Wandzeitung für Jugendzentren
Die neue Wandzeitung für Jugendzentren ist erschienen. Neben Tips, Terminen und Seminarberichten wird in dieser Wandzeitung über folgende Themen berichtet: Hamburger Kessel in Göttingen, Jugendzentren und Kommunale Jugendpolitik, Budenzauber – die neu entstandenen selbstorganisierten Buden der Jugendlichen im Kreis Bodensee/Oberschwaben etc.
Die Wandzeitung kann über folgende Anschrift bezogen werden:
Tiedeke Heilmann
AG SPAK
Uelzener Str. 10
3111 Suhlendorf
(Bitte 5 DM in Briefmarken beilegen!)

klartext 1
Arbeitslosen-Zeitung · 1. Jahrgang · Januar 1987

Arbeitslosenzeitung
Lebt ausschließlich von Abos und Einzelverkauf.

Probeheft gegen 80 Pfennig in Briefmarken von

klartext
Solmsstr. 1a, 6 Frankfurt 90

BÜCHER DER
AG SPAK

Vorankündigung

Hg.: Rösgen / Neumeier / Hillenbrand / Luner
FRAUEN
Gemeinwesenarbeit Jahrbuch 4
ISBN 3-923 126-45-X
ca. 250 Seiten
ca. DM 24,–

Erstmals erscheint ein zusammenhängendes Buch über Frauen und Gemeinwesenarbeit! Angefangen bei der Ausbildung von Sozialarbeiterinnen (die überwiegend immer noch von Männern nach ihrer Norm praktiziert wird), über die konkreten Probleme im Gemeinwesen (wie leben und wohnen Brennpunktfrauen? Wie arbeiten Sozialarbeiterinnen? etc.), bis zur theoretischen Aufarbeitung von Methoden und Zielen der Bildungsarbeit.
Frauen schreiben konkret und persönlich über ihre Arbeitserfahrungen, ihre Einschätzung erprobter Methoden, ihre Sicht politischer Hintergründe etc. und befassen sich mit den Fragen:
– Wie weiter mit der Frauenarbeit?
– Was hat GWA mit der Frauenbewegung zu tun?
– Liegt die Zukunft der GWA in Arbeitsprojekten?
Das Jahrbuch ist ein Handbuch, das konkrete Arbeitshilfen für die Praxis, Erfahrungsberichte und Informationen enthält und den theoretischen Hintergrund der Frauenarbeit im Rahmen von Gemeinwesenarbeit beleuchtet.
Das Buch will Mut machen, Anregungen geben, Erkenntnisse vermitteln, zum Nachdenken bewegen, zum Handeln auffordern .....

AG SPAK - Publikationen, Kistlerstr. 1, 8 München 90

Bankenaktionstag 21. Mai 1987:

KEIN GELD FÜR APARTHEID

- Kaufen Sie keine Krügerrand-Goldstücke
- Fragen Sie Ihre Bank oder Sparkasse, ob sie Südafrika-Geschäfte macht
- Wenn ja: Machen Sie Ihrer Bank klar: Nicht mit meinem Geld!
- Wechseln Sie zu einer „sauberen" Bank oder Sparkasse

Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid", Siegesstr. 9, 8 München 40

Diese Anzeige wird unterstützt und finanziert von:

CONTRASTE

Tagungen...Seminare...Treffen

KOBI

Im Rahmen des KOBI-Sonderprogramms:
Weiterbildung für selbstgeschaffene Arbeitsplätze und für selbstorganisierte Betriebe und Projekte beginnen im April und Mai folgende Kurse:

Der Fühler zum Markt
Je nach Art des Marktes, in dem der Betrieb tätig sein soll bzw. tätig ist, gibt es eine Fülle von Informationsmaterial, das in diesem Kurs gesichtet werden soll.
ab Mittwoch, 15.4.87, wöchentlich 4mal von 19.30 Uhr bis 22 Uhr.

Nutzungsmöglichkeiten des Computers
Was versteht man unter Hardware und Software? Was versteht man unter Programmierung und muß man Programmiererkenntnisse im Umgang mit (Mikro-) Computern haben? Wie kann ich einen Mikrocomputer im Betrieb einsetzen und ab wann lohnt sich das überhaupt?
ab Donnerstag, 23.4.87, wöchentlich 8mal von 19.30 Uhr bis 22 Uhr.

Liquidität
Grundlagen der allgemeinen Kalkulation. Einrichtung einer Finanzablaufplanung zur Sicherung der Liquidität.
ab Freitag, 8.5.87, wöchentlich 5mal von 19.30 Uhr bis 22 Uhr.

Jahresabschluß
Wer muß einen Jahresabschluß durchführen? Erfolgsermittlung durch Jahresabschlußtechniken: Vermögensvergleich, Einnahmen-Überschußrechnung, Bilanzierung, steuerrechtliche und handelsrechtliche Durchführung.
ab Mittwoch, 13.5.87, wöchentlich 4mal von 19.30 Uhr bis 22 Uhr.

Ein ausführliches Programm ist gegen Rückporto (50 Pfg.) erhältlich beim
Kommunikativen Bildungswerk
Lange Str. 79a
4600 Dortmund 1
Tel. (0231) 14 31 23
Wichtig: Alle Kurse finden in Dortmund statt und sind **ohne** Übernachtung und Verpflegung.

Lern-werkstatt

Selbstverwalt. **Tagungshaus** für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei. Unsere „Lernwerkstatt" hat 27 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- und Selbstverpfl., Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütl., herrl. Landschaft. Nur knapp 2 Std. von Köln, Aachen, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. Entwicklungshelfer/innen. Info und Anmeldung: Lernwerkstatt e.V., Brunnenstr. 1, 5531 Niederstadtfeld, Tel. (06596) 5 51 und 10 31.

Hof Barkelsby e.V.

Naturgärten und Ökologie
Neben Theorie auch praktisch tätig werden: Exkursionen und Bepflanzung einer Trockenmauer.
vom 24. bis 26. April 1987
Prospekt anfordern bei:
Hof Barkelsby e.V.
Selbstverwaltetes Tagungshaus an der Ostsee
Ringstr. 9-11
2331 Barkelsby

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.

Autoreparaturkurs
vom 3. bis 8. Mai 1987
Theorie und Praxis von Solaranlagen
vom 10. bis 15. Mai 1987
Ökologische Stadterneuerung in der Praxis
vom 15. bis 17. Mai 1987
WEN-DO
Einführung vom 17. bis 21.5.87
Fortsetzung vom 26. bis 28.6.87
WEN-DO für dicke Frauen
vom 22. bis 24. Mai 1987
Arbeit mit Pastellkreiden
vom 24. bis 29. Mai 1987
Augentraining für Frauen mit Sehproblemen
Einführung vom 29. bis 31.5.87
Fortsetzung vom 3. bis 5.7.87

Vorankündigung

Afrikanischer Tanz
vom 1. bis 5. Juni 1987
Afro Karibische Rhytmen-Trommeln—Singen—Percussion
vom 5. bis 12. Juni 1987

Das ausführliche Programm bitte mit frankiertem Rückumschlag anfordern. Anschrift siehe oben.

Lebensgarten Steyerberg e.V.

Mein Lieblingsmärchen
10. bis 12. April 1987
Lebensgarten-Arbeitswoche
13. bis 18. April 1987
Bioenergetik
(geschlossene Gruppe)
25. bis 26. April 1987
Videotechnik aus dem Handgelenk
27. bis 29. April 1987
Körpererfahrung und Kontakt
30.4. bis 3.5.1987
Trance und Bauchtanz für Männer und Frauen
8. bis 10. Mai 1987
Einführung in die Azidose-Behandlung
16. bis 17. Mai 1987
Grund-Kurs und Kur-Seminar Azidose-Behandlung
18. bis 31. Mai 1987

Information & Anmeldung:
Lebensgarten Steyerberg e.V.
Akazienhain 4
3074 Steyerberg

Jugendhof Bessunger Forst

Bildungsurlaub
für Frauen bis 25 Jahre
KFZ-Technik
11. bis 15. Mai 1987

Wie wirkt eine Frau?
Strategie und Technik zur Einmischung in die Männerwelt
Bewegung, Rhetorik, Verhaltensweisen, vergleichen von männlichen und weiblichen Verhaltensstrukturen, Training mit audiovisuellen Methoden, Diskussionen und Rollenspielen.
Bildungsurlaub
4. bis 8. Mai 1987
Seminarkosten: 150.— DM incl. Verpflegung und Übernachtung

Computer-Kurs PC I
Wochenendseminar
Praxistraining für Einsteiger
Anhand von anwenderfreundlicher Software soll erlernt und geübt werden eigene Problemstellungen zu bearbeiten.
Seminarkosten für PC I: 70 DM incl. Verpflegung und Unterkunft (Fortsezung im Juni '87)

Anmeldung und Information:
Jugendhof Bessunger Forst e.V.
Aschaffenburger Str. 183-187
6101 Roßdorf 1
Tel. (06151) 14 51 71

KOOPS IN ENGLAND

Am 2. und 3. Mai 1987 berichtet Carlos Gonzales-Carrasco im Rahmen der Seminarreihe: Politische Perspektiven der Selbstverwaltung in der Hessischen Jugendbildungsstätte in Dietzenbach über die Politik des Greater London Council und die Rolle der Cooperative Development Agencies (CDA's) beim Aufbau von Kooperativen in England.
Carlos ist Chilene und Mitarbeiter der Islington CDA in London.
Kostenbeteiligung 3 DM je Tag, Reisekostenzuschüsse u.U. möglich.
Anmeldung an:
Fritz Warthenpfuhl
c/o Hessische Jugendbildungsstätte Dietzenbach
Offenthaler Str. 75
6057 Dietzenbach
Tel. (06074) 20 88

Der Johanneshof

Computer-Intelligenz und schöpferisches Denken des Menschen
Es geht um die „Schnittstelle" zwischen Mensch und Computer: Wer beherrscht wen?
vom 25. bis 26. April 1987
Zur eigenen Sprache finden: reden. Hilfen und Übungen für das Vertreten der eigenen Meinung in größerem Kreis.
Di., 28. April 1987, 20 Uhr
Auf den Spuren des Lebendigen
Überlegungen und Versuchsanordnungen, um den Gestaltkräften in der Natur auf die Spur zu kommen.
9. bis 10. Mai 1987
Informationen und Anmeldung:
Johanneshof
Holmark 5
2391 Freienwill b. Flensburg
Tel. (04602) 2 70

AG SPAK

Selbstverw. Jugendzentren

Frühlingswoche der selbstverwalteten Jugendzentren Niedersachsen, 8. bis 15.4.87
Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde.
Anmeldung und Information:
Tiedeke Heilmann, Uelzener Str. 10, 3111 Suhlendorf

Alternative Ökonomie

Konfliktbewältigung in selbstverwalteten Betrieben
30.4. bis 3.5.1987 in Eldagsen
Es ist geplant, das Thema „Konfliktbewältigung in selbstverwalteten Betrieben (SVBn)" in fünf Diskussionsrunden zu bearbeiten:
- Eigene Konflikterfahrungen und -muster
- Typische Konfliktlandschaft in SVBn
- Konfliktursachen und -mythen
- Konfliktbewältigungsstrategien
- Selbst-Organisationsbewältigung: Konfliktpotentiale als Innovationspotentiale

Anmeldung über:
Gisela Wilcken
Prinzregentenstr. 20
6700 Ludwigshafen
Materialien zur Vorbereitung sind abgedruckt im neuen „Rundbrief Alternative Ökonomie" des Theoriearbeitskreises AÖ der AG SPAK. Erhältlich für 8.— DM Vorauszahlung auf Postgiroamt Karlsruhe, Nr. 1529 11 — 751. Ingrid Wolschnin
c/o Läufertsmühle
6934 Neckargerach

Psychiatrie & Gesellschaft

Therapeutische Wohngemeinschaften — Betreuungsarbeit im Spannungsfeld zwischen politischen Rahmenbedingungen und persönlichem Selbstverständnis.
vom 8. bis 10. Mai '87, Berlin
Anmeldung und Information:
Komm Rum
Schnackenburgerstr. 4
1000 Berlin 41

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Bildungsurlaube

Kraut und Unkraut
4. bis 8. Mai 1987
Auf den Spuren eines Gewässers
11. bis 15. Mai 1987
Anders leben — anders arbeiten
18. bis 20. Mai 1987
Lust auf Lehm
25. bis 29. Mai 1987

Wochenendseminare

Privatisierung kommunaler Umweltaufgaben
24. bis 26. April 1987
Ökologie des Waldes
8. bis 10. Mai 1987
Gartenpraxis
15. bis 17. Mai 1987

Projekte- und Betriebetreffen

Einladung
zum bundesweiten Treffen der Schreinerei-Kollektive in der Holzwerkstatt BIIRABOOM
Das Treffen findet vom 1. bis 3. Mai 1987 bei uns statt. Anreise ist Freitagabend bis 20 h. Dann beginnt das Eröffnungsplenum mit Gliederung der einzelnen Arbeitsgruppen.
Themenschwerpunkte sind bis jetzt:
Kalkulation (Material wird zugesandt)
Tropische Hölzer (Film)
Design, Holz, Metall, Stein (Material wird zugesandt)
Selbstverwaltungswirtschaft
Gemeinsamer Holzeinkauf
Wir veranstalten keine Lehrstellenbörse & keine allgemeine Informationsveranstaltung!!!!!!
Eingeladen sind Mitarbeiter/innen aus Schreinerkollektiven. Die Einladungen werden an die bekannten Adressen versandt, ansonsten telefonisch anfordern unter Tel. (07151) 4 55 25.
Verbindliche Anmeldungen mit Teilnehmerzahl ab sofort an uns.
Wichtig: Eigenes Eß- und Trinkgeschirr mitbringen!
Hasta la Victoria Siempre
BIIRABOOM
Holzwerkstatt in SV
Mercedesstr. 8
7053 Stetten/Remstal

Branchentreffen Graphischer Betriebe
Berliner Frühlingstage, vom 30.4. bis 3.5.1987, Branchentreffen selbstverwalteter Graphischer Betriebe.
Information:
Constantin Bartning
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. (030) 611 68 03

Verbund Ausbildung in Selbstverwaltung

Laßt uns Lernen lernen!
Ausbildung und Arbeit in Selbstverwaltung
vom 22. bis 24. Mai 1987
im Lagerhaus Schildstraße,
2800 Bremen 1
Mehrere Jahre Praxis der Ausbildung in Selbstverwaltung
Zum Inhalt:
- Unsere Erfahrungen
- Die Rolle der Kammern und staatlichen Institutionen
- Finanzielle Forderungen und ein Vergleich mit traditioneller Ausbildung

Beteiligt sind die selbstverwalteten Betriebe und Projekte und Fachvertreter/innen aus dem Berufsbildungssektor.
Anmeldung bei:
VERBUND
Ausbildung in Selbstverwaltung
Heinrichstr. 21
2800 Bremen 1
Tel. (0421) 32 69 84

20. Bundeskongreß soziokultureller Zentren
Kreativität braucht keinen Sockel: Stadtteilkultur
10. bis 12. April 1987
in Hamburg
Anmeldung und Information:
AG Stadtteilkultur
Gudrun Wohlrab
Bornstr. 12
2000 Hamburg 13
Tel. (030) 44 23 28

21. Bundeskongreß sozio-kultureller Zentren
vom 12. bis 14. Juni 1987 im Kultur- und Kommunikationszentrum Pavillon in Hannover.
Ab April 1987 stehen Programme (incl. Kulturellem Rahmenprogramm) mit Teilnehmerhinweisen etc. zur Verfügung und sind erhältlich bei:
BI Raschplatz e.V.
Lister Meile 4
3000 Hannover 1
Tel. (0511) 34 45 58

Lebensmittelcoops
Erstes Regionaltreffen von Lebensmittelkooperativen aus Südniedersachsen/Nordhessen vom 24. bis 26. April 1987 in Göttingen. Unterkunft und Vollverpflegung ca. 15 DM. Programm und Anmeldung bei:
Karsten Büttner
Nonnenstieg 9
3400 Göttingen

BDP/BDJ

Ökopädagogik und politisches Lernen
Bildungsurlaub in Ostfriesland
4. bis 8. Mai 1987

Ausbildung selber organisieren
8. bis 10. Mai 1987 in Bremen
Für Projekte und Betriebe, die schon seit Jahren Ausbildung in Selbstverwaltung praktizieren, soll hier eine erste Auswertung versucht werden.. Für neue Initiativen wollen wir hierüber Starthilfen vermitteln. Auszubildende in der Praxis stellen ihre Erfahrungen dar. Ausbilder in Betrieben der Selbstverwaltung schildern die Unterschiede zur traditionellen Ausbildung anhand eigener Erfahrungen. Gemeinsam mit Vertretern der Kammern und Innungen, der Berufsschule und der Gewerkschaften sollen an exemplarischen Beispielen die Notwendigkeit der Veränderung von Berufsausbildern diskutiert werden. Eine Ausstellung über Ausbildung früher und heute wird plastische Eindrücke vermitteln können.

Anmeldung und Information:
BDP/BDJ
LV Niedersachsen
Heinrichstr. 21
2800 Bremen
(hier kann auch das Halbjahresprogramm des BDP bestellt werden)

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE — Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.— DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.- DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift ..... **Datum** .....

Vorname, Name .....

Straße und Wohnort .....

Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Ich finde CONTRASTE verbreitenswert, und möchte an folgende Person ein auf 6 Monate begrenztes Probeabonnement für den Preis von 18 Mark verschenken.

Empfänger/in:
Name, Vorname .....
Straße, Hausnummer .....
Ort .....

Spender/in:
Name, Vorname .....
Straße, Hausnummer .....
Ort .....
Datum, Unterschrift .....
0 Verrechnungsscheck liegt bei 0 Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen widerrufen kann.
Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift .....

Ausschneiden und Absenden an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Liebe Leser (innen),
zwar sind wir mittlerweile in der einen oder anderen Bibliothek vertreten, aber es sollen mehr werden, Ihr könnt uns dabei helfen, indem Ihr untenstehenden Coupon ausschneidet, auf eine Postkarte klebt und an Eure Universitäts- oder Stadtbibliothek schickt. Dankeschön!

Betr.: Anschaffungswunsch (Zeitung)

Liebe Bibliothekarin, lieber Bibliothekar,

hiermit möchte ich Sie auf CONTRASTE — Zeitung für Selbstverwaltung — aufmerksam machen und die regelmäßige Beschaffung durch Ihre Bibliothek vorschlagen. CONTRASTE berichtet monatlich aus folgenden Bereichen: Selbstverwaltete Betriebe — Belegschaftsbetriebe — Genossenschaften — Alternative Ökonomie — Projekte in der Dritten Welt — Parteien und Selbstverwaltung — Finanzierung — Sozio-kulturelle Zentren — aus der sozialpolitischen Arbeit u.v.a.m. ...

CONTRASTE erscheint im 4. Jahrgang und hat zur Zeit eine Auflage von 7.000 Exemplaren. CONTRASTE ist im gesamten deutschsprachigen Raum (incl. Schweiz und Österreich) verbreitet.

Ein kostenloses Probeexemplar erhalten Sie bei:
CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung
Gaisbergstr. 97 (HH)
6900 Heidelberg 1